

NEUE ZEIT



SIEBEN TAGE
WELTPOLITIK

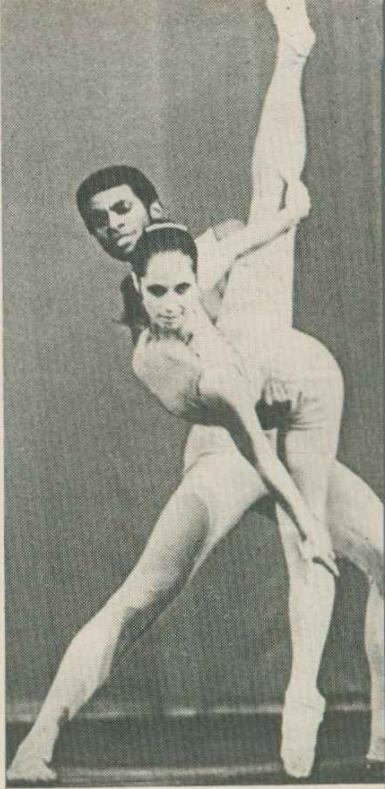
29

JULI 1977

Universitätsbibliothek Zweigbibliothek
Sektion Medienmus-Lernwelt

DER SOWJETISCHE VERFASSUNGSENTWURF UND DAS VÖLKERRECHT
★ Pentagon forciert Wettrüsten ★ INDISCHER OZEAN:
GEFAHREN UND HOFFNUNGEN ★ Am Ufer des Saigon





EIN FEST DER BALLETTKUNST

Die berühmte Bühne des Bolschoi Theater der UdSSR war im Juni jungen Interpreten aus 21 Ländern vorbehalten. Hier lief der III. Internationale Ballettwettbewerb.

Der Moskauer Wettbewerb hat einen sehr guten Ruf. Alle bisherigen Preisträger wurden bekannte Künstler. Auch diesmal hatte die Jugend die Möglichkeit, zu zeigen, was sie kann, und selbstsicherer zu werden. Das Fest der Ballettkunst in Moskau brachte viele Namen und Talente hervor und den Zuschauern viele köstliche Minuten.



Unsere Bilder: Die sowjetischen Tänzer Alla Michaltschenko (Erster Preis) und Valeri Anissimow (Zweiter Preis) ◆ Michail Krapivin, UdSSR (Erster Preis) ◆ Die kubanischen Interpreten Miriam González Hernández und Andres Williams Diigo ◆ Tatjana Bereshnaja, UdSSR (Zweiter Preis) und ihr Partner Sergej Bereshnoj ◆ Die Jury des III. Internationalen Wettbewerbs unter Vorsitz des Volkskünstlers der UdSSR Juri Grigorowitsch.

Fotos A. Knjasew

Universitätsbibliothek Greifswald
Sektion Marxismus-Leninismus

KULTURAUSTAUSCH UND ENTSPANNUNG

Dieser Tage weilen in Moskau zum zehnten Mal progressive Filmschaffende aus aller Welt. Die Filmleute aus mehr als 90 Ländern der fünf Kontinente und von internationalen Organisationen beteiligen sich am Festival, dessen Devise lautet: „Für Humanismus der Filmkunst, für Frieden und Freundschaft zwischen den Völkern!“

In seiner Grußbotschaft an die Teilnehmer und Gäste des X. internationalen Moskauer Filmfestivals betonte Leonid Breshnew, daß die „Abwendung der Gefahr eines neuen Weltkrieges, die Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit nicht nur die Parteien und Regierungen angeht. Eine besondere Rolle bei der Behauptung des Geistes guten Willens, der gegenseitigen Achtung und des Vertrauens zwischen den Völkern kommt der Öffentlichkeit, den Kulturschaffenden zu...“ Diese Worte unterstreichen erneut die Bedeutung, die die KPdSU und der Sowjetstaat der internationalen kulturellen Zusammenarbeit und dem Austausch geistiger Werte beimessen.

Die Verbesserung des Weltklimas in den letzten Jahren hat gute Voraussetzungen für eine solche Zusammenarbeit geschaffen. Die Entspannung ermöglichte es, den internationalen Kulturaustausch bedeutend zu aktivieren und zu bereichern, und das fördert seinerseits die Materialisierung der Entspannung. So ist die Dialektik des Entspannungsprozesses.

Die KSZE-Beschlüsse haben den kulturellen Kontakten zwischen den Staaten neuen Auftrieb gegeben. Das Programm der Schlußakte für kulturelle und humanitäre Kontakte, d. h. der dritte Korb, ist wohl in den zwischenstaatlichen Beziehungen einmalig. Die Sowjetunion erfüllt aktiv und konsequent die diesbezüglichen Beschlüsse von Helsinki. Heute unterhält die UdSSR kulturelle Verbindungen mit

120 Staaten, u. a. mit über 80 Ländern auf der Grundlage von Regierungsabkommen. Jährlich besuchen 25 Millionen Menschen sowjetische Konzerte, Theateraufführungen und Ausstellungen im Ausland, Hunderte Millionen sehen Auftritte sowjetischer Künstler.

Zugleich will die Sowjetunion alle Werte der Weltkultur dem Sowjetvolk, das den Kommunismus errichtet, zugänglich machen. Allein im Juni traten in sowjetischen Städten Künstler aus 17 Ländern auf. Gleichfalls im Juni empfing Moskau die Teilnehmer des III. Internationalen Wettbewerbs der Ballettkünstler. Im Juli findet besagtes Filmfestival statt, im September die Moskauer Internationale Buchmesse. Diese Buchausstellung findet mit gutem Grund in der sowjetischen Metropole statt: Bei der Herausgabe ausländischer Literatur liegt die UdSSR an erster Stelle.

Der Umfang der kulturellen Verbindungen der UdSSR mit dem Ausland hat, wie auf dem XXV. Parteitag der KPdSU betont wurde, in vier Jahren um das Anderthalbfache zugenommen. Werden denn nicht so am deutlichsten die westlichen Behauptungen widerlegt, die UdSSR wolle Kontakte mit dem Westen ausweichen (siehe den Artikel „Statt Verständigung Einmischung“ in diesem Heft). Die Linie der Sowjetunion zum Ausbau der kulturellen Verbindungen ist prinzipiell und hängt nicht von irgendwelchen zeitbedingten Erwägungen ab. Sie ist von der Natur des Sozialismus und von den ihm eigenen hohen humanistischen Idealen vorgezeichnet.

Die Sowjetunion tritt seit ihrem Bestehen für den erweiterten Austausch kultureller Werte zwischen den Völkern von Ländern unterschiedlicher gesellschaftlicher und politischer Systeme ein. Die Erfahrungen zeigen, daß eine solche Zusammenarbeit fruchtbare ist und den höchsten Kriterien für Frieden, Zusammenarbeit und Humanismus nur dann entspricht, wenn sie auf der gegenseitigen Achtung der Souveränität, der Gesetze, der Bräuche und der Traditionen jedes Landes basiert und auf die Festigung der Verständigung gerichtet ist.

Bereits am 30. Dezember 1917 wandte sich die Sowjetregierung mit einer Botschaft an die Völker und Regierungen der Welt, in der sie ihr Streben nach wirtschaftlicher wie kultureller Zusammenarbeit zwischen den Völkern bekundete. Fast 60 Jahre verficht die Sowjetunion einen möglichst breiten Kulturaustausch, der zur geistigen Bereicherung der Völker, zur Festigung des Vertrauens sowie zur Behauptung der Ideen des Friedens und der guten Nachbarschaft beiträgt.

WOCHENSCHAU

Am 8. Juli empfing Leonid Breschnew im Kreml die Leiter der in Moskau akkreditierten diplomatischen Vertretungen. Sie gratulierten Breschnew herzlich zu seiner Wahl als Vorsitzender des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR. Als Doyen des diplomatischen Korps betonte der Botschafter Kanadas Robert A. D. Ford, daß der Name Breschnew ein Sinnbild der Entspannungspolitik geworden ist. In seiner Antwortrede sagte Leonid Breschnew u. a., daß die UdSSR sich stets aktiv an allen Verhandlungen und an jeder internationalen Aktion beteiligen wird, die dem Ausbau der friedlichen Zusammenarbeit und der Sicherheit der Völker gilt.

Zum 56. Jahrestag der Mongolischen Volksrevolution richteten Breschnew und Kossygin am 11. Juli den Führern der Republik Jumshagin Zedenbal und Shombyn Batmunch ein Gratulationsschreiben, in dem es heißt, daß die KPdSU und alle Sowjetbürger auch künftig unabbar und konsequent den Kurs auf größtmögliche Festigung der sowjetisch-mongolischen Freundschaft steuern werden.

Am 6. Juli wurde eine Mitteilung darüber veröffentlicht, daß Leonid Breschnew und König von Spanien Don Juan Carlos I. zum Nationalfest Spaniens Telegramme ausgetauscht haben. Darin wird der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Beziehungen zwischen der UdSSR und Spanien eine neue Entwicklung erfahren.

Am 10. Juli wurde gemeldet, daß Josip Broz-Tito, Präsident der SFRJ und Vorsitzender des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens, in der zweiten Augusthälfte der Sowjetunion einen offiziellen Freundschaftsbesuch abstattet.

Am 5. und 6. Juli fand in Leningrad ein Konsultativtreffen der Parlamentarier der Warschauer Vertragsstaaten statt. Als Gäste waren Parlamentarier Kubas zugegen. Erörtert wurde die Tätigkeit der Parlamente und Parlamentarier zur Vertiefung der internationalen Entspannung. (Siehe S. 7.)

Am 10. Juli schlossen in Murmansk die Friedenstage der Länder der Nord-

kalotte (traditionelles Treffen von Vertretern der Öffentlichkeit der im hohen Norden gelegenen Gebiete der UdSSR, Schwedens, Norwegens und Finnlands). Es wurde eine Erklärung angenommen, in der eilige Maßnahmen zur Einstellung des Wettrüstens als notwendig bezeichnet werden.

Am 9. Juli begann in Riga die XI. Dartmouth-Konferenz von Vertretern der politischen, wissenschaftlichen, geschäftlichen und gesellschaftlichen Kreise der UdSSR und der USA.

Am 11. Juli begann im Raum Luzk-Lwow-Rowno eine Truppenübung des mit dem Rotbannerorden ausgezeichneten Karpaten-Militärbezirks unter dem Codenamen „Karpaten“. Ein geladen sind Beobachter aus der BRD, Bulgarien, der CSSR, der DDR, Frankreich, Italien, Jugoslawien, Österreich, Polen, Rumänien, der Schweiz und Ungarn. Die Übung wird am 16. Juli abgeschlossen.

Am 8. Juli wurde im US-Staatsdepartement ein Abkommen darüber unterzeichnet, daß das Regierungsabkommen zwischen der UdSSR und den USA über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft und Technik um weitere fünf Jahre verlängert wird. W. Kirillin, stellvertretender Vorsitzender des Ministerrates der UdSSR und Vorsitzender des Staatlichen Komitees für Wissenschaft und Technik, wurde als Leiter der sowjetischen Delegation von Präsident Carter empfangen und hatte ein amerikanischerseits angeregtes Gespräch mit Außenminister Vance.

In Addis Abeba wurde am 5. Juli ein Äthiopisch-Sowjetisches Freundschafts- und Solidaritätskomitee gegründet. Ihm gehören namhafte Staatsmänner und Vertreter der Öffentlichkeit an, der Vorsitzende ist Youssouf Ahmed, Minister für Verkehrs- und Nachrichtenwesen. Das Komitee hat eine Botschaft an Volk und Regierung der UdSSR gerichtet.

Am 6. Juli kam der offizielle Freundschaftsbesuch einer von Edward Gierek, Erster Sekretär des ZK der PAP, geleiteten Partei- und Staatsdelegation Polens in der CSSR zum Abschluß. Zwei Dokumente wurden unterzeichnet: „Für

weitere Entwicklung und Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der KPTsch und der PAP, zwischen der CSSR und der VR Polen, für Festigung der Freundschaft zwischen den Völkern der Tschechoslowakei und Polens“ sowie „Hauptrichtungen für die Vertiefung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit CSSR—VR Polen im Zeitraum nach 1980“.

Am 5. Juli kamen in Bonn die Verhandlungen des Ersten Sekretärs des ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei Kádár mit Bundeskanzler Schmidt zum Abschluß.

Im Genfer Palais des Nations begann am 5. Juli eine Tagung des Abrüstungsausschusses. Tagesordnung: Einstellung des nuklearen Wettrüstens, Verbot chemischer Waffen sowie der Entwicklung und Herstellung neuer Arten und Systeme von Massenvernichtungswaffen u. a.

Im Genfer Palais des Nations wurde am 6. Juli die 63. Tagung des Wirtschafts- und Sozialrates der UNO (ECOSOC) eröffnet. Erörtert werden Probleme im Zusammenhang mit der Errichtung einer neuen internationalen Wirtschaftsordnung sowie Fragen der Verwirklichung der Deklaration über die Unabhängigkeit für die Kolonialländer und -völker.

In Libreville (Gabun) schloß am 5. Juli das 14. Gipfeltreffen der OAU. (Siehe S. 10.)

In Japan wurde am 10. Juli die Hälfte des Oberhauses (insgesamt 252 Sitze) gewählt. (Siehe S. 12.)

In Luanda (Angola) wurde am 10. Juli das Wehrpflichtgesetz für alle Bürger im Alter von 18 bis 35 Jahren bekanntgegeben.

In Salisbury schlossen am 10. Juli Geheimverhandlungen zwischen britischen und amerikanischen Sonderbeauftragten und dem Chef des Rassistenregimes Ian Smith. (Siehe S. 16.)



Moskau, Kreml, den 8. Juli. Leonid Breshnew spricht vor den Leitern der in Moskau akkreditierten diplomatischen Vertretungen.
Foto S. Smirnow

NEUE ZEIT

WOCHEBLATT FÜR POLITIK

Nr. 29 JULI 1977

Gründungsjahr 1943

Chefredakteur: M. FIJODOROW

Redaktionskollegium:

S. Goljakow (Verantw., Sekretär),
A. Ignatow, G. Kaschojan (Stellv. Chefredakteur), W. Kusnezow, B. Pitschik (Stellv. Chefredakteur), I. Trofimowa, V. Tschernjawska (Stellv. Chefredakteur für die fremdsprachigen Ausgaben), D. Wolski.

Verantwortlicher Redakteur der deutschen Ausgabe: R. Krestjaninow

■
Verlag der Zeitung „Trud“
Moskau

■

Erscheint in russischer, deutscher, englischer, französischer, spanischer, polnischer, tschechischer und arabischer Sprache.

■

UNSERE ANSCHRIFT: Moskau K-6,
103782, GSP, Plotschadji Puschkina

Printed in the Union of Soviet Socialist Republics

IN DIESEM HEFT:

Kulturaustausch und Entspannung	1
W. Karatschkin — Der sowjetische Verfassungsentwurf und das Völkerrecht	4
I. Trofimow — Aufruf aus Leningrad	7
W. Kusnezow — Des Pentagons Gelüste	8
V. Sidenko — Unter der Flagge der Freiheit	10
A. Ulanski — Zu den Vorgängen in Islamabad	11
A. Medwedenco — Spanien: Regierung gebildet	12
S. Lewtschenko — Japan: Die Sonntagsprüfung	12
R. Sikojew — Afghanistan: Der Tag der Republik	14
Biographisches: John Lynch	15
Notizen ◆ Glossen ◆ Kommentare	16
S. Wladimirow — Indischer Ozean: Gefahren und Hoffnungen	18
G. Woronzow — USA—EWG: Atlantismus: Konzeptionen und Realitäten	21
A. Mosgowoi — NATO: Panzerschlachten der Monopole	23
N. Sagladin — Statt Verständigung Einnischung	25
B. Rodionow — Was gibt ein Durchschnittsungar aus!	26
A. Pin — Am Ufer des Saigon	27
Diskussion mit dem Leser	30
PS	32

In diesen Tagen wird an der Trasse der Erdgasleitung Orenburg — Westgrenze der UdSSR ein Freundschaftsfestival der Völker der an diesem Bauvorhaben beteiligten sozialistischen Staaten abgehalten. Nur etwas mehr als ein Jahr bleibt bis zu dem Augenblick, da das sowjetische Gas aus dem Ural in die europäischen sozialistischen Länder kommen wird.

Titelbild: Diese Fotos veranschaulichen den Werktag der multinationalen Erbauer der Gasleitung.

Fotos TASS

Der sowjetische Verfassungsentwurf und das Völkerrecht

Vladimir KARTASCHKIN

Im Entwurf zur neuen sowjetischen Verfassung haben die einschneidenden Veränderungen ihren Niederschlag gefunden, die während der Gültigkeitsdauer der Verfassung von 1936 in der Gesellschaft der UdSSR eingetreten sind. Hier ist die entwickelte, reife sozialistische Gesellschaft aufgebaut, die Wirtschaft ist nicht wiederzuerkennen, und es hat sich eine menschliche Gemeinschaft gebildet, wie sie in der Geschichte noch nie da war: das Sowjetvolk. Der als Diktatur des Proletariats entstandene Sowjetstaat ist ein Staat des ganzen Volkes geworden. Von seinen Erfolgen ausgehend, erfüllt das Sowjetvolk neue Aufgaben: schafft es die materiell-technische Basis des Kommunismus, wandelt es die sozialistischen gesellschaftlichen Verhältnisse allmählich in kommunistische um, erzieht es die Menschen zu kommunistischem Bewußtsein usw.

Die grundlegenden Vorzüge

Auf dem Plenum des ZK der KPdSU vom Mai sagte Leonid Breshnew, daß „die Haupttendenz des Neuen, das der Entwurf enthält, in der Erweiterung und Vertiefung der sozialistischen Demokratie besteht“. Diese Ausrichtung der neuen Verfassung wird in ihrem „Staat und Persönlichkeit“ betitelter Teil 2 besonders deutlich. In seinem speziellen Abschnitt „Die Staatsbürgerschaft der UdSSR. Die Gleichberechtigung der Bürger“ ist das allgemeine Prinzip der Gleichheit sämtlicher sowjetischer Menschen vor dem Gesetz verbrieft, ohne Ansehen von Abkunft, sozialer und pukünäärer Lage, nationaler und rassenmäßiger Zugehörigkeit, Geschlecht, Bildungsstufe, Sprache, Einstellung zur Religion und allen sonstigen Unterschieden. Jede rechtliche Zurücksetzung oder Bevorzugung von Bürgern nach rassischen oder nationalen Merkmalen ist gesetzlich strafbar, ebenso wie jedes Propagieren einer rassischen oder nationalen Exklusivität, Feindschaft oder Geringschätzung.

Bedeutend reichhaltiger als in der jetzt geltenden Verfassung sind die Bestimmungen über die Grundrech-

te und Freiheiten der Sowjetbürger; der Inhalt der Verfassungsartikel ist vertieft, und die materiellen Garantien für sie sind bedeutend vervollständigt.

Vergleicht man unseren Verfassungsentwurf mit den internationalen Pakten über Menschenrechte u. dgl., so erkennt man deutlich die grundlegenden Vorzüge des ersten. Zunächst einmal sind die in den genannten Pakten niedergelegten wichtigsten Forderungen in der UdSSR bereits erfüllt. Der Verfassungsentwurf geht bedeutend weiter als diese Urkunden, in ihm sind die Rechte und Freiheiten der Persönlichkeit wesentlich umfassender, vollständiger und substantieller formuliert. Weiter proklamiert er, zum Unterschied von den internationalen Pakten, die Rechte und Freiheiten der Bürger nicht nur, sondern er garantiert auch ihre praktische Ausübung.

Die Aufzählung der Rechte und Freiheiten im Internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte beginnt damit, daß das Recht eines jeden auf Arbeit deklariert wird, wobei sich die Staaten verpflichten, „entsprechende Schritte zur Gewährleistung dieses Rechtes zu unternehmen“ (Artikel 6). In Artikel 40 unseres Verfassungsentwurfs ist das Recht jedes Sowjetbürgers nicht allein auf Arbeit garantiert, sondern auch auf eine nach Quantität und Qualität seiner Leistung bezahlte Arbeit einschließlich des Rechts auf die Wahl des Berufs, der Beschäftigungsart oder Arbeit im Einklang mit seiner Berufung, seinen Fähigkeiten, seiner Berufsschulung und Bildung. In dem Artikel wird betont, daß dieses Recht garantiert ist „durch das sozialistische Wirtschaftssystem, das stetige Wachstum der gesellschaftlichen Produktivkräfte, die unentgeltliche berufliche Ausbildung, Qualifizierung und Umschulung“. Der Nachdruck ist mit Recht auf die materiellen Möglichkeiten zur Ausübung des Rechts auf Arbeit gelegt. In diesem Artikel ist das in der UdSSR wirklich Erreichte verbrieft. Seit fast 50 Jahren kennen die Sowjetbürger keine Arbeitslosigkeit, und die Zahl der Arbeitsplätze ist

immer größer als das Angebot an Arbeitskräften.

Im Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ist das Recht eines jeden auf Bildung anerkannt, und zu dieser zählt die Grundschulpflicht mit kostenlosem Unterricht; auch ist eine allmähliche Einführung des kostenlosen Studiums vorgemerkt (Artikel 13). In unserem Verfassungsentwurf ist der unentgeltliche Unterricht jeder Art und die allgemeine Mittelschulpflicht für die Jugend verbrieft (Artikel 45). Auch ist darin betont, daß das Recht auf Bildung durch einen wesentlichen Ausbau des Berufs-, Mittel- und Hochschulwesens garantiert ist; durch die Entwicklung des Fern- und Abendunterrichts; durch staatliche Stipendien und andere Vergünstigungen an die Schüler und Studenten; durch kostenlose Ausgabe der Schulbücher; durch die Möglichkeit, Unterricht in der Muttersprache zu besuchen, und durch andere Voraussetzungen, die der Staat für die Sowjetbürger geschaffen hat.

Im Verfassungsentwurf sind ferner soziale und wirtschaftliche Rechte verbrieft wie das Recht auf Gesundheitsschutz einschließlich kostenloser fachärztlicher Betreuung (Artikel 42); das Recht auf Wohnung, gewährleistet durch einen gerechten, unter gesellschaftlicher Kontrolle erfolgenden Wohnungs nachweis und die billigen Mieten (Artikel 44); das Recht auf materielle Versorgung im Alter, bei Krankheit, Invalidität und Verlust des Ernährers, garantiert durch die Sozialversicherung und ausschließlich auf Staatskosten bewerkstelligt (Artikel 43) und vieles andere. Diese Rechte werden nicht nur verkündet. Der Staat garantiert sie durch materielle Voraussetzungen und dadurch, daß er seinen Bürgern die Mittel zu ihrer Ausübung bietet.

Im Verfassungsentwurf sind darüber hinaus viele Bürger- und politische Rechte und Freiheiten erhärtet: Rede-, Presse-, Versammlungs- und Kundgebungs freiheit, die Freiheit von Straßenumzügen und Demonstrationen. Die Sowjetbürger haben Gewissensfreiheit. Das Aufhetzen zu Feindschaft und Haß gegen Glaubensbekenntnisse ist verboten. Das Grundgesetz garantiert den Bürgern das Recht, sich an der Erledigung der staatlichen und öffentlichen Angelegenheiten zu beteiligen, und gibt an, in welcher Form das geschieht. Weiter ist darin das Recht der Bürger ver-

brieft, bei staatlichen und gesellschaftlichen Organen Verbesserungsvorschläge für deren Tätigkeit zu machen, Mängel dieser Tätigkeit zu kritisieren und Amtspersonen wegen rechtswidrigen Vorgehens gerichtlich zu verklagen. Laut Verfassungsentwurf hat jeder Sowjetbürger das Recht auf gerichtlichen Schutz vor Anschlägen auf sein Leben, seine Gesundheit, sein Eigentum, seine persönliche Freiheit, Ehre und Würde.

Vorbehalte im Westen

In den bürgerlichen Verfassungen waren die sozialen und wirtschaftlichen Rechte lange übergegangen. Die Gesetzesakte aus dem 18. und 19. Jahrhundert betrafen größtenteils die zivilen und politischen Rechte. Erst unter direktem Einfluß der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution fanden auch die sozialen und wirtschaftlichen Rechte in den Verfassungen kapitalistischer Staaten ihren Niederschlag, besonders unter der Wirkung von Lenins Erklärung über die Rechte des werktätigen und ausgebeuteten Volkes vom 16. Januar 1918, die später dem ersten sowjetischen Grundgesetz — der Verfassung der RSFSR vom 10. Juli 1918 — einverlebt wurde. Die UNO-Kommission für Menschenrechte vermerkte in der Resolution 16(25) vom 13. März 1969 eigens den „großen praktischen und theoretischen Beitrag des hervorragenden Humanisten W. I. Lenin zur Entwicklung und Verwirklichung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte“ sowie den „historischen Einfluß seiner humanistischen Ideen und praktischen Tätigkeit“ auf diesem Gebiet.

Als bei der UNO die Deklaration der Menschenrechte und die einschlägigen Pakte abgefaßt wurden, wollten einige Westmächte darin lediglich die Bürgerrechte und politischen Rechte proklamiert sehen. Der namhafte US-Staatsmann James Green schrieb, daß die USA dabei „die Hauptrolle“ spielen. Sie könnten „schwerlich einen Vertrag akzeptieren, der wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte enthält, weil diese weit über die in der US-Verfassung enthaltenen Rechte hinausgehen“. Aber trotz dieser Stellungnahme der Westmächte setzte eine Mehrheit der UNO-Mitgliedstaaten auf Initiative und mit tatkräftiger Unterstützung der sozialistischen Länder durch, daß sowohl die Deklaration als auch die Pakte über die Menschenrechte nicht allein um-

fassende zivile und politische, sondern auch soziale und wirtschaftliche Rechte enthalten. Damit haben die meisten Staaten der Welt anerkannt, daß sämtliche Rechte und Freiheiten des Menschen zusammenhängen und sich wechselseitig bedingen. Wie kann ein Mensch denn frei sein, wenn er arbeitslos ist, hungrig, Not leidet, keine ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen kann und in einem Elendsquartier haust? In einer Studie der UNO wird folgendes betont: „Ohne wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte kann das Individuum nicht das Niveau erreichen, das in der Deklaration der Menschenrechte als Ideal des freien Menschen bezeichnet ist.“

Trotzdem dringen die USA und einige andere Westmächte darauf, daß in internationalen Urkunden nicht alle wichtigsten Rechte und Freiheiten niedergelegt werden, ja sie weigern sich, in dieser Hinsicht irgendwelche Verpflichtungen zu übernehmen. Da sieht man, wie unehrlich ihre Empörung über die angebliche Verletzung der Menschenrechte in den sozialistischen Ländern ist. Washington maßt sich obendrein die „moralische Verpflichtung“ an, die Menschenrechte in anderen Ländern zu „schützen“, und unterstützt unverhohlen die diktatorischen Regimes in Chile, auf Haiti, in Paraguay, Südkorea u. a.

Es ist doch bezeichnend, daß Washington die wichtigsten internationale Dokumente über die Menschenrechte noch immer nicht ratifiziert hat: die UNO-Konvention von 1948 über die Verhütung und Ahndung von Genozidverbrechen, die von 1968 über die Nichtverjährung von Kriegsverbrechen und Verbrechen an der Menschheit, die Internationale Konvention über die Ausmerzung jedweder Formen der Rassendiskriminierung, den Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, den über die Bürgerrechte und politischen Rechte, die UNO-Konvention von 1973 über die Unterbindung des Apartheidverbrechens und dessen Ahndung und noch viele andere.

Manche Westmächte haben die Pakte über die Menschenrechte und einzelne diesbezügliche internationale Abkommen nur mit großen Vorbehalten akzeptiert. So erklärten Großbritannien und Dänemark, als sie den Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte ratifizierten, sie seien außerstande, jede Diskriminierung zu verbieten und das in Artikel 7 niedergelegte Recht eines jeden „auf angemessene

Entlohnung und gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit ohne jeden Unterschied“ zu garantieren.

Präsident Carter verspricht jetzt, die bisher von den USA nicht ratifizierten internationalen Konventionen über die Menschenrechte dem Kongreß zur Bestätigung zu unterbreiten. Das wurde schon mehrmals versucht, führte jedoch zu nichts. Präsident Truman brachte 1949 die Konvention über die Verhütung und Ahndung von Genozidverbrechen vor den Senat, und Präsident Kennedy tat 1963 ein Gleiches mit der UN-Konvention von 1952 über die politischen Rechte der Frauen und mit der Konvention der IAO von 1957 über die Aufhebung der Zwangsarbeit. Auf den Rat der US-Anwaltskammer lehnte der Senat aber jedes Mal die Ratifizierungsanträge ab.

Rechte wie Pflichten

Die bürgerlichen Massenmedien schweigen sich über diese und ähnliche Tatsachen möglichst aus. Zugleich verunglimpfen sie die sozialistischen Errungenschaften und ziehen die Vorzüge des sowjetischen Verfassungsentwurfs in Zweifel. Um die darin verbrieften Rechte und Freiheiten herabzusetzen, verlegen manche Blätter den Schwerpunkt ausschließlich auf die darin enthaltenen Pflichten der Sowjetbürger.

Indessen beruht der Entwurf darauf, daß die Rechte und Freiheiten der Bürger von ihren Pflichten der Gesellschaft gegenüber nicht zu trennen sind. Zu diesen Pflichten gehört es, daß die Bürger der UdSSR gewissenhaft arbeiten, das sozialistische Eigentum bewahren und erhärten, ihr sozialistisches Vaterland verteidigen, die Freundschaft der Nationen und Völkerschaften enger gestalten, die Rechte und legitimen Interessen anderer Personen achten, die Natur und ihre Schätze schützen und hüten, die Freundschaft und Zusammenarbeit mit den Völkern der anderen Länder fördern und zur Wahrung und Festigung des Weltfriedens beitragen.

Es ist ganz selbstverständlich, daß das Grundgesetz des Landes neben den Rechten auch die Pflichten jedes Bürgers enthält. Der Mensch lebt nicht im luftleeren Raum, sondern in einer Gemeinschaft, und für das normale Leben einer beliebigen Gesellschaft ist Ordnung unerlässlich, ist es notwendig, daß jeder die Rechte und legitimen Interessen der anderen respektiert und dem Staat gegenüber, dessen Bürger er ist,

Pflichten erfüllt. Dieser Grundsatz ist völkerrechtlich anerkannt. In der Deklaration der Menschenrechte wird folgendes hervorgehoben: „Jeder hat Pflichten vor der Gemeinschaft, in der die freie und volle Entfaltung seiner Persönlichkeit allein möglich ist.“ In dieser Deklaration ebenso wie im Pakt über die Bürgerrechte und politischen Rechte heißt es, daß die Rechte des Menschen nicht als absolut und unbegrenzt angesehen werden können. Gewisse Begrenzungen dieser Rechte und Freiheiten sind in einer beliebigen demokratischen Gesell-

heit er dafür ganz präzise Bestimmungen.

Die UdSSR hat keineswegs die Absicht, auf die bürgerlichen Kritiker an unserer Verfassung zu hören und ein Rechtssystem nachzuahmen, wie es z. B. in den USA besteht. Einem diesjährigen Heft des *New-Yorker* (23. Mai) zufolge ist dieses System darauf abgestellt, daß „der Schutz der individuellen Rechte wichtiger als der Schutz der Gesellschaft überhaupt vor Kriminellen“ sei. Eine derartige bürgerlich-individualistische Prioritätsauffassung ist inakzeptabel für die sozial-

einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer und der Respektierung der Menschenrechte und Grundfreiheiten. Somit enthält schon das Grundgesetz des Sowjetstaates die fundamentale Bestimmung des modernen Völkerrechts, daß die Zusammenarbeit von Staaten in den verschiedenen Bereichen, einschließlich desjenigen der Menschenrechte, nicht dazu mißbraucht werden darf, sich in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates einzumischen. Dieser Passus ist allgemein anerkannt und sowohl in der UNO-Charta als auch in vielen anderen internationalen Abkommen enthalten. Alle diese Dokumente zählen die unmittelbare Gewährleistung und Wahrung der Grundrechte und Freiheiten des Menschen zum inneren Kompetenzbereich der Staaten. In ihnen ist nicht von der Organisierung eines internationalen Schutzes der Menschenrechte, sondern davon die Rede, daß die Staaten gemeinsam auf eine allgemeine Respektierung und Wahrung der Bürgerrechte und -freiheiten hinwirken sollen. Bestimmend für die Menschenrechte, ihren realen Inhalt und für die Garantie ihrer Ausübung ist letztlich die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung eines Staates. Deshalb eben ist der Umfang der dem Individuum eingeräumten Rechte in den einzelnen Ländern verschieden.

Die Länder des siegreichen Sozialismus haben ihren Bürgern auf der Basis der aufgehobenen Ausbeutung eines Menschen durch den anderen und der Entwicklung der sozialistischen Demokratie die höchsten Rechte und Freiheiten gewährleistet. Im sowjetischen Verfassungsentwurf sind diese verbrieft.

Auf dem Mai-Plenum des ZK der KPdSU sagte Leonid Breshnev: „Der entstellenden und primitiven Auslegung des Begriffs der Demokratie und der Menschenrechte durch die bürgerliche und revisionistische Propaganda stellen wir einen vollständigen und realen Komplex von Rechten und Pflichten eines Bürgers der sozialistischen Gesellschaft gegenüber. Wir legen die wirklich epochalen Errungenschaften der Werktätigen, die durch die Macht der Arbeiterklasse unter der Führung der Kommunistischen Partei erzielt wurden, auf die Waage der Geschichte.“

Der Entwurf zur neuen Verfassung der UdSSR führt der ganzen Welt die wirklichen Rechte und Freiheiten vor Augen, die im Sozialismus jeder besitzt.



In der ganzen UdSSR wird der Entwurf zur neuen Landesverfassung erörtert. Dabei sind in den Betrieben über 750 Propagandisten eingesetzt. **Unser Bild:** Eine Gruppe von Propagandisten bereitet sich auf eine Aussprache vor
Foto TASS

schaft im Interesse des Staates und zur Wahrung der Interessen anderer Personen notwendig. In vollem Einklang mit völkerrechtlichen Dokumenten erlegt der sowjetische Verfassungsentwurf den Sowjetbürgern eine Anzahl von Verpflichtungen auf und verbietet — zum Unterschied von den Gesetzen der meisten bürgerlichen Staaten — die Propaganda für Krieg, für rassistische oder nationale Exklusivität.

Allerdings behaupten Sprecher der USA und Großbritanniens, ein Verbot der Kriegspropaganda und der Verbreitung rassistischer Ideen schmälere die Redefreiheit. Wie unhaltbar so etwas ist, liegt auf der Hand. Die Gesetze der allermeisten Länder, auch die der USA nicht ausgenommen, enthalten Beschränkungen, die ein Verbreiten gesellschaftsgefährdender Informationen — Verleumdungen, ungewissenhafte Reklame usw. — verhüten sollen. Derartige Verbote gefährden keineswegs die Redefreiheit im allgemeinen demokratischen Sinne. Vielmehr sind sie eine notwendige Voraussetzung dafür, daß diese Freiheit umfassend und folgerichtig ausgeübt werden kann. Was unseren Verfassungsentwurf betrifft, so ent-

listische Gesellschaft, für die, wie das im Verfassungsentwurf gesagt ist, „die Sorge aller für das Wohlergehen eines jeden und die Sorge eines jeden für das Wohlergehen aller“ den Ausschlag gibt. Niemals werden in der sowjetischen Gesellschaft Auswüchse einen Nährboden finden wie anarchischer Individualismus, die Ausbeutung eines Menschen durch den anderen, Arbeitslosigkeit, soziale Zurücksetzung, Diskriminierung nationaler Minderheiten, ein politisches Gangsterstum, Bespitzelung, das Abhören und sonstige Zierden des kapitalistischen Paradieses.

Bemerkenswert an unserem Verfassungsentwurf ist auch das spezielle außenpolitische Kapitel mit den völkerrechtlichen Grundsätzen, nach denen die UdSSR ihre Beziehungen zu anderen Ländern gestaltet. Besonders hervorheben möchten wir da den Grundsatz der Nicht-

AUFRUF AUS LENINGRAD

Treffen von Parlamentariern aus den Warschauer Vertragsstaaten

Als erster Staat in der Welt nahm die UdSSR alle zehn Prinzipien der Helsinkier Schlußakte in den Entwurf der neuen Verfassung auf. Darauf wies der sowjetische Delegationsleiter Alexej Schitikow, Vorsitzender des Unionsrates des Obersten Sowjets der UdSSR, auf dem Treffen von Parlamentariern aus den Staaten des Warschauer Vertrages hin, das in Leningrad stattfand. Der Kurs auf die Errichtung eines zuverlässigen und gerechten Friedens, den die Sowjetunion seit 60 Jahren unablässig steuert, wird heute zu einem Prinzip ihrer Verfassung erhoben.

Die UdSSR und ihre sozialistischen Verbündeten arbeiten ständig daran, den Wirkungsbereich der Entspannung auszudehnen, sie zu vertiefen und die Schranken niederzureißen, die die Entwicklung der friedlichen zwischenstaatlichen Kooperation behindern. Die Beratung der Parlamentarier war eben ein Bestandteil dieser gemeinsamen Arbeit. In seinem Schreiben an die Teilnehmer des Treffens betonte Leonid Breshnew die Notwendigkeit immer neuer Bemühungen um die Einstellung des Wettrüstens und die Verminderung der Kriegsgefahr, um den Ausbau aller zur Materialisierung der Entspannung beitragenden Formen der friedlichen Zusammenarbeit; er brachte die Überzeugung zum Ausdruck, daß die Parlamente und Parlamentarier der sozialistischen Staaten eine große Rolle bei der Lösung dieser humanen Aufgaben spielen können.

Das Leningrader Treffen war in dieser Hinsicht kennzeichnend. Die Abgeordneten des Volkes zogen ein Fazit aus der außenpolitischen Tätigkeit der obersten Organe der Staatsmacht ihrer Länder und kamen überein, in diesem Bereich enger zusammenzuwirken. Sie legten die Richtungen fest, in denen sich die Kontakte zu den Parlamenten aller Unterzeichnerstaaten der Schlußakte erweitern könnten.

Ist die Hoffnung auf die Festigung einer solchen Zusammenarbeit berechtigt?

Der beschleunigte Puls der gegenwärtigen Weltpolitik macht sich auch in den bürgerlichen Parlamenten bemerkbar. Heute ist es kaum

denkbar, daß ein Abgeordneter oder Senator im Parlament ein Poem von Lord Byron rezitiert, wie das einst im Westminster zu London praktiziert wurde. Heute werden bei den Parlamentsdebatten brennende Probleme der internationalen Beziehungen angeschnitten. In einigen Parlamenten mußten die Vertreter der Rechtsparteien zusammenrücken und den Vertretern der Linkskräfte zusätzliche Sitze frei machen. Aber auch viele bürgerliche Politiker betrachten die Welt, die uns umgibt, und die Probleme des Tages nüchtern. Die Teilnehmer des Leningrader Treffens trugen all diesen Umständen Rechnung, als sie ihren Aufruf an die Parlamente und die Parlamentarier der Unterzeichnerstaaten der Schlußakte annahmen.

Die Vertreter der obersten Machtorgane der sozialistischen Länder fordern ihre Kollegen in den anderen Staaten auf, sich aktiv für die Festigung des Friedens in Europa einzusetzen. In ihrem Aufruf sind die Bereiche umrisSEN, in denen die Zusammenarbeit ihrer Meinung nach besonders wichtig wäre.

Gemeint ist der Kampf für die Einstellung des Wettrüstens und für die Abrüstung, vor allem die nukleare Abrüstung. Von großer Bedeutung könnten hierbei Abkommen über die Kürzung von Militärausgaben und den Abbau der Streitkräfte, ferner die Auflösung der ausländischen Militärstützpunkte und andere Maßnahmen zur realen Abrüstung sein. Ein effektiver Schritt zur Beseitigung der Kernkriegsgefahr wäre der Abschluß des Vertrages aller KSZE-Staaten darüber, daß sie nicht als erste gegeneinander Kernwaffen anwenden.

Gemeint sind Aktivitäten, um allem vorzubeugen, was eine Erweiterung der bestehenden bzw. die Gründung neuer geschlossener Gruppierungen und militärpolitischer Bündnisse bewirken könnte.

Es gilt auch, die Bemühungen der europäischen Staaten zur Lösung lebenswichtiger und unaufschiebbarer Aufgaben zu vereinigen. Solche Aufgaben umfassen den Umweltschutz, die Zusammenarbeit in Energiewirtschaft und Transport, auf anderen Gebieten sowie die Ab-

haltung von Kongressen oder zwischenstaatlichen Konferenzen zu diesen Zwecken.

Es gilt schließlich, die Möglichkeiten der Zusammenarbeit auf humanitärem Gebiet zum umfassenderen Austausch der geistigen Werke zwischen den Völkern und zu ihrer Annäherung zu nutzen.

Die bevollmächtigten Vertreter der Völker der sozialistischen Staaten bekundeten ihre Bereitschaft, mit den Parlamentariern der anderen Länder sowohl die außenpolitischen Initiativen, mit denen der Politische Beratende Ausschuß der Warschauer Vertragsstaaten in Bukarest hervortrat, als auch beliebige andere konstruktive Vorschläge zum Ausbau der Beziehungen zwischen den Völkern im Geiste des Wohlwollens und Vertrauens konkret zu erörtern. Nach ihrem Dafürhalten könnte sich mit diesen Fragen die dritte interparlamentarische Konferenz über Zusammenarbeit und Sicherheit in Europa befassen, die für den Mai 1978 anberaumt worden ist.

„Wir sind überzeugt“, erklärten die Teilnehmer des Treffens, „daß die Zusammenarbeit der Parlamentarier Europas, der USA und Kanadas, ihrer Organisationen und Einrichtungen ein wichtiger Faktor der konsequenten Umsetzung der in Helsinki signierten Schlußakte werden kann, und zu einer sachlichen Beteiligung an der Entwicklung einer solchen Zusammenarbeit bereit.“

Die Entspannung weist heute zweifellos Erfolge, aber auch nicht geringe Schwierigkeiten auf. Die reaktionären, militaristischen Kräfte peitschen das Wettrüsten an und ziehen die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit der weiteren Entspannung in Zweifel, ja wollen diesen Begriff aus dem politischen Leben wegradieren. Deshalb kommt der Aufruf aus Leningrad zur rechten Zeit. Es ist anzunehmen, daß er nicht ungehört verhallt. Er richtet sich vor allem an diejenigen, die nicht nur während der Wahlkampagne versprechen, sich um die Festigung des Friedens zu kümmern, sondern dieser Sache tagtäglich inner- und außerhalb der Parlamente dienen.

I. TROFIMOWA

DES PENTAGONS GELÜSTE

Wladlen KUSNEZOW

Wenn man der seriösen Washingtoner Presse Glauben schenken darf, hat Carter die amerikanische Hauptstadt „verblüfft“. Das ist die Reaktion auf den Beschuß des Präsidenten, einstweilen auf die Serienproduktion des strategischen Bombers B-1 zu verzichten und das Schwergewicht auf die Massenerzeugung von Flügelraketen, der neuhesten strategischen Waffenart, zu verlagern.

Die Meinungen sind geteilt, und in diesem Meinungswirrwarr findet sich der amerikanische Steuerzahler nur schwer zurecht. Am B-1-Programm, das etwa so viel kosten würde wie der derzeitige Jahreshaushalt des Pentagon (118 Md. Dollar im Finanzjahr 1978), scheiden sich schon seit langem die Geister in Amerika. Im Wahlkampf appellierte Carter, auf diese „exotische“ Waffe zu verzichten. Deshalb machen einige Kommentatoren jetzt ihm Komplimente, weil er sein Versprechen gehalten habe. Er wird auch gelobt, weil er eines der teuersten Rüstungsprogramme mutig abgelehnt habe, das zudem von einflußreichen militärischen und anderen Kreisen unterstützt wird.

Doch die Begeisterung löst sich in nichts auf, wenn man die Entscheidung des Weißen Hauses aufmerksamer analysiert.

Erstens wurde das B-1-Programm nur gestoppt, doch nicht eingestellt. Wie der Präsident selbst erklärte, wird das „laufende Test- und Entwicklungsprogramm des B-1-Bombers fortgeführt“. Es wird also einfach zurückgestellt, und zu einem beliebigen Zeitpunkt kann es hervorgeholt werden. Wann? Wenn der Präsident meint, daß „Alternativsysteme auf Schwierigkeiten stoßen“. Wenn „sich in einigen Jahren die Beziehungen zu den Russen stark verschlechtern“, was der Präsident angeblich nicht will.

Zweitens hat der Präsident die Produktion des B-1 nicht gestoppt, weil er ein Wahlversprechen einlösen wollte, und auch nicht, um die Amerikaner und die ganze Menschheit mit einem imponierenden Abrü-

stungsprojekt zu beglücken. „Diesmal war er über die meisten politischen Probleme nicht so desinformiert wie gewöhnlich“ und „demonstrierte seine technischen Kenntnisse als ehemaliger Ingenieur“, schrieb Joseph Kraft in der **Washington Post**. Bernard Weinraub meinte zu den Motiven dieser Entscheidung in der **New York Times**, daß Carter „sich im allgemeinen von militärischen Erwägungen leiten ließ“ und nicht von dem Wunsch, die Steuern dort einzusetzen, wo sie am meisten gebraucht werden (für soziale Zwecke), und daß er nicht eine Beschleunigung von SALT II angestrebt hat.

Kurzum hat man im Weißen Haus von zwei Systemen — B-1 oder Flügelraketen — nur dasjenige ausgewählt, das dem Pentagon am rationellsten und effektivsten schien — und natürlich auch dem bekannten Falken Henry Jackson, der den Beschuß des Weißen Hauses lobte. Dem Präsidenten stand Verteidigungsminister Harold Brown zur Seite. Wie der Minister auf einer Pressekonferenz bekanntgab, wurde die Entscheidung für die Flügelrakete gefaßt, weil dieses Projekt wirksamer und billiger ist als das B-1-Programm. Man geht davon aus, daß die Kombination B-52—Flügelraketen vollständig den bedingten Verzicht auf den B-1 wettmacht.

Drittens hat der Beschuß des Weißen Hauses die Aussichten auf eine Kontrolle der strategischen Rüstungen weiter verschlechtert. Bekanntlich sind die Flügelraketen bereits zu einem ernsten Problem bei den sowjetisch-amerikanischen SALT-II-Verhandlungen geworden. Die Aufrüstung mit dieser „Waffe

der Zukunft“ aber „wenn wir überhaupt eine Zukunft haben werden“, bemerkte die amerikanische Gewerkschaftszeitung **Dispatcher** makabrer hierzu) läßt die Chancen für SALT II geringer werden.

Bei der Flügelrakete ergeben sich manche Analogien zur strategischen Waffe V-1, die übrigens der Prototyp der heutigen Flügelrakete ist — eines unbemannten Düsenflugzeuges mit einem Atomsprengkopf. Sie ist relativ billig, sehr präzis und kann von Schiffen, U-Booten, Flugzeugen und sogar von LKWs gestartet werden. Sie fliegt so niedrig, daß sie schwer elektronisch geortet werden kann, was für ihre Verfechter im Pentagon besonders attraktiv ist.

Es handelt sich also um eine neue, effektive und gefährliche strategische Waffenart. Bisher beruhte die Pentagon-Atomstrategie auf drei Säulen: den ballistischen Interkontinentalraketen, den ballistischen U-Boot-Raketen und den Landstreckenbombbern. Dieses Pentagon-Konzept wird durch Carters Entscheidung mit einer vierten strategischen Komponente ergänzt: Ein weiterer Kanal des strategischen Wettrüstens wird geöffnet. Man muß der Befürchtung des **Washington Star** zustimmen: „Carters Beschuß birgt in sich die Gefahr einer völlig neuen, ernst zu nehmenderen und teureren Eskalation des strategischen Wettrüstens.“

Und ausgerechnet diese „Wunderwaffe“ will Washington nicht in die Begrenzungen einbeziehen, über die bei den sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen Einigung erzielt werden soll. Doch ein Wunder wird ausbleiben. Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger warnte nicht ohne Grund die jetzigen Vertreter der USA bei den Genfer Verhandlungen, die Sowjetunion würde ein Abkommen ohne Begrenzungen

Die Idee, der Flügelrakete ein ähnliches Aussehen wie einem Hai zu geben, stand offensichtlich aus einem westlichen Horrorfilm.

Aus der US-Zeitschrift „Time“



für die Flügelraketen nicht unterzeichnen.

Es sei daran erinnert, daß die Vereinbarung von Wladiwostok keinerlei Ausnahmen für die Flügelraketen vorsieht. Die UdSSR und die USA einigten sich prinzipiell darüber, strenge Limits bei dieser Art strategischer Waffen in SALT II einzubeziehen. Überdies wurden bei den Verhandlungen 1975/76 konkrete Varianten für derartige Begrenzungen erörtert und präzisiert. Folgende Formel wurde abgestimmt: Schwere Bomber mit Flügelraketen an Bord und einem Aktionsradius von über 600 km sollten Mehrkopfraketen gleichgesetzt werden und in die Begrenzungen für solche Raketen einzbezogen werden. Bei Flügelraketen, die von See oder vom Festland gestartet werden (diesbezügliche Begrenzungen wurden nicht abgesprochen), schlägt die UdSSR vor, solche Raketen mit einer Reichweite über 600 km generell zu verbieten.

Auch etwas anderes alarmiert. In Washington schickt man sich an, Flügelraketen an europäische NATO-Partner weiterzugeben. Diese Frage wird „aufmerksam studiert“, gestand Harold Brown ein. Auf der kürzlichen Tagung der atomaren Planungsgruppe der NATO in Ottawa wurde das gleichfalls „geprüft“, was offensichtlich so weit ging, daß die Süddeutsche Zeitung konstatierte: „NATO droht Moskau mit neuen Waffen.“

Ob es in Europa amerikanische oder eigene (gewisse Kreise der europäischen NATO-Länder haben bereits die Absicht bekundet, ihre „Superwaffe“ zu produzieren) Flügelraketen geben wird — das kann sich negativ auf die Wiener Truppenabbaugespräche auswirken.

Jene, die sich in Washington mit einer Entsendung von Flügelraketen nach Europa befassen, sollten gerade jetzt daran erinnert werden, daß ein künftiges SALT-II-Abkommen undenkbar ist, ohne daß eine Bestimmung über eine Nichtweitergabe strategischer Waffen an Drittländer und eine Bestimmung einbezogen werden, keinerlei Umgehungsversuche zu unternehmen.

Manche in Washington versuchen mit Hilfe der Massenmedien den Eindruck zu erwecken, als sei man in Moskau von den Pentagon-Programmen „eingeschüchtert“ — und das besonders bei den Flügelraketen. Man spielt sogar auf einen gewissen „Rückstand“ an. Doch das ist nur ein weiteres typisches Beispiel für

den Selbstbetrug, dem sich schon wiederholt die allzu selbstbewußten Einpeitscher des Wettrüstens hingeben. Die Flügelrakete ist keineswegs ein Monopol der USA und jagt der Sowjetunion keine „Angst“ ein. Doch das militaristische Getue des Pentagon, das das Wettrüsten forciert, muß Besorgnis hervorrufen — nicht nur in der UdSSR, sondern bei allen, die die Gefahr einer atomaren Katastrophe bannen wollen — u. a. auch in den USA selbst. Möge niemand damit rechnen, daß die friedliebenden Völker und Staaten passiv den Kriegsspielereien des Pentagon zusehen werden.

In Washington, wo man in Worten zu einer Kontrolle der atomaren Rüstungen aufruft, verfährt man so, daß dieses Wettrüsten immer mehr außerhalb jeglicher Kontrolle zu gelangen droht. Jene, die die Sorge für die wahre Sicherheit ihres Staates tragen sollten, meinen (warum?), der einzige Weg hierzu sei eine forcierte Rüstung. Unterdes gibt es auch eine Alternative zum Wettrüsten, die die Sicherheit gewährleistet — daran erinnern jetzt in Amerika alle, die nicht von der Kriegspsychose angesteckt sind. „Die wahre Sicherheit des Landes“, betont die Baltimore Sun, „hängt nicht von der Entwicklung immer raffinierterer Waffensysteme ab, sondern von einem Abkommen, das das Arsenal der Mittel für eine mehrfache Vernichtung reduziert“, über die die UdSSR und die USA verfügen.

Wenn man dieser Tage die vielen Meldungen aus Washington über neue Rüstungsprogramme und Diskussionen hierzu liest, wird man unwillkürlich zum Zeugen des „alten Washingtoner Spiels bei den Rüstungen, nach dessen Regeln — wieviel Waffen man auch hat — es trotzdem zu wenig sein wird“ (Tom Wicker in der New York Times).

Was heißt hier wenig? Es gibt heute „20 Prozent mehr Atomwaffen als nötig wäre, um die ganze Menschheit zu vernichten“. Diese Tatsache gab der Nobelpreisträger Sean Macbride auf dem kürzlichen UNESCO-Symposium in Paris zur atomaren Abrüstung bekannt. Die Washingtoner Entscheidung birgt die Gefahr in sich, daß die Kernwaffenarsenale noch größer werden und sich das Rüstungskarussell noch schneller dreht.

Ebendas bezeichnete Carter als „die Sinnlosigkeit des Wettrüstens“ — allerdings vor seiner Wahl zum Präsidenten.

NZ

STREIFLICHTER

■ RGW—IRAK

Am 7. Juli ging in Bagdad die erste Tagung der Arbeitsgruppe für die Erdöl- und Gasindustrie zu Ende, die entsprechend dem Arbeitsplan der gemeinsamen Kommission RGW—Iрак erfolgte. Man befaßte sich mit den Möglichkeiten einer Beteiligung der RGW-Länder an geologischen, Bohr- und Prospektierungsvorhaben für Öl und Gas in Irak sowie am Bau von Erdölverarbeitungsbetrieben und Pipelines. Nach Meinung der Tagungsteilnehmer bestehen für eine Entwicklung dieser Wirtschaftsbeziehungen zwischen dem RGW und Irak gute Möglichkeiten.

Gleichzeitig konferierten in Bagdad Landwirtschaftsexpernen. Ein Protokoll über die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen dem RGW und Irak bei der Mechanisierung der Landwirtschaft, der Bewässerung und Erschließung neuer Ländereien sowie bei Fischfang und Viehzucht wurde unterzeichnet.

■ BRD—KANADA

Bundeskanzler Helmut Schmidt begab sich am 6. Juli auf eine Reise nach Kanada und den USA. In Kanada hatte er Gespräche mit Premierminister Pierre Trudeau zu einem weiten Fragenkreis, einschließlich der Ost-West-Beziehungen.

Die bundesdeutschen Korrespondenten, die den Kanzler begleiteten, teilten mit, Schmidt und Trudeau hätten ernste Besorgnis über Washingtons „Menschenrechtskampagne“ gegen die sozialistischen Länder geäußert, die auch vor einer direkten Einmischung in die inneren Angelegenheiten nicht zurückstehen und dadurch die Entspannung unfergräßt. Die FRANKFURTER RUNDSCHAU schreibt, Carters Haltung könne nach Meinung beider Politiker der Entspannung Abbruch tun. Schmidt und Trudeau haben sich, wie die SÜDDEUTSCHE ZEITUNG feststellte, nach-

UNTER DER FLAGGE DER FREIHEIT

Viktor SIDENKO

Anfang Juli fand in Libreville, der Hauptstadt der Republik Gabun, die 14. Tagung der Versammlung der Staats- und Regierungschefs der Organisation der Afrikanischen Einheit (OAU) statt. Sie gehörte keineswegs zu den internationalen Zusammenkünften, in denen ein schlafliches Wohlwollen herrschte und gegenseitige Höflichkeitsfloskeln gewechselt werden. Im Sitzungssaal des obersten gesamtafrikanischen Forums fielen mitunter scharfe Worte, auch fehlte es nicht an Polemik.

Aber die Kräfte im Westen, die erwarteten, das Schiff der afrikanischen Einheit werde an den Riffen der Differenzen in zwei Hälften — eine „radikale“ und eine „gemässigte“ — zerschellen, waren enttäuscht, und dies um so schmerzhafter, als gerade diese Kräfte die OAU am liebsten tief in innere Konflikte und Streitigkeiten verwickelt sähen. Solche Tendenzen kommen aus dem Westen und in allerletzter Zeit aus den allzu gut bekannten Gebieten des Fernen Ostens. Die Unterwasserströmungen treiben das afrikanische Schiff in den Malstrom der wirtschaftlichen Korruption und politischen Druckausübung. Aber die Besatzung, die nach dem Eintritt der jungen Republik Dschibuti zur OAU 49 Mitglieder zählt, läßt sich von dem in Addis Abeba vor 14 Jahren abgesteckten Kurs nicht abbringen.

Zweifellos ist es als ein Erfolg des Forums in Libreville zu werten, daß die Patriotic Front von Simbabwe (Rhodesien) als die einzige Befreiungsbewegung dieses Landes anerkannt wurde. Die Versammlung brachte ihre Genugtuung über die Erfolge des bewaffneten Kampfes zum Ausdruck, den die Volksarmee von Simbabwe unter Führung der Patriotic Front gegen das Smith-Regime führt. Die Tagungsteilnehmer forderten alle Patrioten Simbabwes auf, sich diesem Kampf anzuschließen, und wandten sich an die OAU-Länder mit dem Aufruf, die finanzielle, materielle und politische Hilfe für das Volk Simbabwes zu steigern und Sanktionen gegen das Smith-Regime zu verstärken.

Unter den Dokumenten der Versammlung sind eine Resolution über die Notwendigkeit einer umfassenderen Hilfe für die VR Moçambique, die einer

Aggression des Smith-Regimes ausgesetzt ist, sowie eine Konvention, die die Söldner in Afrika als „unduldsame und schändliche Erscheinung“ qualifiziert.

Ein starkes Echo fanden auf der Tagung die Reden des Vorsitzenden des Provisorischen Verwaltungsrates Äthiopiens Mengistu Haile-Mariam und des Chefs der Bundesregierung Nigers Olusegun Obasanjo. Zornig verurteilten sie die Politik der imperialistischen Kreise des Westens, die den Rassisten Vorschub leisten. Der äthiopische Regierungschef betonte, daß Washington und seine Partner aus der Atlantikunion ihre Investitionen in der Wirtschaft der rassistischen RSA erhöhen und die militärische Zusammenarbeit mit den Behörden in Pretoria ausbauen. Er prangerte den neuen britisch-amerikanischen Plan für die „Regelung“ des Rhodesienproblems als einen Versuch an, eine faktische Kapitulation der Patrioten Simbabwes vor dem Smith-Regime zu erlisen. Der nigerianische Regierungschef rief die OAU auf, auf die westlichen Länder einen Druck auszuüben, damit sie die UNO-Beschlüsse über Sanktionen gegen die rassistischen Regimes im Süden Afrikas erfüllen. Alle diese Vorschläge und Empfehlungen sind durchaus konkret. Das berechtigt zu dem Schluß, daß die OAU als reife Organisation jetzt in höherem Maße fähig ist, sich in den komplizierteren Verwicklungen der Weltlage zurechtzufinden und unfehlbar zwischen Afrikas Freunden und Feinden zu unterscheiden.

Ein Mißklang war nur die Rede des sudanesischen Präsidenten Nimeiry. Er schrieb der UdSSR die Absicht zu, den Kontinent „in einen riesigen Schauplatz von Konflikten“ zu verwandeln. Das antisowjetische Solo des sudanesischen Führers hat ihm in Libreville keinen Beifall gebracht. Dort wußte man genau, wer die Musik bestellt hatte. Viele OAU-Mitglieder und Vertreter der nationalen Befreiungsorganisationen wiesen Nimeiry zurecht.

„Die Sowjetunion ist“, erklärte Mansour Rashid Al-Kikhia (Libyen), „ein wahrer Freund der afrikanischen Völker im Kampf gegen Kolonialismus, Rassismus und Neokolonialismus, für ein neues Leben...“

Die sowjetische Politik der Solidarität mit den Völkern Afrikas, die für die Beseitigung der letzten Bollwerke des Rassismus kämpfen, wurde von Joshua Nkomo, einem leitenden Vertreter der Patriotic Front Simbabwes, gewürdig.

Regen Anklang fand bei den Teilnehmern des gesamtafrikanischen Forums in Libreville ein Grußschreiben des Präsidiums des Obersten Sowjets und des Ministerrates der UdSSR, in welchem betont wurde, daß die Sowjetunion gegen jegliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten der afrikanischen Länder ist und in Afrika keine Vorteile und Vorrechte für sich sucht.

Eine anders geartete Politik verfolgen auf dem afrikanischen Kontinent, wie viele Redner feststellten, die Kräfte von Imperialismus und Reaktion, die alte Konflikte aufwärmen, neue schaffen sowie militärische Bündnisse und Gruppierungen zusammentreffen. Diese Kräfte fragen die Verantwortung für die Provokation von Streitigkeiten und Konflikten zwischen afrikanischen Staaten. So brachte die Diskussion über unregelmäßige territoriale Probleme eine gewisse Spannung in die Diskussion auf dieser Tagung. Welches ist die Natur und der Ursprung dieser Streitigkeiten? Am 5. Juli schrieb *Le Matin* (Paris), sie seien darauf zurückzuführen, daß die Kolonialmächte „diese Grenzen willkürlich gezogen haben“. Sie haben diese Konflikte, die die politische Atmosphäre in Afrika vergiftet, hervorgerufen.

Die Versuche des Imperialismus, die schwelenden Konflikte zu einem Kriegsbrand zwischen den afrikanischen Brudervölkern zu schüren, stießen auf den Widerstand der afrikanischen Führer, die in Libreville eine von Nigeria eingebrachte Resolution annahmen. Darin ist die Einsetzung eines Zehnerausschusses vorgesehen, der Konfliktsituationen zwischen afrikanischen Staaten zu schlichten hat. Zwar ist das eine verwickelte Angelegenheit, die viel Geduld und gegenseitiges Verständnis erfordert, doch besteht aller Grund zu der Annahme, daß das unabhängige Afrika auch diese Aufgabe bewältigen und den imperialistischen Machenschaften in Afrika einen weiteren Riegel vorschlieben wird.

Die OAU segelt weiter unter der Flagge der Unabhängigkeit, des Fortschritts und des Friedens. Das Treffen in Libreville hat gezeigt, daß die Organisation der Afrikanischen Einheit ihrer Parole — Antikolonialismus, Antirassismus, Antimperialismus — treu bleibt.

ZU DEN VORGÄNGEN IN ISLAMABAD

Der scharfe politische Kampf in Pakistan, der vier Monate andauerte, gipfelte am 5. Juli in einem blutlosen Militärumsturz.

An die Macht kam ein Militärrat, dem die Befehlshaber (Stabschefs) der drei Waffengattungen sowie der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs angehören. Der Chef der Militärradministration, Armeegeneral Ziaul Haq, der seit März 1976 Generalstabschef ist, erklärte, er habe diesen Entschluß gefaßt, weil er einen Kompromiß zwischen der regierenden Pakistanischen Volkspartei (PPP) und der oppositionellen Pakistanischen Nationalallianz (PNA) für unerreichbar gehalten habe, und dieser Zustand habe das Land in eine noch tiefere Krise stürzen können.

Erinnert sei, daß nach dem 7. März d. J., als die Parlamentswahlen stattfanden, das Leben in den größten Städten Pakistans durch Unruhen und blutige Zusammenstöße zwischen Anhängern und Gegnern der Regierung Bhutto desorganisiert war. Die Opposition (der Block PNA vereinigt neun Parteien und Organisationen) beschuldigte die PPP einer Fälschung der Wahlergebnisse, sie boykottierte das Parlament, führte ihre Anhänger auf die Straßen und forderte neue Wahlen sowie den Rücktritt des Ministerpräsidenten.

Die akute politische Krise kam das Land teuer zu stehen. Bei den Unruhen und Zusammenstößen sind einige hundert Menschen umgekommen. Laut offiziellen Angaben wurde der Wirtschaft des Landes ein Schaden von schätzungsweise 5 Md. Rupien (ca. 0,5 Md. Dollar) zugefügt. Die Industrieproduktion ging im Finanzjahr 1976/77 um 0,8% zurück.

Anfang Juni begannen zwischen den einander gegenüberstehenden Parteien Verhandlungen über die Beilegung der innenpolitischen Krise. Die Regierung willigte im Prinzip in neue Parlamentswahlen ein, die Opposition wollte auf ihre Forderung nach dem Rücktritt der Regierung verzichten. Doch verging

Woche um Woche, ohne daß eine endgültige Übereinkunft über konkrete Fragen und Einzelheiten dieses Kompromisses hätte erreicht werden könnte.

Durch seinen ersten Befehl als Kriegsrechtsadministrator setzte General Ziaul Haq die Verfassung aus, versprach jedoch, ihre Bestimmungen „nach Möglichkeit maximal“ zu befolgen. Präsident Fazal Elahi Choudhry blieb auf seinem Posten, zu den interimistischen Gouverneuren der vier Provinzen wurden die Oberrichter der Gerichtshöfe dieser Provinzen, also Zivilpersonen, ernannt.

Bhutto und viele Mitglieder seiner Regierung wurden, ebenso wie die meisten PNA-Führer, „in Schutzhaft“ genommen. Allerdings liegt das Versprechen vor, die einen wie die anderen einen Monat vor den Wahlen freizulassen.

In seiner ersten Rundfunkansprache an die Bevölkerung versprach General Haq, im Oktober Parlamentswahlen durchzuführen. Er erklärte, weder er noch die Armee hätten ehrgeizige politische Pläne, und die Macht im Lande werde nach den Wahlen in die Hände von Vertretern des Volkes gelegt. General Haq hat zwar das Parlament und die Provinzparlamente aufgelöst, jedoch den Justizminister sofort angewiesen, mit der Vorbereitung der neuen allgemeinen Wahlen, u. a. mit der Einsetzung der Zentralen Wahlkommission, zu beginnen.

Ferner erklärte er, die Außenpolitik Pakistans bleibe unverändert. Die in Karatschi erscheinende *Daily News* schreibt in ihrem Kommentar zu diesen Vorgängen: „In der Vergangenheit litt das Land unter der Beteiligung der Armee am politischen Kampf, aber der gegenwärtige Beschuß“ (der Militärs, die Macht zu übernehmen) „war wohl unvermeidlich.“ Die *Pakistan Times* ihrerseits vertritt die Auffassung, die Militärs hätten das Land durch ihre Machtergreifung vor einem Bürgerkrieg gerettet.

A. ULANSKI

drücklich für eine Fortführung der Entspannungspolitik ausgesprochen, wobei sie betonten, daß es zu dieser Politik keine Alternative gibt.

GROSSBRITANNIEN

Am 6. Juli weigerte sich die Konferenz des Landesverbandes der Transportarbeiter und ungelernten Arbeiter (etwa 2 Millionen Mitglieder), den sogenannten Sozialkontrakt mit der Regierung wieder aufzunehmen. Die Delegierten sprachen sich einstimmig dafür aus, zu einem freien Abschluß der Kollektivarbeitsverträge zurückzukehren. Zuvor hatten auch andere Gewerkschaften ähnliche Forderungen erhoben.

Wie die britische Presse schreibt, hat die Regierung jetzt nur noch wenig Chancen, den Gewerkschaftsdachverband TUC zu einer dritten Phase des „Sozialkontrakts“ oder zumindest dazu zu bringen, „allmählich“ zur Praxis freier Arbeitsverträge zurückzukehren. Labour wird jetzt von den Liberalen eine Aufkündigung der Lab-Lib-Allianz angedroht, da diese für eine Fortführung der Lohnstop-Politik eintreten. Unter Umständen werden, wie Beobachter meinen, vorzeitige allgemeine Wahlen im Herbst d. J. erforderlich.

FRANKREICH

Wie die *WASHINGTON POST* meldete, gab man dem Führer der französischen Sozialisten, François Mitterrand, der im Juli die USA besuchen wollte, zu verstehen: Präsident Carter „könne“ mit ihm nicht zusammentreffen. Daraufhin verzichtete Mitterrand auf seine Reise.

Die *WASHINGTON POST* schrieb, die Absage Carters werde in Paris als Schrift eingeschätzt, der den Bemühungen französischer offizieller Kreise Rückendeckung geben soll, einen Erfolg der Linkskräfte bei den 1978 anstehenden Parlamentswahlen zu verhindern. „Kommentatoren fragen sich“, schrieb die Zeitung, „ob das nicht ein Signal dafür ist, daß die Carter-Administration offen eine härtere Haltung gegenüber den weseuropäischen Kommunisten und ihren Wahlverbündeten einnehmen will.“

REGIERUNG GEBILDET

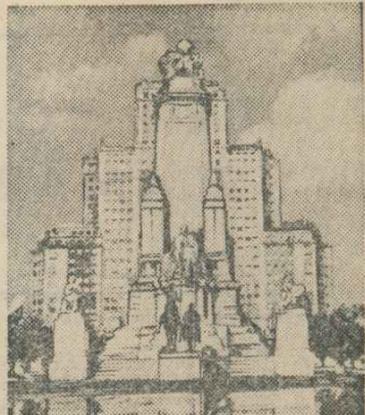
Der 44jährige Adolfo Suárez, den König Juán Carlos mit der Bildung des Kabinetts beauftragt hatte, hat die Zusammensetzung der dritten monarchistischen Regierung und ersten nach den Parlamentswahlen bekanntgegeben.

Die Verhandlungen und Beratungen mit Vertretern politischer Organisationen dauerten fast zwei Wochen. Suárez versuchte anfangs eine Koalitionsregierung aus* den Parteien zu bilden, die im Parlament eine absolute Majorität haben, weil seine Union des Demokratischen Zentrums (UCD) keine solche Mehrheit besitzt. Beispielsweise forderte er die Sozialistische Volkspartei und einige Organisationen des Baskenlandes und Kataloniens auf, Vertreter in die Regierung zu entsenden. Aber alle lehnten aus verschiedenen Gründen ab, und so mußte er denn schließlich das Kabinett aus UCD-Leuten und einigen unabhängigen Politikern bilden, die für ihre zentristische Einstellung und ihre persönlichen Verbindungen zu Suárez bekannt sind. Man kann also faktisch von einem Einparteienkabinett sprechen, insofern sich der Wahlblock

der UCD in eine einzige politische Organisation verwandelt hat.

Die Zusammensetzung der Regierung entspricht im großen und ganzen den im Lande eingetretenen Wandlungen. Diese widerspiegeln sich in den Ergebnissen der Wahlen zum Parlament, bei denen das Volk den Franquismus klipp und klar ablehnte. Von den 20 Mitgliedern der Regierung standen 6 ausdrücklich in Opposition zu Franco. Weitere 6 gehörten zur vorigen Regierung, die recht flexibel war und realistisch dachte. Sie nahm soziale und politische Umgestaltungen vor und trug Stein um Stein das rissige Gebäude des Franquismus ab. Noch 6 Minister sind als liberal bekannt.

Die Probleme, vor die sich die neue Regierung gestellt sieht, kann man in zwei Gruppen einteilen: in politische und in wirtschaftliche. Lauf Suárez sieht die Regierung ihre Hauptaufgabe darin, die Demokratie zu untermauern und die sozialen und politischen Umgestaltungen zu Ende zu führen. In den nächsten Monaten will die Regierung eine neue Verfassung formulieren. Wird sie vom Parlament bestätigt, dann soll



über sie im ganzen Land ein Referendum abgehalten werden, vermutlich Ende Dezember 1977. Weiter sind für das Ende dieses oder den Anfang nächsten Jahres Gemeinderatswahlen geplant. Viel Gewicht legt die Regierung auf Gesetze und Bestimmungen zu einem so wichtigen Problem wie der Autonomie für verschiedene Gebiete, namentlich für das Baskenland, für Katalonien und Galicia.

Nach Ansicht hiesiger politischer Kommentatoren kann die Regierung, falls diese Pläne ausgeführt werden, bei so gut wie allen im Parlament vertretenen Parteien auf Rückhalt rechnen.

DIE SONNTAGSPRÜFUNG

Am 10. Juli haben die Japaner ins Haus der Staatsräte gewählt. Auf die 126 Sitze gab es 320 Anwärter. Das Oberhaus wurde zur Hälfte erneuert.

Nach jüngsten Meinungsforschungen sank das Ansehen der jetzigen, von der LDP gebildeten Regierung unaufhaltsam. Ihre Führer befürchteten ernsthaft einen Verlust der Majorität im Oberhaus, wodurch die Konservativen das Monopol in der Politik einbüßen könnten. Deshalb bot die LDP-Führung, die von den Finanz- und Industriekreisen unterstützt wird, sämtliche Ressourcen an Menschen und Material auf, um sich gegen eine Teilung der Macht abzusichern.

Im Wahlkampf hatte Ministerpräsident Fukuda, der Vorsitzende

der LDP, die Führung inne. In den letzten beiden Wochen suchte er die meisten Präfekturen des Landes auf. Von vielen japanischen und anderen Journalisten begleitet, zu denen auch ich gehörte, besuchte er allein am 2. und 3. Juli sieben Städte und hielt dort lange Wahlreden. Er war an allen Orten, die für die LDP-Kandidaten allgemeine Punkte sind, dort, wo die Konkurrenz der Opposition besonders heftig war. Auf seinen Pressekonferenzen unterwegs gestand der LDP-Vorsitzende, daß das Land noch immer offene soziale Probleme hat und daß sich die wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zu einigen kapitalistischen, besonders den EG-Ländern, zuspitzen.

Auf meine Frage nach den Aus-

sichten der sowjetisch-japanischen Beziehungen sagte Fukuda: „Japan und die UdSSR sind Nachbarländer. Deshalb müssen sie ihre freundschaftlichen Beziehungen zueinander ausbauen. Der Handel entwickelt sich gut. Japan gedenkt, mit der UdSSR enger an der Nutzbarmachung Sibiriens zusammenzuarbeiten. Obwohl wir einige Streitfragen miteinander haben, glaube ich doch, daß wir zu wirklich guten Beziehungen kommen können, denn die Streitfragen sind lösbar.“

In der Nacht zum 11. Juli war ich bei den Leitungen einiger großer Parteien. Vor den Tafeln mit den Namen der Kandidaten blühten alle ihre einstudierten Wahlkampfmanieren ein. Ihre Nervosität war begreiflich. Bei der stundenlangen Stimmenzählung entschied sich ja das Geschick nicht nur der einzelnen Abgeordneten, sondern auch das politische Leben des Landes auf Monate hinaus.

Wie sind die Wahlen ausgegangen? Wie bei den Unterhauswahlen

Man erwartet, daß die größten Schwierigkeiten des neuen Kabinetts nicht politischer, sondern wirtschaftlicher Natur sein werden. Lange vor den Parlamentswahlen schrieb die *Informaciones*, die neue Regierung werde in der Landeswirtschaft in genau die gleiche Lage geraten wie ein Ärztekonsilium auf einer Krankenhausstation, auf der Patienten mit ganz verschiedenen, aber durchweg unheilbaren Krankheiten liegen.

Die Wirtschaft macht eine Krise durch, wie sie das Land seit einigen Jahrzehnten nicht gekannt habe — so die Zeitschrift *Cambio 16* —, und vorläufig könnte noch niemand einen mehr oder minder gangbaren Ausweg aus der Sackgasse angeben, in die das Land durch den Franquismus geraten sei. Jetzt sei etwa eine Million Spanier (8,6% der Arbeitsfähigen) arbeitslos und sogar ohne jede Hoffnung auf Arbeit. Nicht minder besorgt seien die Wirtschaftsexperten über die stetig zunehmende Inflation, die am Jahresende 30% erreichen könne. Von der zerrütteten Wirtschaft zeuge auch das unaufhaltsame Schrumpfen der Devisenbestände (jetzt 4,5 Md. Dollar gegenüber 5,3 Md. im April v. J.) bei gleichzeitigem Anwachsen der Auslandsschulden (12,5 Md. Dollar).

Die Tagung des Kabinetts vom 11. Juli beschäftigte sich hauptsächlich

mit dem Zustand der Wirtschaft und mit der Suche nach einem Ausweg aus der Krise. Die Regierung will ihr künftiges Wirtschaftsprogramm bei allen oppositionellen Organisationen zur Diskussion stellen und es erst auszuführen beginnen, wenn sie es gutgeheißen haben. Der Presse zufolge will die Regierung einen „Sozialpakt“ zustande bringen, in erster Linie nicht mit den politischen, sondern mit den gewerkschaftlichen Organisationen. Mit dieser Abmachung sollen die Gewerkschaften veranlaßt werden, zeitweilig auf Streiks zu verzichten und auf einen Lohnstopp einzugehen. Nach manchen Äußerungen zu urteilen, ist so eine Abmachung sehr fraglich.

Schließlich wird ein erfolgreiches Wirken der Regierung auch weitgehend von ihrem Verhältnis zum Parlament abhängen. Nicht von ungefähr gehört zum neuen Kabinett ein Minister für Verbindungen mit dem Parlament. In diesem Zusammenhang fallen auch die Zusammenkünfte von Suárez mit den Führern der Kommunistischen Partei und der Sozialistischen Arbeiterpartei auf. Nach Ansicht der Presse hat er dabei versucht, sich des Rückhalts der beiden Parteien wenn nicht bei allen, so doch bei seinen wichtigsten Plänen zu versichern.

A. MEDWEDENKO

Madrid, den 11. Juli 1977

vom vergangenen Dezember hat die LDP Terrain verloren. Sie hat 63 Mandate bekommen und nur dank dem Übergang dreier „unabhängiger“ Abgeordneter zu den Konservativen die Mehrheit im Oberhaus behalten. Ziemlich viele Mandate haben große Oppositionsparteien wie die Sozialistische und die Kommunistische verloren. Die LDP-Führung hatte sich im Wahlkampf recht geschickt die Schwächen einiger Oppositionsparteien, die taktischen und strategischen Fehler mancher ihrer Führer zunutze gemacht.

Ein Fernsehkommentator, mit dem ich mich in jener Nacht unterhielt, sagte mir aber folgendes: „Das Wahlergebnis bedeutet keinen Sieg der LDP. Es bedeutet eine Niederlage für die Opposition, die günstige Voraussetzungen für die Konservativen geschaffen hat.“ Das läßt sich schwerlich bestreiten. Kurz vor den Wahlen hatten sich die Meinungsverschiedenheiten unter den Oppositionsparteien verschärft.

Die Aufrufe zur Blockbildung waren nichts weiter als ein Tribut an die politische Situation. Die Programme dieser Parteien waren unkongret, und manche Führer der Opposition hatten in dem Glauben, daß beim Stimmenfang alle Mittel recht seien, ausgesprochen abenteuerliche außenpolitische Lösungen übernommen. Einige gingen in den unhaltbaren Gebietsansprüchen an die UdSSR viel weiter als die Konservativen.

Demnächst werden die Führer der Parteien das Ergebnis der wichtigen Prüfung auswerten, die sie am 10. Juli ablegen mußten. Dann wird man sehen, ob sie daraus Lehren für die Zukunft gezogen haben und wenn, dann welche.

S. LEWTSCHENKO
Ständiger NZ-Berichterstatter

Tokio, am 12. Juli

NZ STREIFLICHTER

ÄGYPTEN

Der durch Erlass von Präsident Sadat gebildete Oberste Militärgerichtshof untersucht die Tätigkeit der Moslembrüder. In den ersten Julitagen hatte dieser religiöse Geheimbund den Ex-Minister Scheich el-Dahabi entführt und von der Regierung die Freilassung von 60 Geheimbündlern verlangt. Als sich die Behörden weigerten, der Forderung der Entführer nachzukommen, wurde der Scheich el-Dahabi ermordet. Den Untersuchungsorganen gelang es, die Terroristen aufzuspüren. In Kairo und Alexandria wurden über 150 Personen verhaftet.

Die libanesische Zeitung AN-NAHAR schrieb in einem Kommentar, diese Ereignisse seien eine direkte Folge der gespannten Lage in Ägypten. Der französische FIGARO vertritt die Auffassung, die Unruhen im Januar d. J., die durch Preiserhöhungen hervorgerufen worden waren, und die jetzige Verstärkung der Gewalt widerspiegeln die „allgemeine Unzufriedenheit“ im Lande. Die NEW YORK TIMES unterstreicht: „Beobachter sehen darin eine Ironie, daß die neue Herausforderung an die Behörden von religiösen Fanatikern ausgeht, nicht aber von kommunistischen Verschwörern“, die von der Regierung der Januar-Unruhen bezichtigt wurden.“

UNO

Am 5. Juli ging in Genf die 24. Tagung des Verwaltungsrates des UNO-Entwicklungsprogramms zu Ende.

Bei der Diskussion versuchten die Delegierten der USA und einer Reihe anderer westlicher Länder, dem Verwaltungsrat Beschlüsse aufzuzwingen, die dieser UNO-Organisation eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Entwicklungsländer ermöglichen würden. Insbesondere bestanden sie darauf, daß das UNO-Entwicklungsprogramm zu einem Schwerpunkt bei der Koordinierung der multi- und bilateralen Hilfe wird und den westlichen Ländern die Hauptrolle bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Länder der dritten Welt zukommt. Doch die Delegierten aus den Entwicklungsländern und den sozialistischen Staaten wiesen diese Ansinnen zurück. Der Verwaltungsrat beschloß, den von der OAU anerkannten Befreiungsbewegungen Hilfe aus seinem Fonds zu erweisen.

DER TAG DER REPUBLIK

Ruslan SIKOJEW

Der alte Scher Ali ließ die schweren Weizenkörner durch seine schwieligen Finger rieseln und erzählte:

„Ich weiß noch, daß hier früher trockene, steinige Wüste war, in der nicht einmal Dornengestrüpp gedieh. Sie sehen ja selbst, daß die Nangarhar-Niederung jetzt ein einziger blühender Garten ist. Wir wissen, daß das auch ein Werk unserer russischen Freunde ist.“

Der Bewässerungskomplex Dsche-labad ist ein Objekt der sowjetisch-afghanischen Zusammenarbeit. Dank ihm sind viele tausend Hektar Neuland bewässert worden und haben Tausende landlose Bauern wie Scher Ali hier Parzellen erhalten. Das ist ein Beispiel dafür, wie das Gesetz über die Bodenreform ausgeführt wird, das „den mittelalterlichen Verhältnissen im Dorf ein Ende bereiten, soziale Gerechtigkeit herstellen und die Interessen einer Mehrheit des Volkes, besonders der landlosen und landarmen Bauern, wahren soll“.

Das erste der sieben Planjahre

Ein Schwerpunkt der Umgestaltungen in der Landwirtschaft war die Verteilung staatlicher Ländereien unter die notleidenden Bauern. In verschiedenen Landesgegenden haben schon 5400 Familien Parzellen bekommen. Mitte 1976 wurde eine progressive Grundsteuer eingeführt. Sie hat zur Steigerung der Agrarproduktion beigetragen und einen Anstoß zur Hebung der Hektarerträge und zur Erschließung von Neu-land gegeben. Die Landesregierung fördert die verschiedenen Formen der landwirtschaftlichen Genossenschaft. Es bestehen schon 102. Der Staat gibt den Bauern Kredite, er teilt ihnen Kunstdünger sowie Weizen-, Baumwoll- und Zuckerrübensaatgut zu. Dem Landwirtschaftsministerium zufolge hat die Agrarproduktion dank allen diesen Maßnahmen voriges Jahr um fast 3% zugenommen; der Ertrag an Getreide ist auf 4,48 Mio t, der an Ge-

müse und Obst auf 910 000 t gestiegen.

Außer der Landwirtschaft fördert die Regierung auch intensiv die Industrie. Der erste Siebenjahrplan für die Entwicklung der Volkswirtschaft (1976–1983) sieht u. a. einen Ausbau der Erdöl- und Gasindustrie und der Verarbeitung der gewonnenen Rohstoffe vor.

Jetzt ist das zweite Planjahr im Gange. Die ersten Ergebnisse lassen

des Landes seit Ausrufung der Republik fest. Die Regierung hat die Privatbanken verstaatlicht. Sie hat ein Arbeitsgesetz angenommen, den Mindestlohn festgesetzt, die Arbeitszeit erhöht sowie Urlaube und Renten eingeführt. Unlängst ist ein Gesetz über den Status der staatlichen Angestellten bestätigt worden, das bessere Arbeitsverhältnisse und einen höheren Lebensstandard für sie vorsieht.

Ein wichtiges Ereignis war die Einberufung der Großen Dschirga (Versammlung), die die neue Landesverfassung angenommen hat. Eine Mehrheit des Volkes ist mit den Umgestaltungen zufrieden, die ja darauf abzielen, dessen materielle Lage und Kulturniveau zu heben. Es wäre natürlich falsch, die Sache hinzustellen, als stieße der Aufbau



mit Sicherheit eine gute Planerfüllung erwarten. Afghanische Wirtschaftsexperten haben errechnet, daß der Entwicklungsetat in einem einzigen Jahr (März 1976 bis März 1977) an den für das Land beispiellosen Betrag von 14,8 Md. Afghani* herangereicht hat. Voraussichtlich wird das Nationaleinkommen während der Laufzeit des Plans jährlich um 7,8% gegenüber 2,1% in den letzten sieben Jahren anwachsen. Das Pro-Kopf-Einkommen wird um 5,3% steigen (in den vorhergehenden sieben Jahren um 0,25%).

Die Afghanen stellen befriedigt die Wandlungen im sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben

Die staatliche Farm Hasisabad gehört zu dem in der Niederung von Nangarhar gebildeten Agrar- und Industriekomplex

Foto TASS

der neuen Gesellschaft auf keinerlei Hindernisse und Schwierigkeiten. Präsident Mohammed Daud sagte in der Versammlung, es gebe noch Kräfte, die aus Eigennutz Zwitteracht zwischen den verschiedenen Schichten stiften, Pessimismus wecken und einen Keil zwischen das Volk und die Regierung treiben wollen.

Tradition und Moderne

Am 17. Juli feiert das ganze Land den Tag der Republik. Sämtliche

„NEUE ZEIT“

29.77

* 100 Afghani = 1,66 Rubel

Ämter und großen Geschäfte sind geschlossen, in Stadt und Land die Nationalflaggen gehisst. In Kabul geht es in dem Viertel Chamane Hozuri besonders hoch her. Dort wird eine Parade der Garnison Kabul abgehalten. Danach wird auf dem grünen Feld und im Ghazi-Stadion gesungen und getanzt und werden Nationalspiele veranstaltet. An den dortigen Belustigungen nehmen die Kabuler und Gäste aus der Provinz zu Tausenden teil. Dort finden auch Ringkämpfe statt, Filmvorstellungen unter freiem Himmel, Darbietungen von Schauspielern und Sängern sowie Ausstellungen. In Pavillons sind Muster der einheimischen Industrie und des nationalen Kunstgewerbes zu sehen. Auch Straßenhändler mit Süßigkeiten, Obst, Getränken, gerösteten Erbsen und Nüssen, mit Luftballons usw. fehlen nicht. Abends ist der samtig schwarze südliche Himmel über Kabul der Hintergrund eines prächtigen Feuerwerks.

Bei den Afghanen sind Volksbelustigungen und Feste sehr beliebt. Auf Hochzeiten und bei anderen Familienfesten hört man begeistert Sängern und Erzählern zu, die, von einer Harmonika und einem Rubab begleitet, die Liebe und Heldenataten preisen. Die Afghanen sind ausgezeichnete Tänzer. Besonders beliebt ist der temperamentvolle Tanz Atan. Sehenswert sind die feurigen Tänze der Männer mit bunten Tüchern in den Händen, und nicht minder sehenswert ist das begeisterte Publikum, das sich keine Bewegung der Tänzer entgehen läßt. Erst wenn man das alles gesehen hat, weiß man, Welch große Rolle hier die Tanzkunst spielt.

Ein Nationalsport ist der Bozkaschi, bei dem die Reiter viel Geschicklichkeit zeigen müssen. Es gilt, einen mitten auf dem Feld liegenden geschlachteten Bock in den Sattel zu heben, das Feld zu überqueren, einen Pfahl am Rande zu umrunden und die Beute schließlich in den Kreis der gegnerischen Mannschaft zu werfen. Gewöhnlich sind es zwei Mannschaften mit mindestens 10 Teilnehmern. Es verstößt zwar gegen die Regeln, einem Gegner einen Peitschenhieb zu versetzen oder ihn aus dem Sattel zu zerrren — so etwas wird bestraft —, aber in der Hitze des Gefechts setzt es dennoch von allen Seiten Hiebe.

Seit einigen Jahrzehnten sind auch Ringkämpfe, Fuß- und Volleyball, Tennis, Boxen, Gymnastik und das

Schachspiel ziemlich weit verbreitet. Dabei waren sowjetische Trainer den Afghanen behilflich. Ringkämpfer und Fußballspieler haben z. B. die bekannten sowjetischen Sportler und Trainer Nisheradse, Sumenow, Muschegian, Sedow und Salnikow ausgebildet.

Gute Nachbarn

In Afghanistan ist vieles, was dort geleistet wird, vor allem bei der Förderung von Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, der stetig zunehmenden sowjetisch-afghanischen Zusammenarbeit zu verdanken. Ihre Wohltaten spürt jeder einfache Afghane.

In Kabul wachsen neben Lehmhütten schöne moderne Bauten aus Glas und Beton in die Höhe, deren Fassaden von kunstfertigen Steinmetzen mit Marmor verkleidet werden. Es wächst das Neubauviertel Nadir Schach mina. Die Häuser werden aus Fertigteilen zusammengebaut, die das mit Hilfe der UdSSR ins Leben gerufene Hausbaukombinat liefert.

Das Vorbild der Frauen aus dem Osten der UdSSR hat die afghanische Frauenbewegung stark beeinflußt. Letzthin bemüht sich die Regierung immer mehr darum, daß das Volk seine alten Begriffe von

der Stellung und Rolle der Frau in der Gesellschaft ablegt. Jetzt sind schon Hunderte von Frauen in Schulen, Krankenhäusern, Ministerien und auf Bauten tätig. Es gibt Wissenschaftlerinnen und Teilnehmerinnen am öffentlichen Leben. Viele junge Mädchen studieren im Ausland, auch in der UdSSR. Der afghanische Frauenverband, der Mermin Toolina, ist schon sehr groß.

Die Grenze zwischen der UdSSR und Afghanistan zieht sich 2500 km weit hin. Schon lange trennt sie die Völker der beiden Länder nicht mehr. Auf beiden Seiten wird der Neutralitäts- und Nichtangriffsvertrag sehr geschätzt, der seit bei nahe 50 Jahren gilt. „Unseren guten Nachbarn“ nannte Leonid Breschnew Afghanistan auf dem XXV. Parteitag der KPdSU. Das gutnachbarliche Verhältnis ist deshalb so ersprießlich, weil es auf Freundschaft, Gleichberechtigung, gegenseitiger Achtung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen beruht. Ein konkreter Ausdruck dieser Beziehungen ist der im April d. J. unterzeichnete Vertrag über den Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Regierungen der UdSSR und der Republik Afghanistan.

BIOGRAPHISCHES



**John
Lynch**

1917 in Cork geboren. Dort studierte er auch die

CHEF DER ANFANG JULI GEBILDETER NEUEN REGIERUNG IRLANDS IST JOHN LYNCH

Rechte. 1936 trat er einen Posten im Justizministerium an. Ab 1945 hatte er eine Anwaltspraxis.

Nachdem er 1948 auf der Liste der Fianna Fáil ins Parlament gewählt worden war, widmete er sich in dieser Partei der politischen Tätigkeit. 1951 wurde er Parlamentssekretär der Regierung, und zwischen 1957 und 1966 bekleidete er verschiedene Ministerposten: für die

gälischen Gebiete, für Volksbildung, für Industrie und Handel sowie für das Finanzwesen. Von 1966 bis 1973 stand er der Regierung vor. Unter ihm trat Irland dem Gemeinsamen Markt bei. 1973 erlitt die Fianna Fáil eine Wahlniederlage und ging in die Opposition über.

Nach ihrem Wahlsieg vom 16. Juni d. J. ist John Lynch wieder Ministerpräsident geworden.

DIPLOMATEN STREUEN SAND

Das rassistische Smith-Regime setzt seine militärischen Provokationen gegen die Nachbarländer Mosambik und Sambia fort. Wie Radio Lusaka meldete, beschossen rhodesische Truppen am Abend des 7. Juli den sambischen Grenzort Chirundu. Unter der Zivilbevölkerung gab es Opfer.

Vor dem Hintergrund der erneuten Provokationen des Smithregimes ist die sogenannte englisch-amerikanische Vermittlergruppe für eine friedliche Lösung des Rhodesienproblems in der sambischen Hauptstadt Lusaka ans Werk gegangen. Diese Gruppe hoher Diplomaten will Gespräche mit den Führern einiger afrikanischer Länder und mit der Befreiungsbewegung von Simbabwe sowie mit den Leitern der Rassistenregimes Rhodesiens und der RSA aufnehmen. Bestandteil des englisch-amerikanischen Plans ist nach westlichen Pressemeldungen der Vorschlag, eine „vereinigte Armee“ zu schaffen, die formell bei den Wahlen und nach der Proklamierung der „Unabhängigkeit“ für „Ordnung“ zu sorgen hat. In die 8000 Mann starke Armee sollen die „zuverlässigsten“ Truppen aus einer Reihe von Commonwealth-Ländern einzbezogen werden, u. a. kanadische Einheiten.

Nach britischen Pressemeldungen werden die Hauptaufgaben dieser Armee

darin bestehen, die patriotischen Kräfte Simbabwes zu entwaffnen, die Auflösung der Partisanentrupps zu überwachen sowie die Sicherheit der weißen Farmer und Unternehmer zu gewährleisten.

Rhodesiens abschwächen und verhindern, daß wahre Freiheit erreicht wird. Alle Pläne der Westmächte, sagte Robert Mugabe, schließen eine unverzügliche Machtübergabe an die Mehrheit aus. Er wies den Gedanken zurück,



Viele afrikanische Länder meinen zu Recht, die „vereinigte Armee“ sei in Wirklichkeit ein Instrument zur Durchsetzung westlicher Interessen in Rhodesien. Sie wird vor allem gegen die patriotischen Kräfte Simbabwes eingesetzt werden, die für den Sturz des rassistischen Smithregimes kämpfen.

Die Führer der Patriotischen Front Simbabwes kritisieren den Plan für die Formierung einer „vereinigten Armee“. Joshua Nkomo erklärte, dieser Plan sollte den Kampf für die Befreiung

So stellt der Karikaturist der Zeit (BRD) den Dialog westlicher Diplomaten mit dem Führer der RSA-Rassisten, Vorster, dar, den man „beschwichtigen“ will

Foto TASS

daß Großbritannien sogenannte Friedenstruppen entsendet. Allein das Volk von Simbabwe könnte den Frieden bei sich zu Hause aufrechterhalten.

S. PETUCHOW

HÖFLICHKEIT ALS ZIER

Kim Hyung Wook, der jetzt in den USA lebende Ex-Leiter des südkoreanischen Spionagedienstes (1963—1969) erklärte in einem Interview für die japanische Zeitung Asahi Anfang Juli, daß sein Dienst und die Polizeihauptverwaltung Japans 1965 ein Geheimabkommen über Informationsaustausch geschlossen haben. Hohe japanische Polizeibeamte, u.a. Mikio Takahashi, Leiter der Sicherheitsabteilung der Polizeihauptverwaltung und später Leiter dieser Verwaltung, gaben sich in Söul geradezu die Klinke in die Hand. Söuler Nachrichtendienstler tauchten oft in Tokio auf. So ging es mindestens bis 1974, erklärte der

Ex-Chef des südkoreanischen Spionagedienstes.

Im August 1973 wurde der südkoreanische Oppositionsführer Kim Tai Schung in Tokio unter ungeklärten Umständen von Agenten des Söuler Geheimdienstes entführt. Damals war nicht wenig davon die Rede, daß die japanische Polizei hierbei die Finger im Spiele hatte. Und siehe da: Gerade damals unterhielten die Nachrichtendienste Söuls und Tokios die engsten Kontakte.

In Nippon spielte man sogleich die beleidigte Unschuld. Ein hoher Polizeifunktionär erklärte, es habe kein Abkommen gegeben. Zugegebenermaßen sei man nach Söul ge-

fahren, sagte er reumütig. Doch vor dem August 1973, d. h. vor dem Kidnapping von Kim Tai Schung. Und gleich danach nicht mehr...

Mikio Takahashi, der zum Vorsitzenden der Vereinigung der japanischen Automobilindustrie avanciert ist, leugnet gleichfalls das Bestehen eines Abkommens. Allerdings gibt er zu, er hätte Söul nur eine Höflichkeitsvisite abgestattet — ebenso wie die anderen Mitarbeiter der Polizeihauptverwaltung.

Höflichkeit ist etwas Löbliches — und in Asien steht sie besonders hoch im Kurs. Doch wenn Polizeibeamten und Agenten sich „Höflichkeitsbesuche“ abstellen, dann nimmt das bisweilen ein böses Ende — z. B. wird jemand entführt.

M. TSCHERNOUSSOW
„NEUE ZEIT“ 29.77

WIE MAN KONFLIKTE KONSTRUIERT

„Die UdSSR beabsichtigt, die Herrschaft des Westens auf den Meeren herauszufordern, und, wenn es nötig ist, mit Krieg zu drohen...“ Zu dieser verblüffenden Schlußfolgerung, teilte die englische „TIMES“ mit, kam vor kurzem das Londoner Institut für Konfliktstudien. Sie glauben das nicht? Hier sind die vom Institut angeführten „Beweise“.

„Die forcierte Entwicklung der russischen Handelsflotte“ in den letzten 20 Jahren führte dazu, daß sie vom 26. auf den 6. Platz in der Welt vorrückte. Die Durchlaßfähigkeit der sowjetischen Häfen im Schwarzen und Weissen Meer sowie im Fernen Osten wird sich im laufenden Planjahr fünf bedeutend erhöhen. Bis 1980 werden sich die Frachtrampen im Seeverkehr um ein Viertel erhöhen und 280 Millionen Tonnen im Jahr übersteigen. Neue Schiffe werden gebaut: Supertanker mit Ladefähigkeit von 150 000 Tonnen, Schiffe mit horizontaler Be- und Entladung, Containerschiffe. Obwohl der größte Teil von ihnen auf sowjetischen Schiffswerften vom Stapel laufen

wird, liegen Aufträge in England, Frankreich, der BRD, Finnland und Japan vor. Die sowjetische Handelsflotte ist jünger als die westlichen Flotten: zwei Drittel ihrer Schiffe sind nicht mehr als 10 Jahre in Betrieb.

Erlauben Sie, wird jeder normaldenkende Leser sagen, diese Fakten beweisen doch gerade das Gegenteil. Wenn die Sowjetunion ihre Handelsflotte und Seehäfen erweitert, dann hat sie doch die Absicht, nicht Krieg zu führen, sondern Handel zu treiben. Das beweisen ja auch die sowjetischen Schiffbau-Aufträge, die an westliche Firmen gingen.

Aber die Sache ist die, daß auf dem Mitte Juni in London stattgefundenen Treffen zwischen dem sowjetischen und britischen Minister, die sich mit Fragen des Seeschiffbaus beschäftigen, gegenseitiges Einvernehmen erreicht wurde: Die entstehenden Probleme sind nicht durch eine Konfrontation, sondern durch beiderseitig annehmbare Übereinkünfte und die Zusammenarbeit aller interessierten Seiten zu lösen. Dieses gegenseitige Verständnis war offensichtlich nicht nach dem Geschmack der Londoner Kreise, die nicht nur „Konflikte studieren“, sondern sie konstruieren.

F. ANDREJEW

Beifall für Pinochet

Der Führer der chilenischen Junta Pinochet versprach, daß er vielleicht in 10 Jahren unter Aufsicht der Armee und der Polizei das jetzige Regime modernisieren werde. In welcher Richtung dies geschehen wird, sagte er nicht. Trotzdem gelang es dem Diktator, Beifall zu ernten. H. Carter, Vertreter des Außenministeriums, begrüßte auf einer Pressekonferenz die Rede Pinochets als einen „positiven Schritt“. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß dieser Schritt zur „baldigen Abschwächung einiger zu harter Maßnahmen“ führen werde, „die bei dem momentan herrschenden Ausnahmezustand in Kraft sind“.

Wie elegant sich doch die Washingtoner Verfechter der Menschenrechte auszudrücken wissen! Nicht blutige Diktatur, sondern „der momentan herrschende Ausnahmezustand“, nicht leere Versprechungen eines Faschisten, sondern „ein positiver Schritt“.

M. BORISSOW

Bis alles in Scherben fällt?

„Die ewig Gestirnen“ regten sich wieder — so beginnt das westdeutsche Journal „Stern“ seine Reportage über die Neonazis.

Die Neonazis vereinigt der Wunschtraum von der „ruhmreichen“ Vergangenheit und von „besseren Zeiten“, die das „Großdeutsche Reich“ wieder aufkommen lassen. Sie träumen jedoch nicht nur, sondern sie handeln. Ein gewisser Karl-Heinz Hoffmann, den man den „Nürnberger Führer“ nennt, bildete eine bewaffnete Gruppe zur „Rettung Deutschlands“. Mit Stahlhelmen und Tarnanzügen bekleidet, mit Maschinengewehren und Handgranaten bewaffnet, führen die „Neoretter“ offen Kriegsübungen in den Wäldern bei Nürnberg durch. Dabei werden Neonazis von den Behörden geduldet. Nur einmal müßten sie Strafe zahlen — „für den Verstoß gegen das Versammlungsgesetz“.

Die Mehrheit der Bürger der BRD denkt jedoch anders. Als sich Anfang Sommer in Nassau, Nürnberg, Frankfurt am Main, München und anderen Städten die Neonazis zusammenrotteten, ging die Jugend mit der Losung „Der Nazismus wird sich nicht wiederholen“ auf die Straßen.

L. SMIRNOWA

„Stern“ begleitete seine Reportage mit Fotografien. Auf dem oberen Bild: Die Neonazis während einer Militärübung. Auf dem unteren Bild: Eine Diskussion im für die Neonazis gewöhnlichen Stil. Das Hauptargument — die Faust.



INDISCHER OZEAN: GEFAHREN UND HOFFNUNGEN

Sergej WLADIMIROW

Probleme des Indischen Ozeans nehmen in letzter Zeit am weltpolitischen Gewicht zu. Sie werden in der UNO, auf Konferenzen der Nichtpaktgebundenen und anderen internationalen Foren erörtert, sind Gegenstand von zwischenstaatlichen Verhandlungen und von Zeitungsartikeln, darüber schreiben Wissenschaftler, Publizisten und Kolumnisten.

Warum? Welche Rolle spielen die Indikprobleme in den internationa- len Beziehungen der Gegenwart? Lassen sie sich lösen?

Von vier Kontinenten umgrenzt

Der Indische Ozean ist der drittgrößte auf der Erde (nach dem Pazifik und dem Atlantik). Er nimmt ein gewaltiges Areal zwischen Afrika, Asien, Australien und der Antarktika ein: von der Südspitze Afrikas im Westen bis Tasmanien im Osten, vom südlichen Vorfeld des Suezkanals bis zur Torres-Straße südlich von Papua und Neuguinea, von der Mündung des Tigris und des Euphrat bis zum Eis der Antarktis. Zum Indischen Ozean gehören der Persische Golf und der Golf von Bengalen, ferner das Rote, das Arabische, das Andamanen-, das Timor und das Arafura-Meer. Die etwa 35 Anrainerstaaten zählen ca. eine Milliarde Einwohner, d. h. ein Viertel der ganzen Erdbevölkerung.

Im Indischen Ozean kreuzen sich wichtige Seestraßen, die Afrika, Asien und Australien miteinander verbinden. Europa ist mit dem Indischen Ozean durch den Suezkanal verbunden.

Diese Wasserstraßen sind für die Sowjetunion von außerordentlich großer Bedeutung. Es ist der einzige das Jahr über befahrbare Seeweg zwischen dem europäischen Teil der UdSSR und dem sowjetischen Fernen Osten. Für kein anderes Land der Welt spielt der Transit über den Indik eine so große Rolle.

Jahrhundertelang herrschten die alten Kolonialmächte England, Frankreich, Holland, Portugal und Italien über den Ozean und seine

Küsten. Seit Ende des 19. Jahrhunderts begann die politische und wirtschaftliche Expansion der USA in diesem Raum.

Der Aufschwung der nationalen Befreiungsbewegung nach dem zweiten Weltkrieg hat die Lage im Indischen Ozean radikal verändert. Die alten Kolonialmächte mußten ein koloniales Territorium nach dem anderen räumen; wo gestern Kolonien waren, entstanden junge unabhängige Staaten. Dieser Prozeß findet vor unseren Augen seinen Abschluß: Nach der Ausrufung der Unabhängigkeit in Dschibuti am 27. Juni d. J. besteht an der Küste des Indischen Ozeans keine Kolonie mehr. Nur einige Inseln gehören noch immer Kontinentalstaaten, hauptsächlich Großbritannien und Frankreich.

Der Imperialismus verlor seine Kolonien am Indischen Ozean, hat aber diese Region keineswegs geräumt. Im Gegenteil, seine Handlungen in diesem Raum werden immer gefährlicher.

Der Knoten schürzt sich

Die imperialistischen Staaten haben in einigen Küstenländern des Indischen Ozeans noch immer politischen Einfluß, ausländische, darunter multinationale Monopole beziehen dort noch immer bedeutende Wirtschaftspositionen. Deshalb sind diese Staaten bestrebt, dort eine ausgebauten strategische Infrastruktur zu schaffen und ihre militärische Präsenz zu festigen. Führend dabei sind die USA.

Bereits 1949 räumten ihnen die Engländer das Recht auf die Benutzung des Flotten- und Luftstützpunktes auf der Bahrein-Insel (Persischer Golf), die damals Großbritannien gehörte, ein. Nachdem Bahrein 1971 unabhängig wurde, pachteten die USA diesen Stützpunkt für eine Zeit, die erst am 1. Juli 1977 abgelaufen ist. Seit Jahrzehnten ist dort ein Geschwader der amerikanischen Marine untergebracht. Die Militärs und sonstigen Stützpunkte der USA wurden ferner in Simonstown (RSA), auf der Masira-Insel (Oman), an der

West- und Südküste Australiens und in den Häfen anderer Küstenstaaten angelegt. Sie werden auch heute benutzt.

Auch Frankreich richtete seine Flotten- und Luftstützpunkte ein: auf Réunion, in Dschibuti und auf der Insel Mayotte, die von den Komoren bei der Ausrufung der dortigen Republik 1975 abgetrennt wurde. Obwohl die Engländer Ende der 60er Jahre erklärten, sie gäben ihre Politik „östlich von Suez“ auf, unterhalten sie dort nach wie vor einige Militärstützpunkte.

Lange Zeit hatten all diese Basen jedoch keine gemeinsame Achse und folglich auch keine strategische Einheit. Deshalb begannen die USA, die nach militärischer Kontrolle über den Indischen Ozean streben, schon in den 60er Jahren mit der Suche nach einem passenden Ort für einen großen strategischen Flotten- und Luftstützpunkt. Der Blick der US-Admirale und -Generale fiel auf die Diego-Garcia-Insel im Tschagos-Archipel, der mitten im Indischen Ozean liegt. Bis 1965 gehörte der Archipel der britischen Kolonie Mauritius, wurde jedoch, als Mauritius seine Unabhängigkeit erlangt hatte, der Insel willkürlich abgenommen und verblieb im Status einer britischen Kolonie. Alle Einwohner von Diego Garcia wurden zwangsweise ausgesiedelt.

Die Küstenstaaten des Indik begriffen ohne weiteres, worum es ging. Auf der XX. und der XXI. UNO-Vollversammlung (1965 bzw. 1966) bezeichneten sie diese Willkür der Kolonisatoren als rechtswidrig und erklärten, daß es unzulässig ist, die Inseln des Indischen Ozeans als Gelände für Militärstützpunkte zu benutzen. Die XXI. UNO-Vollversammlung erörterte die Abtrennung des Tschagos-Archipels von Mauritius und ähnliche Pläne im Hinblick auf einige der Seychellen und beschloß die Resolution 2232 (XXI), in der es hieß: „Jeder Versuch zur teilweisen oder vollen Störung der nationalen Einheit und territorialen Integrität der kolonialen Territorien sowie die Schaffung von militärischen Stützpunkten und Anlagen auf diesen Territorien sind mit den Zielen und Prinzipien der UNO-Satzung sowie der Resolution 1514 (XV) unvereinbar.“*

* Unter dieser Bezeichnung nahm die XV. UNO-Vollversammlung 1960 die bekannte Deklaration über die Unabhängigkeit für die Kolonialländer und -völker an.

Entgegen diesem klaren Beschuß führte Großbritannien den Tschagoss-Archipel nicht an Mauritius zurück, mehr noch, 1966 stellte es Diego Garcia den Vereinigten Staaten zur Verfügung. Auf diese Weise, durch eine Absprache zwischen Imperialisten, wurde beschlossen, im Indischen Ozean einen strategischen US-Militärstützpunkt zu errichten.

Seitdem werden auf Diego Garcia ununterbrochen ortsfeste Anlagen gebaut und ausgebaut. Sie sind dafür bestimmt, großen Ver-



INDISCHER OZEAN

bänden der Seestreitkräfte, darunter Flugzeugträgern, U-Booten mit ballistischen Raketen und Flugzeugen der strategischen Luftwaffe mit Kernwaffen an Bord, jede Art Wartung und die Küstenunterstützung zu sichern. Das laufende Programm für den Ausbau des Stützpunktes auf Diego Garcia soll 1979 abgeschlossen werden, und niemand kann heute sagen, welche weiteren folgen werden.

In dem Maße, wie die USA die Militärstützpunkte erweitern, steigern sie die Präsenz ihrer Seestreitkräfte im Indischen Ozean. Seit Anfang der 70er Jahre tauchen dort immer häufiger amerikanische Kriegsschiffe und die U-Boote der vorwiegend auf die amerikanischen Basen auf den Philippinen gestützten 7. US-Flotte auf.

Im Indischen Ozean befinden sich ständig französische und von Zeit zu Zeit britische Kriegsschiffe. Im Rahmen des militärpolitischen CENTO-Blocks werden im Nordwestindik alljährlich Marineübungen unter Einsatz von Kriegsschiffen der USA, Großbritanniens, Irans und Pakistans abgehalten.

In ihren amtlichen Erklärungen

über den Ausbau der Militärstützpunkte und die Steigerung der US-Präsenz im Indischen Ozean verweisen die Sprecher der Vereinigten Staaten meist auf zwei Motive: erstens auf die Notwendigkeit eines Schutzes der Handels-, vor allem der Erdölstraßen aus dem Nahen und Mittleren Osten in die USA, nach Westeuropa und Japan, zweitens auf die „militärische UdSSR-Präsenz“ im Indischen Ozean.

Beide Argumente sind haltlos. Zum Schutz der Handelsschifffahrt bedarf es, zumal in Friedenszeiten, keiner Flugzeugträger, keiner U-Boote mit ballistischen Raketen und keiner Flugzeuge der strategischen Luftwaffe. Es wäre sinnlos, diese Waffen, eine Komponente der strategischen Streitkräfte, zum Schutz von Tankern oder Trockenfrachtern einzusetzen. Was die „sowjetische Präsenz“ betrifft, so hat die UdSSR im Indischen Ozean, wie allgemein bekannt ist, nie Militärstützpunkte gehabt noch an seiner Küste oder auf seinen Inseln ihre ortsfesten

Anlagen strategischer Bestimmung gebaut. In vollem Einklang mit den Völkerrechtsnormen, die sich auf die Schifffahrtsfreiheit und die Freiheit der wissenschaftlichen Forschungen beziehen, laufen sowjetische Kriegsschiffe manchmal Häfen der Staaten am Indischen Ozean an, aber nur um ihre Wasser- und Lebensmittelvorräte aufzufüllen oder einen offiziellen Freundschaftsbesuch abzustatten.

All das zeugt davon, daß die Anlegung großer US-Militärbasen im Indischen Ozean und die Aufstockung der amerikanischen militärischen Präsenz dort einen ganz anderen Zweck haben. Die USA wollen in diesem Raum eine „Situation der Stärke“ herbeiführen, die ihnen zu ihren weitgehenden politischen und strategischen Zielen verhelfen soll. Dazu gehört gewiß die Unterstützung der kolonialen und rassistischen Regimes im Süden Afrikas; dazu gehört die neokolonialistische Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Küstenstaaten, die das Kolonialjoch erst vor kurzem abgeschüttet haben; dazu gehört die Beeinflussung der Politik der Erdölländer im Nahen und Mittleren Osten. Und schließlich gehört

dazu die direkte militärische Bedrohung der einen oder anderen Küstenstaaten, wie zu der Zeit, als das Volk von Bangladesh um seine Freiheit und Unabhängigkeit kämpfte. Damals entsandten die USA ihren nuklearen Flugzeugträger „Enterprise“ und andere Kriegs-, darunter Landungsschiffe in den Golf von Bengalen.

Offenbar ist das noch nicht alles. Einige Teile des Indischen Ozeans, vor allem im Norden und Nordwesten, befinden sich unweit der südlichen Gebiete der Sowjetunion. Darauf wurde wiederholt hingewiesen, u. a. in den UNO-Dokumenten zu Fragen des Indischen Ozeans. Die strategische Bedeutung dieses Umstandes liegt auf der Hand.

DAS SCHLÜSSELPROBLEM

Der gefährliche Kurs der USA, im Indischen Ozean Systeme von Militärstützpunkten anzulegen und ihre militärische Präsenz dort zu verstärken, beunruhigt viele Küstenstaaten. Auf der 2. Konferenz der nichtpaktgebundenen Staaten (Kairo 1964) schlug Sri Lanka vor, den Raum des Indischen Ozeans in eine atomfreie Zone zu verwandeln. Die Idee wurde von der Konferenz im Prinzip gebilligt.

Auf der 3. Konferenz der Nichtpaktgebundenen (Lusaka 1970) brachte Sri Lanka den Vorschlag ein, den Indischen Ozean zu einer Zone des Friedens zu erklären, und wurde erneut unterstützt.

Auf der XXVI. UNO-Vollversammlung 1971 traten viele Küstenstaaten mit dem gleichen Vorschlag hervor. Seitdem wird diese Frage auf den Vollversammlungen alljährlich erörtert. Zwischen den Tagungen untersucht der UNO-Sonderausschuß für den Indischen Ozean ihre verschiedenen Aspekte.

Von Anfang an brachte die Sowjetunion der Idee, den Indischen Ozean in eine Zone des Friedens zu verwandeln, Verständnis entgegen und verkündete das auch in der UNO. Mit voller Eindeutigkeit wurde das auch auf höchster Ebene ausgesprochen. Am 11. Juni 1971 betonte Leonid Breschnew: „Wir haben es niemals als ideale Situation angesehen und finden es auch heute nicht ideal, wenn Kriegsflotten der Großmächte lange Zeit weit entfernt von ihren Küsten kreuzen. Und wir sind bereit, dieses Problem zu lösen, aber auf gleichberechtigter Grundlage. Die Sowjetunion ist bereit, auf der Grundlage solcher Prinzipien jegliche Vorschläge zu erörtern.“

Während seines Indienbesuchs 1973 sagte Leonid Breshnew im indischen Parlament, daß der Vorschlag über die Verwandlung des Indischen Ozeans in eine Zone des Friedens zu den „interessanten Initiativen“ gehört, „die von der Sorge um die friedliche Zukunft Asiens eingegeben sind“. In der am 29. November 1973 unterzeichneten sowjetisch-indischen Deklaration hieß es u. a.: „Beide Seiten bekämpften ihre Bereitschaft, auf gleichberechtigter Grundlage, gemeinsam mit allen interessierten Staaten nach einer günstigen Lösung für das Problem zu suchen, wie der Indische Ozean in eine Zone des Friedens zu verwandeln ist.“ In der Folge wurde dieses konstruktive Herangehen sowjetischerseits immer wieder bekräftigt, unter anderem in bilateralen Dokumenten mit Bangladesch, Sri Lanka, Irak, Äthiopien, Somalia, Mosambik und anderen Küstenstaaten.

Die Sowjetunion verfolgt konsequent folgende Linie: Vor allem hängt die Möglichkeit der Verwandlung des Indischen Ozeans in eine Zone des Friedens von der Auflösung der dortigen ausländischen Militärstützpunkte ab. Auf dem XXV. Parteitag der KPdSU wurde wieder einmal mit erschöpfender Klarheit gesagt: „In letzter Zeit mehren sich in einer Anzahl von Ländern die Aktionen dafür, daß der Raum des Indischen Ozeans nicht zum Schauplatz der Schaffung von Militärstützpunkten dieser oder jener Mächte werde. Wir sympathisieren mit diesen Aktionen. Was die Sowjetunion anbelangt, so hatten und haben wir nicht die Absicht, Militärstützpunkte im Indischen Ozean anzulegen. Und wir fordern die Vereinigten Staaten von Amerika auf, den gleichen Standpunkt zu beziehen.“

Am 8. Juni 1976 erinnerte Leonid Breshnew in seiner Rede in Moskau an diese Aufforderung an die USA und betonte, daß die Sowjetunion von Washington eine unmissverständliche Antwort erwartet.

Das ist die einzige realistische Fragestellung, denn die Spannungen im Indischen Ozean kamen mit den ausländischen Militärstützpunkten auf. Es war deshalb kein Zufall, daß die 5. Gipfelkonferenz der nichtpaktgebundenen Staaten (Colombo 1976) in ihrer Politischen Deklaration die Schaffung, Aufrechterhaltung und Erweiterung ausländischer und imperialistischer Stützpunkte und militärischer An-

lagen wie des Stützpunktes auf Diego Garcia verurteilte. Die Konferenz rief einmütig dazu auf, „die bestehenden ausländischen Stützpunkte und militärischen Anlagen aufzulassen, die die territoriale Integrität, die friedliche und fortschrittliche Entwicklung der anderen Staaten dieses Raums gefährden bzw. gefährden können oder zum Nachteil der Selbstbestimmung der Völker dieses Raums benutzt werden.“

Ein konkreter Weg zur Verwirklichung der Idee, den Indischen Ozean in eine Zone des Friedens zu verwandeln, wurde in einem UdSSR-Memorandum über die Einstellung des Wettrüstens und die Abrüstung vorgeschlagen. Der sowjetische Außenminister Gromyko legte dieses grundsätzlich wichtige Dokument der XXXI. UNO-Vollversammlung am 28. September 1976 vor. Darin wird erneut hervorgehoben: Die Auflösung der ausländischen Militärstützpunkte im Indischen Ozean und der Verzicht auf die Anlegung neuer Stützpunkte ist der Schlüssel zur Verwandlung des Indischen Ozeans in eine Zone des Friedens. Weiter hieß es im Memorandum: „Bei einer solchen Lösung der Frage der ausländischen Militärstützpunkte wäre die Sowjetunion bereit, gemeinsam mit anderen Mächten Wege dazu zu suchen, auf gegenseitig annehmbarer Grundlage die militärischen Aktivitäten der Kontinentalstaaten im Indischen Ozean und in den an ihn unmittelbar grenzenden Räumen einzuschränken.“

Diese Bereitschaft der UdSSR zu ernstgemeinten Verhandlungen, die zur Schaffung einer Zone des Friedens im ganzen Indikraum führen könnten, wurde von vielen Staaten Asiens und Afrikas gebührend gewürdigt. Ihre Delegationen äußerten sich in der Vollversammlung anerkennend über die konstruktive Haltung der Sowjetunion und drückten die Hoffnung aus, daß die Lösung der für sie lebenswichtigen Frage über den toten Punkt endlich hinausgeht.

Kommt die Sache ins Rollen!

Lange Zeit reagierte Washington auf die Aufforderung der UdSSR, nach Wegen zur Beseitigung der Kriegsgefahr im Indikraum zu suchen, überhaupt nicht. Überhört wurden auch die Aufrufe der Nichtpaktgebundenen und der Anrainerstaaten, ebenso die Aufforderungen amerikanischer Kongressleute, sich

nicht mit dem Ausbau des Militärstützpunktes auf Diego Garcia zu beeilen und den Versuch zu unternehmen, sich mit der UdSSR über eine Begrenzung der Rüstungen im Indischen Ozean zu einigen.

Es wurde immer offensichtlicher, daß die führenden USA-Kreise die Sache einer offenen militärischen Konfrontation im Indischen Ozean entgegentreiben. Selbstverständlich beunruhigte das alle diejenigen, die an der Festigung des Friedens in Asien, an einer weltweiten Entspannung interessiert sind.

Ein um so größeres Interesse fanden die Ende Juni 1977 veröffentlichten Mitteilungen darüber, in Moskau hätten eine UdSSR- und eine USA-Delegation einige Fragen im Zusammenhang mit dem Indischen Ozean erörtert. Wie verlautet, fanden die sowjetisch-amerikanischen Konsultationen hinter verschlossenen Türen statt. Das ist verständlich: Der Indische Ozean war erstmalig Gegenstand des sowjetisch-amerikanischen Meinungsaustausches, und die angeschnittenen Fragen betreffen die Sicherheit der Staaten. Die Publikmachung des Verhandlungsinhalts hätte nicht zum Erfolg der Gespräche beigetragen.

Auf jeden Fall wurde überall der Passus in der Mitteilung vom 28. Juni beachtet, in dem davon die Rede ist, daß der Meinungsaustausch eventuelle beiderseitige Schritte betroffen habe, die zur Begrenzung der Rüstungen im Indikraum beitragen könnten, daß die Zusammenkünfte den Seiten eine größere Klarheit über die gegenseitigen Standpunkte zu diesem Problem gebracht und die Übereinkunft ergeben hätten, die Verhandlungen fortzusetzen. All das wurde als Beweis dafür eingeschätzt, daß der Dialog zumindest angeknüpft worden ist. Niemand meint natürlich, er könne unkompliziert sein, und nur die Zukunft wird lehren, welche Ergebnisse er zeitigt, besonders wenn man all das für den Frieden Negatives berücksichtigt, was die USA seit Jahren unmittelbar im Indischen Ozean unternehmen.

Eins steht jedoch fest: Die Festigung des Friedens im Indikraum, die Vorbeugung der Kriegsgefahr in diesem Raum lägen voll und ganz im Interesse der weiteren internationalen Entspannung, im Interesse der zahlreichen Küstenstaaten des Indischen Ozeans, ja praktisch aller Länder der Welt.

ATLANTISMUS: KONZEPTIONEN UND REALITÄTEN

Gennadi WORONZOW

Die Beziehungen der USA zum Gemeinsamen Markt sind Bestandteil ihrer Strategie des „Atlantismus“. Washington erblickte in einer „Vereinigung Europas“ schon seit langem einen wichtigen Schritt zur Stärkung der Atlantikunion und zum Zusammenschluß der „westlichen Welt“, ein Gegengewicht zu den revolutionären Kräften der Gegenwart.

Doch haben weltpolitische Realitäten wesentliche Korrekturen an diesen strategischen Plänen vorgenommen. Die objektive wirtschaftliche Entwicklung in Westeuropa und die zunehmende Selbständigkeit der „Juniorpartner“ passen nicht mehr ins Washingtoner Schema. Die Teilnehmer des Gemeinsamen Marktes werden sich über die eigenen Interessen immer klarer, und diese weichen nicht selten beträchtlich von den amerikanischen ab.

Die Hoffnungen, die Integration Westeuropas werde man schon im amerikanischen Zaum halten können, bewahrheiteten sich nicht. Der von Washington gegängelte Partner holte seinen „Patron“ sicheren Schrittes ein. Der Zusammenprall von „Atlantismus“ und „Europäismus“ in den 60er—70er Jahren gipfelte in den Handelskriegen, in verschärften politischen und militärischen Differenzen.

Die Tendenz zur Selbständigkeit und zu einem nicht unbedingt von den USA bestimmten Kurs tritt besonders in der Wirtschaft hervor, denn auf diesem Gebiet fühlen sich die EWG-Länder am sichersten. 1948 entfielen auf die heutigen EWG-Mitglieder 23,3% und auf die USA 54,6% der Industrieproduktion der kapitalistischen Welt, 1975 waren es 24,4% bzw. 37,6%. Der Gemeinsame Markt überholt die USA im Außenhandel, und auch die Devisenreserven der Neun sind größer als bei den USA.

Die verschärfte Rivalität zwischen den beiden imperialistischen Zen-

tren ließ die Vereinigten Staaten die Akzente in ihrer EWG-Politik verschieben. Anfang der 70er Jahre bekam der Gemeinsame Markt aus Übersee weit mehr Kritik als ermunternde Worte zu hören. In der außenpolitischen Botschaft des damaligen USA-Präsidenten Nixon an den Kongreß von 1971 hieß es: „Die europäische Einigung stellt die USA-Politik vor Probleme, über die man sich nicht hinwegsetzen darf.“ Offiziell unterstützt Washington die westeuropäische Integration, macht jedoch viele und wesentliche Vorbehalte. In außenpolitischen Dokumenten wird nunmehr die Notwendigkeit hervorgehoben, die west-europäische Integration mit den atlantischen Ideen zu verbinden.

Die verstärkte wirtschaftliche und politische Rivalität zwischen zwei Zentren des Imperialismus bedeutet aber noch nicht, daß sich der Gemeinsame Markt immer und in allem den USA entgegenstellt. In ihren Beziehungen gibt es eine Gemeinsamkeitsreserve, von der mitunter sehr eifrig Gebrauch gemacht wird. Die Grundlage dafür sind vor allem die Klasseninteressen. Hierin erblicken die herrschenden Klassen der westlichen Länder eine Garantie dafür, daß der Kapitalismus trotz der vordringenden revolutionären Kräfte seine Positionen beibehalten werde. Die zentripetale Tendenz in der Politik wird auch von objektiven Faktoren gespeist: von der Internationalisierung der Wirtschafts- und Finanzbeziehungen, von der Verschärfung der gemeinsamen Wirtschaftsprobleme (z. B. der energetischen Kontakte mit der dritten Welt), die der Westen nur mit vereinten Anstrengungen lösen könnte.

Besonders ausgeprägt war die Zentripetalkraft im Verhältnis USA—EWG Mitte der 70er Jahre, als die ungewöhnlich tiefe Wirtschaftskrise nicht nur die „atlantische“ Gemeinschaft gefährdete, sondern auch an den Grundfesten des

Kapitalismus in einigen Ländern des Westens rüttelte. Die Krise zwang die Monopolbourgeoisie der EWG-Länder und der USA zu zeitweiligen Kompromissen, z. B. zur Brüsseler „Deklaration über die atlantischen Beziehungen“ oder zu Verhandlungen über eine Liberalisierung des Handels. Auch neue Richtungen der Partnerschaft — Versuche zur gemeinsamen Überwindung der Energiekrise, zur Koordinierung von Antikrisenmaßnahmen, zu „Dialogen“ mit den Entwicklungsländern — kamen zum Vorschein.

Am Ende der Regierungszeit Gerald Fords wurden die neuen Tendenzen in der Einstellung Washingtons zur westeuropäischen Integration auch in Äußerungen von US-Diplomaten deutlich. Kenneth Rush, ehemaliger US-Botschafter in Frankreich, erklärte: „Die USA-Regierung setzt sich eindeutig für die europäische Einigung ein.“ Der ehemalige stellvertretende Außenminister H. Sonnenfeldt äußerte während eines BRD-Besuchs, daß die USA „die Bewegung zur europäischen Einheit begrüßen“.

Am vollständigsten umriß Henry Kissinger die USA-Haltung gegenüber dem Gemeinsamen Markt in seinem Referat im Londoner Institut für Strategische Studien im Juni 1976. Der damalige Chef des Staatsdepartements gab zu, daß die USA-Politik in bezug auf die westeuropäische Integration in letzter Zeit unbestimmt genug war, um Zweifel an ihrer Aufrichtigkeit aufkommen zu lassen. Um diese Zweifel zu zerstreuen, erklärte Kissinger, daß die USA den westeuropäischen Integrationsprozeß „entschieden unterstützen“, ja „dazu beitragen“. Zur Erläuterung der Feinheiten der USA-Position sagte er: „Wir vertreten nun vielleicht eine etwas kompliziertere und nuanciertere Auffassung von unserem Beitrag zu diesem Prozeß... Natürlich möchten wir nicht, daß Europa seine Eigenständigkeit in der Opposition zu den Vereinigten Staaten findet.“

Wie all das besagt, haben sich die Urheber der US-Diplomatie zu der Einsicht durchgerungen, daß die westeuropäische Integration recht weit gediehen ist und bereits eine wirtschaftliche und in gewissem Maße auch politische Realität darstellt, auf die sie Rücksicht nehmen müssen.

Deshalb wurde der Kurs auf die Festigung des Bündnisses mit den westeuropäischen Ländern zu einem

außenpolitischen Schwerpunkt von Carters Administration verkündet. Nach Ansicht Washingtons ist die EWG eine Seite des Dreiecks (USA, Westeuropa, Japan), auf dem die gesamte kapitalistische Welt beruhe. In dem halben Jahr seit Machtantritt des neuen Präsidenten haben die USA eine ganze Reihe von Maßnahmen getroffen, um die Partnerschaft mit den westeuropäischen Ländern auf militärischem, politischem und wirtschaftlichem Gebiet zu festigen.

Die neue Administration ist bestrebt, vor allem die Wirksamkeit des bereits bestehenden Mechanismus der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu erhöhen, und zwar durch Stärkung der NATO, der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und des Internationalen Währungsfonds. Zugleich aktiviert Washington auch neue Partnerschaftsformen: Gipfeltreffen der führenden kapitalistischen Staaten, koordiniertes Vorgehen auf einigen Gebieten, z. B. im Rahmen der Internationalen Energieagentur.

Über die Notwendigkeit, die Beziehungen der USA zu ihren Partnern zu festigen, sagte der US-Außenminister Vance: „Wir haben dafür kein grandioses Schema, keine großen Vorhaben. Es gibt jedoch allerlei konkrete Mittel zur Verbesserung dieses Prozesses“ (der Konsultationen mit den Partnern).

Die Carter-Administration zeigt sich geneigter als ihre Vorgänger, Kontakte unmittelbar mit dem Gemeinsamen Markt zu pflegen. Im April 1977 weilte der Vorsitzende der EWG-Kommission Roy Jenkins in den USA. Unter behutsamer Anspielung auf Kissingers gescheitertes Vorhaben, 1973 ein „Europa-Jahr“ abzuhalten, sagte er: „Ich habe den Eindruck, daß die neue Administration, ohne ein neues Europa-Jahr verkünden zu wollen, auf engere Beziehungen zur Gemeinschaft bedacht ist.“

Obwohl sich Jenkins' Verhandlungen in Washington in erster Linie um Wirtschafts- und Finanzfragen drehten, ging es ihm in gleichem Maße auch um die Einstellung der USA zur politischen Integration in der EWG. In einem Kommentar zum Treffen Carter-Jenkins behauptete Joseph Powell, der Pressesekretär des Weißen Hauses: „Präsident Carter sprach sich entschieden für die Idee eines vereinigten und starken Europa aus.“

Die Bereitschaft der USA, die westeuropäische politische Integra-

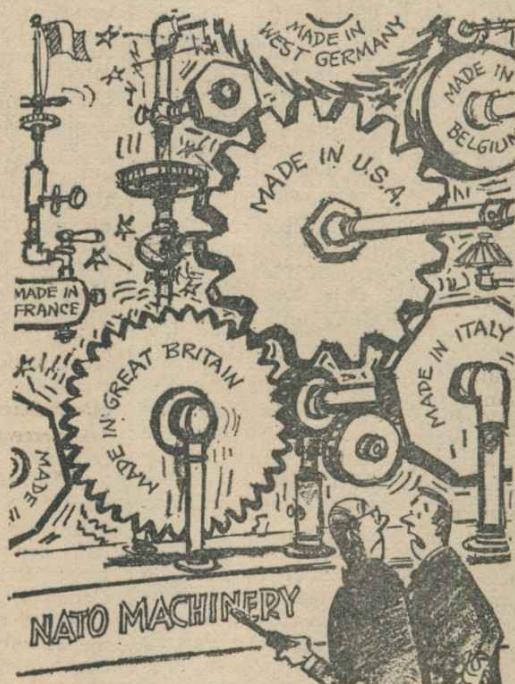
tion zu unterstützen, quittieren einige EWG-Führer mit einer größeren Loyalität. Seit Mitte der 70er Jahre klingen die antiamerikanischen Stimmungen der „Europäisten“ etwas ab. Das auf den Erdölimport mehr angewiesene Westeuropa hat nämlich am meisten unter der Energiekrise gelitten. Einen empfindlichen Schaden fügte den EWG-Ländern auch die Krise von 1974 und 1975 zu. Ihre Wirtschaft überwindet die Folgen der Krise langsamer als die amerikanische. Höher ist in den westeuropäischen Ländern auch das Inflationstempo: 10,8% in 5,8% in den USA. Die Angleichung der Löhne in den USA und im Gemeinsamen Markt brachte die Westeuropäer um einen solchen Vorsprung im Konkurrenzkampf wie die relativ billigeren Arbeitskräfte. Weitere schwache Seiten der westeuropäischen Wirtschaft sind die niedrigere Arbeitsproduktivität in Industrie und Landwirtschaft und die größere Abhängigkeit vom Rohstoffimport. Auch die Schwierigkeiten der ökonomischen Integration spielen ihre Rolle bei der Schwächung der EWG-Positionen.

Diese objektiven Fakten zwingen die EWG-Führung zu Kompromissen mit dem Partner in Übersee. Über den Zusammenhang zwischen der westeuropäischen Integration und dem Bündnis mit den USA sagte BRD-Außenminister Genscher, die Westeuropäer müßten sich klar darüber werden, daß die europäische Vereinigung ohne das Vertrauensverhältnis zu den USA eine recht brüchige Grundlage hätte.

Die Kompromißbereitschaft beiderseits des Atlantik findet ihren Ausdruck vor allem im Einvernehmen zu militärischen und außenpolitischen Fragen, während auf wirtschaftlichem Gebiet die Interessen nach wie vor aufeinanderprallen. Sehr beunruhigt sind die „Atlantisten“ über den zunehmenden Protektionismus, was gleichermaßen auf den USA und die EWG zutrifft.

Hat man erst den Wunsch, sich gegen den Rivalen durch Zollschan-

ken abzuschirmen, so sind alle Mittel gut. Die USA, die Liberalismus im Handel predigen, praktizieren ihren westeuropäischen Partnern nicht selten einen ausgesprochenen wirtschaftlichen Nationalismus vor. So wurde das in den USA 1974 verabschiedete Handelsgesetz in Westeuropa als Beweis für einen verstärkten Protektionismus aufgenommen. Die im Gesetz vorgesehenen Handelsbeschränkungen betreffen rd. 15% des EWG-Exports auf den amerikanischen Markt. Nicht weniger schmerlich war für die Exporteure der Neun eine vom US-



Daran muß noch gearbeitet werden.

Aus „International Herald Tribune“ (USA)

Finanzministerium angestellte Antidumping-Untersuchung der Praktiken des Kfz-Imports. Der traditionelle Stein des Anstoßes in den Beziehungen zwischen den atlantischen Partnern ist der Handel mit Agrarzeugnissen. Die USA exportieren in die EWG-Länder ungefähr das 5fache davon, was sie an Agrarerzeugnissen importieren. Trotzdem beschuldigen die amerikanischen Exporteure die EWG eines „landwirtschaftlichen Protektionismus“.

Die Westeuropäer ihrerseits meinen, daß die USA eine Schutzzollpolitik gegenüber den EWG-Ländern treiben. Petrus Lardinois, Mitglied der EWG-Kommission, in des-

sen Kompetenzbereich die Agrarfragen fallen, erklärte in den USA, die Differenzen in Fragen des Handels mit Agrarerzeugnissen seien ein ständiges „Element der Spannungen, ja des Mißtrauens“.

Kaum wurde Carter vereidigt, da forderte das Europaparlament ihn auch schon auf, die Schranken im Handel mit der EWG zu beseitigen. Eine Antwort läßt noch immer auf sich warten. Die in Genf verlaufenden GATT-Verhandlungen über eine Liberalisierung des Handels USA—EWG sind offensichtlich ins Stocken geraten. Dabei droht der verstärkte Protektionismus beiderseits des Atlantik, in einen offenen Handelskrieg auszuarten. Im April d. J. erklärte der US-Finanzminister M. Blumenthal: „Wenn es sich zeigt, daß wir im wesentlichen auf den Protektionismus zugehen, werden andere Nationen dieses Signal empfangen und es uns zweifellos nachmachen.“

Auf dem dritten Gipfeltreffen der „Großen Sieben“ (London, Mai 1977) wurde zugegeben, daß Beschäftigungslosigkeit und Inflation die kompliziertesten Probleme sind und daß zu ihrer Lösung die Wirtschaftspolitik enger koordiniert und der Handelsprotektionismus beseitigt werden muß. Im Prinzip pflichten dem sowohl die USA als auch die EWG-Länder bei, denken dabei jedoch an sehr unterschiedliche Praktiken zur Belebung der Wirtschaft im Westen. Der Plan Washingtons, die Wirtschaft auf Kosten der BRD und Japans zu stimulieren, stieß auf den energischen Widerstand dieser Länder. In Bonn reagierte man gereizt. Bundeskanzler Schmidt erklärte, „unsere Freunde“ könnten ihm alles empfehlen, was sie wollten, doch werde er auf keinen Fall diesen Weg gehen.

Wie man sieht, ist die Kompromißbereitschaft der USA und der Neun recht brüchig. Die atlantische Partnerschaft wird immer wieder durch die imperialistische Rivalität kompromittiert.

Besonders aktiv ist da neuerdings Washington, das die derzeitige Abschwächung der Neun ausnutzen will, um seine wacklig gewordene Führung in der westlichen Welt zu untermauern. Doch beabsichtigt der Gemeinsame Markt nicht, die erkämpften Positionen widerstandslos zu räumen. Die weitere Entwicklung der westeuropäischen Integration wird die US-Außenpolitik unvermeidlich mit neuen schwierigen Problemen konfrontieren.

Panzerschlachten der Monopole

Alexander MOSGOWOI

Den Panzer, von dem hier die Rede sein soll, könnte mancher Filmstar um seine Publicity beneiden. Seine Silhouette war auf den Titelblättern von Zeitschriften zu sehen, man nannte ihn den Panzer der 70er Jahre. Er lief unter der Typenummer MBT 70 und war gemeinsam von Monopolen der USA und der BRD für die Armeen ihrer Länder entwickelt worden.

Beim Testen der Versuchsmodelle stellte es sich jedoch heraus, daß der MBT 70 zu schwer und nicht manövrierfähig genug ist, ja daß viele Baugruppen Fehlkonstruktionen aufweisen. So ein Panzer kostete an die 750 000 Dollar. Ende 1971 gaben beide Staaten die Ausführung des Projekts auf.

Einige Jahre vergingen, da kamen neuerlich Meldungen über Versuche der BRD und der USA, gemeinsam einen Panzer zu entwickeln, den Panzer der 80er Jahre, wie es nunmehr hieß.

Ein beachtlicher Konkurrent

In den beiden ersten Nachkriegsjahrzehnten hatten die USA das Monopol auf den Waffenhandel inne. Ihre Konzerne lieferten ihren Alliierten Panzer, Kampfflugzeuge und Schiffe.

Inzwischen gewannen aber die Kanonenkönige Westeuropas an Macht und Einfluß, die Rüstungskonzerne Großbritanniens, Frankreichs und der BRD wurden allmählich zu beachtlichen Konkurrenten der amerikanischen. So nahmen neun NATO-Länder den Leopard-Panzer der BRD-Firma Krauss-Maffei, die zum Industrieimperium der Flicks gehört, in ihre Rüstungen auf.

Nachdem das MBT-70-Projekt gescheitert war, vereinbarten die BRD und Großbritannien die Entwicklung eines Panzers, der die besten Eigenschaften des Leopards und des englischen Chieftain-Panzers in sich vereinen sollte. Er sollte voriges Jahr getestet werden, was jedoch nicht geschah.

Von Übersee aus verfolgte man besorgt, wie sich der Leopard auf den Waffenmärkten durchsetzte und wie der britisch-bundesdeutsche Plan ausgeführt wurde. Eines Tages

unternahmen die USA einen Schritt, der vielen unerwartet kam: Das Pentagon erklärte sich bereit, Vergleichsteste neuer US-Panzer und des Leopard 2, der verbesserten Variante des Modells von Krauss-Maffei, vorzunehmen. Es ließ durchblicken, daß — sollte sich der Leopard 2 als besser erweisen — dieser ins Rüstzeug der US Army aufgenommen werden könnte.

Die bundesdeutschen Rüstungsindustriellen waren über das Angebot begeistert.

Nicht so die britischen, denn das amerikanische Anerbieten rüttelte an den Grundfesten der britisch-bundesdeutschen Vereinbarung. Die Entwicklung des gemeinsamen Panzers geriet ins Stocken und wurde dieses Jahr ganz eingestellt.

Echt amerikanischer Kompromiß

Zur Werbung für den Leopard 2 schickte die Rüstungsindustrie der BRD Leute nach Übersee.

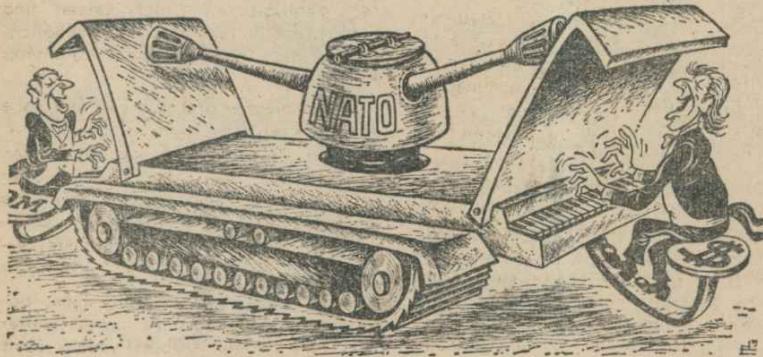
Deren Bemühungen führten aber zu nichts, mehr noch, während man bei Krauss-Maffei schon den Gewinn aus einem eventuellen Abschluß kalkulierte, wurden auf dem Versuchsgelände Aberdeen in den USA eifrig zwei Modelle des von den US-Konzernen General Motors und Chrysler entwickelten XM-1-Panzers getestet.

In Bonn verlor man allmählich die Geduld, und Bundesverteidigungsminister Leber machte sich zu einem offiziellen Besuch nach Washington auf. Er vereinbarte mit dem damaligen Pentagonechef Rumsfeld mündlich die Entwicklung eines gemeinsamen „Panzer der 80er Jahre“. Einzelne Baugruppen und die Bewaffnung sollten vereinheitlicht werden.

Noch hatte Minister Leber am Rhein nicht über das Verhandlungsergebnis berichtet, da schrieb die *New York Times* schon, die US-Konzerns hätten jede Vereinbarung angefochten, laut der Bestandteile aus der BRD für ihre Panzer verwendet werden sollten. Die beiden größten US-Konzerns begruben für eine Weile das Kriegsbeil des Konkurrenzkampfes und zogen vereint gegen den BRD-Konzern zu Felde, um den Gewinn, der ansehnlich zu werden verspricht, nicht mit ihm

teilen zu müssen. Die vorläufige Bestellung von 3325 Panzern für die US Army wird auf 4,9 Md. Dollar geschätzt.

Sie fanden Rückhalt bei den Bundesgesetzgebern. In einem Bericht des Koordinationsausschusses des Senats und des Repräsentantenhauses hieß es, daß „Standardisierungsmaßnahmen die Ausführung des amerikanischen Programms für den Bau des XM 1 aufhalten, die Produktionskosten vergrößern und die taktisch-technischen Kennwerte verschlechtern können“.



Dadurch entstanden gewisse Spannungen zwischen den NATO-Partnern. Um sie etwas zu mildern, schloß das Verteidigungsministerium der USA im August 1976 mit der BRD ein offizielles Abkommen über die gemeinsame Entwicklung eines Panzers. Allerdings beinhaltete es wesentliche Zugeständnisse an die US-Konzerne. Viele der wichtigsten Baugruppen einschließlich des Motors müßten nach amerikanischen Projekten „standardisiert“ werden.

Das Abkommen blieb aber auf dem Papier. Im vergangenen November wurde bekanntgegeben, daß sich die Army für eine Variante des Chrysler-Panzers entschieden habe. Chrysler bekam Auftrag, den XM 1 endgültig zu perfektionieren und in die Serienproduktion zu geben. Zu Ehren General Abrams', eines ehemaligen Stabschefs der Army, hat er dessen Namen bekommen, was sehr aufschlußreich ist — der General sagte seinerzeit, nur über seine Leiche würde die Army jemals ausländische Panzer bekommen. Jedenfalls ist der Abrams vorläufig mit einer 10,5-cm-Kanone bestückt und nicht mit einem bundesdeutschen 12-cm-Geschütz, wie es das Programm für die „Standardisierung“ vorsieht.

Die Bestellung bei Chrysler wurde so begründet, daß das Modell dieses Konzerns effektiver und im Betrieb billiger sei. Das wird von vielen Seiten angezweifelt. Das Chrysler-Modell hat einen Gasturbinanenantrieb, der anderthalb- bis zweimal soviel Treibstoff wie der Dieselantrieb des Panzers der General Motors verbraucht. Den US-Ölkonzernen, die dem Pentagon Treib- und Schmierstoffe liefern, wird der XM 1 schönen Gewinn abwerfen. Übrigens hat bei der Wahl der Panzertypen der Vizeverteidi-

ger der Schwerpunkt auf der Frühjahrstagung des NATO-Rates. Bei den Gesprächen über die Standardisierung verfolgen die Partner aber oft entgegengesetzte Absichten. Um ihre Absatzmärkte auszudehnen, verfechten die westeuropäischen Konzerne und die für sie sprechenden politischen Kreise „Gleichberechtigung“ im Waffenhandel gegenüber den USA.

Diesen schmeckt das natürlich ganz und gar nicht. Die US-Konzerne, die in der Herstellung großer Heeresgüter sehr erfahren sind, sehen in der „Standardisierung“ eine Handhabe dafür, die europäischen Konzerne unter ihren Einfluß zu bringen. Diese Gefahr erkennend, schrieb der französische *Monde*: „In England meinen die führenden Industriellen z. B., eine amerikanische Überlegenheit werde die europäischen Waffenproduzenten schließlich zu Zulieferern machen. Andere Industrielle jenseits des Rheins befürchten, die USA könnten versuchen, durch die Vorschläge zur Rüstungsstandardisierung gewisse weitreichende und oft kostspielige europäische Programme zum Scheitern zu bringen.“

Es wäre jedoch irrig, das Problem der Standardisierung nur im Lichte einer Zuspitzung der Gegensätze zwischen den Imperialisten sehen zu wollen. Ganz gleich, wessen Panzer oder Flugzeug den NATO-Markt erobert, den Gewinn davon haben auf jeden Fall nur die Kräfte der Reaktion und des Militarismus. Die „standardisierten“ Waffen sind in erster Linie für eine Neuaufrüstung der in Mitteleuropa stehenden NATO-Armeen bestimmt. Und das, während in Wien so mühevoll über einen Abbau der Streitkräfte und Rüstungen in diesem Raum verhandelt wird.

Der Kampf um den „Kontakt des Jahrhunderts“ flaut nicht ab. Die bundesdeutschen Konzerne denken gar nicht daran nachzugeben. Unlängst kam ein Kontakt über eine große Partie von Leoparden für Kanada zustande. Es ist unschwer abzusehen, daß die US-Waffenhändler mit einem Gegenangriff nicht auf sich warten lassen werden.

In den Entwicklungsbüros der Konzerne und Militärämter aber werden immer neue Waffen konstruiert.

Die Schlachten zwischen den Monopolen dauern an.

Wer macht das Rennen?

W. Tschakiridis

gungsminister Clements, ein texanischer Ölönig, nicht die letzte Rolle gespielt. Senator Proxmire sagte einmal, Clements könnte nicht unparteiisch sein, wenn entschieden wird, was für Heeresgüter angekauft wird, weil er in der Rüstungsindustrie unmittelbar engagiert sei.

Die nächste Runde der amerikanisch-bundesdeutschen Verhandlungen über das Panzerproblem fand im vergangenen Frühjahr statt, als Minister Leber in Washington weilte. Was er von dort mitbrachte, war unerquicklich. Die USA waren von der früheren Vereinbarung über eine gemeinsame Produktion faktisch zurückgetreten. Der Kommentator Finney von der *New York Times* schrieb in diesem Zusammenhang: „Das einst so vielversprechende Abkommen der USA und Westdeutschlands über eine Reihe gemeinsamer Baugruppen bei den neuen Panzern scheitert.“

Das Märchen von der Standardisierung

Bei der NATO redet man gar zu gern über die Einführung einheitlicher Waffensysteme. Sie war auch

Statt Verständigung Einmischung

Rezepte eines Strategen des psychologischen Krieges

Die in London erscheinende Bücherserie „Sage Publications“ ist neuerdings um eine Schrift von David M. Abshire bereichert worden. Er ist Vorsitzender des Zentrums für strategische und internationale Forschungen der Georgetown-Universität in Washington und des (1973 vom US-Kongreß gebildeten) Ausschusses für internationale Rundfunk und war früher Staatssekretärassistent. Seine Schrift heißt „Der internationale Rundfunk: Eine neue Dimension der westlichen Diplomatie“.

Der Verfasser sagt zwar, er äußere sich ganz privat, ohne jeden Zweifel besteht aber zumindest ein Zusammenhang zwischen seinen Anschauungen und denen einflußreicher Kreise, die die amerikanische Außenpolitik weitgehend beeinflussen.

Das Thema ist interessant und aktuell, denn die Verbindung des internationalen Rundfunks mit der Politik, seine Rolle bei der Völkerverständigung sollte bestimmt gründlicher untersucht werden.

Abshire schreibt, durch die „Transistorrevolution“ und die größeren technischen Möglichkeiten des Rundfunks werde dieser zu einem völlig neuartigen Kanal des Ideen- und Informationsaustausches.

Es ist nur begrüßenswert, daß er den an sich nicht mehr neuen Gedanken wiederholt, der internationale Rundfunk könne zur Förderung des Vertrauens und der Verständigung unter den Völkern benutzt werden. Seine Idee vom Wie entspricht aber kaum dem Geiste der Entspannung.

So behauptet Abshire, die UdSSR sperre sich gegen den Verkehr mit dem Westen. Womit? Damit, daß sie die antisowjetischen Umtriebe der sogenannten Dissidenten unterbindet und der Verbreitung gewisser westlicher Publikationen Schranken zieht.

*David M. Abshire. International Broadcasting: A new Dimension of Western Diplomacy. Sage Publications, London, 1976.

Man beachte, wie Abshire die „Gedankenfreiheit“ auffaßt, für die er eine Lanze bricht. Sein einziger Gradmesse dafür ist eine uneingeschränkte Aktionsfreiheit für Leute, die die sozialistische Ordnung schlechtmachen und bekämpfen. Was kümmert es ihn, daß es in der UdSSR nur vereinzelte solche Exemplare gibt?

Abshire klagt, selbst bei „inoffiziellen Kontakten“ zwischen Sowjetbürgern und Ausländern bekämen diese „die unsichtbare Schranke der Gedankenkontrolle“ zu spüren, „die einen sinnvollen Verkehr unmöglich macht“. Was sie wirklich bei ihren sowjetischen Gesprächspartnern spüren, ist keine Gedankenkontrolle, sondern Ablehnung der Verleumdungen gegen die UdSSR, der Schlagwörter der bürgerlichen Propaganda.

Absolut unberechtigt sind auch andere Feststellungen Abshires, z. B. die, daß die UdSSR eine „geschlossene Gesellschaft“ sei. Leonid Breschnew sagte auf der Berliner Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien Europas: „Die Länder des Sozialismus sind keine „geschlossene Gesellschaft“. Wir sind offen für alles, was wahr und ehrlich ist. Und wir sind bereit, mit allen Mitteln die Kontakte zu mehren und dazu die günstigen Bedingungen der Entspannung auszunutzen.“ Wenden wir uns den Tatsachen zu, so sehen wir, daß in Westen viel weniger sowjetische Bücher herausgegeben und sowjetische Filme und Fernsehprogramme gezeigt werden als in der UdSSR solche aus dem Westen. Die Sowjetunion, die sich für einen allseitigen Ausbau der kulturellen und anderen Verbindungen zwischen den Völkern und für den Informationsaustausch einsetzt, sieht es als obligatorisch an, strikt die Grundsätze der gegenseitigen Achtung der Souveränität sowie der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen zu befolgen.

Abshires Klage über die „geschlossene Gesellschaft“ in der UdSSR richtet sich in Wirklichkeit dagegen, daß sie die Einmischung in ihre inneren

Angelegenheiten unterbindet. Gerade in dieser Einmischung sieht er aber Sinn und Zweck der amerikanischen Propaganda.

Weiter mißfällt es Abshire, daß im Westen „so wenig Mühe und Mittel auf eine Kommunikationsdiplomatie verwendet werden, mit der man an die Völker Osteuropas und der UdSSR herankommen sollte“. Natürlich, um ihnen die eigenen Ideen aufzunötigen. Abshire meint, man müsse die sozialistische Ländergemeinschaft unter stärkeren ideologischen Druck setzen und dafür insbesondere die neuen Möglichkeiten des internationalen Rundfunks benutzen.

Was schlägt er praktisch vor? Man solle alle Funkzentren modernisieren, u. zw. auch für Geld der USA und der Staaten Westeuropas; von der Fassade der „Stimme Amerikas“ solle das staatliche Wahrzeichen verschwinden, dann könnte sie leichter ideologische Störakte verüben.

Was den Inhalt der Programme betrifft, so verlangt Abshire immer wieder mit Engelszungen „Objektivität“, räumt aber ein, daß „die Programme des Westens natürlich einseitig sind. Sie sprechen als die Stimmen der westlichen Demokratie“ (lies: der imperialistischen Staaten) „und geben unvermeidlich die von ihren geschichtlichen Erfahrungen und ihren eigenen Werten herrührenden Vorurteile wieder.“

Angriffe auf die sozialistische Ordnung, Heranziehung von Abtrünnigen des Sozialismus, denen man Sendezzeit einräumt, eine kaltschnäuzige, kaum noch mit den Tatsachen zu vereinbarende Propaganda für die bürgerlichen Verhältnisse und die westliche Lebensweise — das beinhaltet eigentlich die westlichen Rundfunkprogramme. Die Bemühungen einflußreicher Kreise in den USA, die dortigen Sender zu legitimieren außenpolitischen Medien zu machen und neue technische Mittel zur „psychologischen Kriegsführung“ einzustellen — diese Bemühungen beweisen nur eins: das Widerstreben dieser Kreise, die Realitäten in der Welt anzuerkennen.

Die Politik der „psychologischen Kriegsführung“ wird zweifellos ebenso scheitern wie die des kalten Krieges. Doch kann sie dem zunehmenden Vertrauen der Völker zueinander schaden. Diese Gefahr darf man nicht unterschätzen. Daran erinnert nochmals das vorliegende Buch Abshires.

N. SAGLADIN

WAS GIBT EIN DURCHSCHNITTSUNGAR AUS?

Wie schnell die Zeit vergeht! Ich erinnere mich gut, wie oft während der Wahlkampagne 1963 in Ungarn die Zahl 3000 genannt wurde. Der Kaloriengehalt des Essens für einen Bürger überstieg damals 3000 Kalorien pro Tag, und das war Grund, stolz zu sein.

Jetzt erreicht der durchschnittliche Kalorienverbrauch 3300, und die Mediziner schlagen Alarm: Die Söhne der Dorfkinder, die in den ersten Nachkriegsjahren Hunger leiden mußten, legen sich nicht selten einen Bauch zu, es ist an der Zeit, Diät zu beachten, den Zucker- und besonders den Fettanteil des Essens zu senken, deren Verbrauch in den letzten 15 Jahren um ein Viertel gestiegen ist. Andererseits kann die Mediziner nicht zufriedenstellen, daß der „Durchschnittsungar“ nur 165 Kilogramm Gemüse und Obst pro Jahr konsumiert. Das „Mehr“ wäre wünschenswert... Gleichzeitig werden schon nicht mehr 136 Kilogramm wie vor 15 Jahren oder 139, wie vor 10 Jahren, sondern 122 Kilogramm Brot verbraucht, und nicht 98 Kilogramm Kartoffeln, sondern 65 Kilogramm. Die Tendenz ist offensichtlich!

Natürlich würde ich nicht die Wahrheit sagen, wenn ich behauptete, daß alle 10,6 Millionen Einwohner Ungarns „wie die Made im Speck leben.“ Was den Anteil der Ausgaben für das Essen betrifft, so ist er, nach dem Aussagen I. Hoffmanns, Autor einer soziologischen Studie, in Familien mit hohem und niedrigem Einkommen fast gleich hoch.

Von jedem ausgegebenen Forint verbraucht der „Durchschnittsungar“ 30 Filler für Lebensmittel (1960 — 40 Filler). Die Nationalküche, bestehend aus Schweinefleisch und Paprika und bei weitem keine Schonkost, hat nach wie vor viele Anhänger. 70 Kilogramm erreichte in Ungarn der Prokopfverbrauch von Fleisch (mit einem kleinen Zusatz Fisch), und es waren nur 3 Monate nötig, daß das Ni-

veau des Einzelverkaufs von Fleisch nach der recht starken Preiserhöhung, zu der sich der Staat 1976 gezwungen sah, wieder erreicht wurde. Im Verbrauch von Geflügelfleisch (16 Kilogramm pro Kopf) rückte Ungarn auf den ersten Platz in Europa vor.

Der nächste Ausgabenposten sind die Miete, die kommunalen und anderen Dienstleistungen, die insgesamt 22 Filler ausmachen. Der Anteil dieser Ausgaben hat sich in den letzten 15 Jahren praktisch nicht verändert. Viel ausgegeben wird für Alkohol, Tabak und auch Kaffee — der vor dem Krieg fast unbekannt war und in der letzten Zeit faktisch zum Nationalgetränk geworden ist. Der Staat wendet jährlich pro Kopf der Bevölkerung für über 3 Kilogramm „arabica“ oder „robusta“ Geld auf, und das ist sowohl für den Verbraucher, als auch für den Staat kostspielig: In den letzten Jahren stieg der Weltmarktpreis für Kaffee auf das 4- bis 5fache.

Für Spirituosen gibt die Bevölkerung 12 von 100 Filler aus. Der Kampf gegen den Alkoholmissbrauch wird mit aller Härte geführt. Erst vor kurzem wurde dieses ernste Problem öffentlich auf einer gemeinsamen Sitzung der ständigen Kommission der Staatsversammlung für Handel, Gesundheitswesen und soziale Fragen behandelt. Es wurde offen gesagt, daß das Land nach dem Spirituosenverbrauch (in reinen Alkohol umgerechnet 10 Liter pro Kopf und pro Jahr) den zehnten Platz in der Welt einnimmt. Im Kampf gegen den Alkohol werden die verschiedenartigsten Maßnahmen ergreifen. Diese komplizierte Frage wird zusammen mit Empfehlungen der Parlamentskommissionen der Regierung zur Beratung vorgelegt.

Kehren wir jedoch zu angenehmeren Seiten dieses Themas zurück. Ihrer sind natürlich viel mehr. Vor 15 Jahren, als sich der Autor dieser Zeilen mit Budapest bekannt machte, konnte man auf den ruhigen Stra-

ßen und Gassen oft den lauten Ausruf „Ószeres!“ hören. Auf diese Art und Weise kündigte der Altwarenhändler den Hausfrauen sein Erscheinen an. Heute wurde er zu einer Seltenheit in Budapest wie, sagen wir, der Kutscher. Der Flohmarkt, der in die Peripherie der Hauptstadt gedrängt worden ist, wurde zum Treffpunkt für Sammler alter Bügeleisen und Bastler. Wer braucht heute noch einen altmodischen Mantel oder durchgescheuerte Hosen! „Leicht, einfach, billig“, so charakterisiert der Direktor des Budapester Modeinstitutes Sándor Vas die heutige Kleidungskultur in Ungarn.

Kennzeichnend für die Konsumtion im heutigen Ungarn ist das enorme Wachstum der Ausgaben für langlebige Waren und besonders für kulturelle Bedürfnisse — Bücher, Sachen für die Wohnraumausstattung, Sportartikel. Gerade hier vollzieht sich eine solche Entwicklung der Bedürfnisse des Menschen, die man mit Recht als Charakterzug der sozialistischen Lebensweise einschätzt.

Wenn man vom Wachstum der Sparguthaben im Sozialismus spricht, wird dieser Prozeß gewöhnlich erklärt mit dem Ansteigen des materiellen Wohlstandes sowie mit den anwachsenden Ansprüchen des Käufers, mit der sogenannten gestauten Nachfrage. In Ungarn gelangen vier von hundert erarbeiteten Forint in die Sparkasse, zum Großteil als langfristige, 5prozentige Guthaben. Laut statistischen Angaben der RGW-Länder, die von der Zeitschrift „Figyelő“ angeführt werden, nehmen dabei die Bürger der DDR den ersten Platz ein, ihnen folgen die Bürger Bulgariens und der CSSR, und erst dann die Einwohner Ungarns gemeinsam mit denen Polens und der Sowjetunion. Auf jeden Fall erreichen jedoch die Spareinlagen in der UVR in diesem Jahr 100 Milliarden Forint. Wofür spart man Geld an den Ufern der Donau und der Theiß? Vor allem für den Erwerb einer Wohnung, dann für ein Auto und ein Wochenendgrundstück. Und sehr wenige sind es, die wie früher ihr Geld für „schlechte Zeiten“ auf die hohe Kante legen.

... Jakab Kútásó, einer der Budapester Altwarenhändler schüttelt verwundert den Kopf, während er auf die sonntäglichen Besucher des ehemaligen Altwarenmarktes schaut. Er erinnert sich an völlig andere Bilder... Wie schnell die Zeit vergeht!

B. RODIONOW

Budapest

„NEUE ZEIT“

29.77

AM UFER DES SAIGON

Von unserem Berichterstatter
Albert PIN

Tan Son Nhut — erinnern Sie sich an den Namen? Er kam oft vor in den Frontmeldungen, die jahrelang aus Vietnam einliefen. Vor noch gar nicht langer Zeit starteten auf dem Flugplatz Tan Son Nhut bei Saigon amerikanische Kampfflugzeuge mit todbringenden Frachten, gingen dort Minen los und verwandelten Phantoms und Skyraiders in Blechsalat. So rächten sich die Patrioten an den Interventen.

Eine IL 18 der vietnamesischen Luftfahrtgesellschaft hält nicht weit vom Flughafengebäude. Meine Uhr sagt mir, daß der Flug aus Hanoi eine Stunde und 50 Minuten dauert hat. Noch eine Viertelstunde, und unser Wagen fährt in der grellen Tropensonne durch die Straßen von Ho-chi-Minh-Stadt.

Straßentruhel und das Hupkonzert der Autobusse und PKWs. Motor- und Fahrräder und Motorroller nehmen die ganze Breite der Fahrdämme ein. Dazwischen Rikschas und als Miniautobusse hergerichtete Dreiräder. Motorroller und -räder scheinen hier die meistbenutzten Verkehrsmittel zu sein. Unbekümmert schlängeln sich auf ihren Fahrzeugen schlanke junge Mädchen durch das Gewühl, gekleidet in Aodais — schwarze Hosen und Kasakblusen mit Seitenschlitzen bis zur Hüfte.

In den belebten Gassen haben Händler ihre simplen Waren auf dem Asphalt ausgebreitet. Da gibt es auch allerlei Buden und Kioske. Mauern und Litfaßsäulen sind bunt von Plakaten. Hier und da sind zwischen Häusern Spruchbänder aufgespannt. Nichts scheint — zumindest auf den ersten Blick — an die kürzliche Vergangenheit dieser Stadt zu erinnern. Dafür ist vieles sichtlich neu: Kinder kommen aus der Schule, über den weißen Hemdblusen die roten Dreiecktücher der jungen Pioniere. Im Stadtzentrum, der katholischen Kathedrale — einem blassen Abklatsch der Notre-Dame — gegenüber, Reklameschilder mit Szenenbildern aus Hanoier und Moskauer Filmen.

Über dem Hauptportal des Palasts

der Unabhängigkeit — des früheren Amtssitzes der Marionettenregierung — ein großes Bildnis Ho chi Minhs.

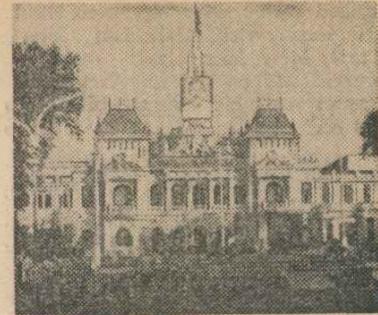
Straßen erzählen

Mit freundlichem Lächeln händigt mir die Dame an der Rezeption den Zimmerschlüssel und ein Merkblatt für den Hotelgast in französischer und englischer Sprache ein.

Auf dem Dach des vielgeschossigen Hotels erhebt sich das Modell eines Dreimasters aus der Zeit des Kolumbus. Auch das Merkblatt krönt dieses veraltete Wahrzeichen, doch das Hotel heißt nicht mehr Caravelle. Über dem Eingang steht in großen vietnamesischen Lettern „Khanh San Doc Lap“ (Hotel Unabhängigkeit).

Die Fenster und der Balkon meines Zimmers gehen auf einen rechteckigen Platz hinaus. Genau gegenüber steht der längliche Bau des Stadttheaters mit einem fünfzackigen roten Stern über dem Portal. Etwas weiter sehe ich hinter Baumkronen das nur dreistöckige alte Hotel Dong Khoi (Aufstand), das frühere Continental, eine Sehenswürdigkeit der Stadt. In alten Reiseführern heißt es, darin soll Graham Greene seinen berühmten Roman „Der stille Amerikaner“ geschrieben haben.

Ich gehe aus und biege links in eine Straße ein, die vor kurzem auch eine „Sehenswürdigkeit“ war. Als Greene seinen Roman schrieb, hieß sie die rue de Catinat, von den Kolonialbehörden so nach einem französischen Admiral benannt. Unter den Landsleuten des „stillen Amerikaners“ Pyle — diesen lauten, flegelhaften Besatzern Saigons — bekam sie den vietnamesischen Namen Tu Do, was Freiheit bedeutet. Das war der reinste Hohn, denn frei fühlten sich auf der Tu Do nur die Amerikaner und die hohen Beamten des Regimes. Sie waren die willkommensten Kunden der zahlreichen Geschäfte und winzigen Läden, in denen es rein alles gab:



Hier hat das Volkskomitee von Ho-chi-Minh-Stadt seinen Sitz

echte und imitierte Kunstwerke, Antiquitäten, Schildpattbroschen, -kämme und -fächer und Gebrauchsgüter. Den größten Anreiz auf der Tu Do und ihren Nebenstraßen boten den Gästen aus Übersee und ihren wohlbestallten Kreaturen die unzähligen Nachtlokale, wo schöne Mädchen mit kunstvoll getuschten Märchenaugen auf Kundshaft warteten.

Durch die Dong Khoi — die frühere Tu Do — gelange ich an den Saigonkai. An der Ecke steht noch ein Hotel, das hohe, schneeweisse Majestic, jetzt Mekong. Auf der grünen Terrasse seiner Gaststätte setze ich mich an einen Tisch. Es wird schon Abend, vom nahen Wasser weht es kühl. An den Piers liegen stille Schiffe. Als ich tagsüber am Hafen vorbeikam, sah ich auch eins unter sowjetischer Flagge.

Zusammen mit Nguyen Huu Khanh vom Volkskomitee von Ho-chi-Minh-Stadt fuhr ich einen Tag kreuz und quer durch die Straßen. Wir waren auch am anderen Flußufer und an den Flußarmen des Saigon. Seine Ufer sind ganz ungleich. Diesseits stehen am Kai und in seinen Anfahrtstraßen hohe Luxushotels, Bankhäuser und Wohnhäuser mit Loggien und Klimaanlagen. Wegen seiner vielen Vergnügungslokale wurde dieser Teil der Hauptstadt Südvietnams das asiatische Monte Carlo genannt. Jenseits des Flusses und an seinen Armen baute sich das „einfache Volk“ Unterkünfte aus Sperrholz, Blech, Pappe, knorrigen Baumwurzeln, Autoreifen und wer weiß, woraus noch alles. Diese Hütten standen dicht bei dicht, ja sogar auf Pfählen im Uferwasser, weil am Ufer selbst nicht genug Platz war. Manche hausten sogar einfach in Booten mit Schutzdächern aus ro-

stigem Well- oder anderem Blech. Die Exotik des asiatischen Monte Carlo. Man kann sich vorstellen, wieviel Mühe es die Volksmacht kosten wird, sie verschwinden zu lassen.

Der letzte Tagesschein erlischt. In den Tropen dunkelt es schnell. Abends hat die Stadt ihr eigenes Aussehen und Tempo. Langsam, meistens zu zweit, gleiten Fahrräder und Motorroller den Kai entlang. Die Dämmerstunde ist die Zeit der Liebespaare und Spaziergänger, und sie haben keine Eile.

Aber nicht alle haben Muße. Nicht weit von einer schwimmenden Gaststätte, die etwa 500 Meter vom Hotel Mekong am Ufer festgemacht ist, begegnet mir eine junge Frau mit einem Tragjoch, daran hängen zwei Körbe mit Töpfen darin. Sicher ist sie nicht auf dem Heimweg, sondern kommt mit ihrem portablen Restaurant von Hause. Frühmorgens, tagsüber und abends kann man in einer beliebigen belebten Straße oder auf einem Platz direkt auf dem Gehsteig eine Mahlzeit aus warmer Suppe, Reis, Gemüse usw. einnehmen.

Ohne zu merken, wie ich hinkam, stand ich plötzlich vor einem weitläufigen einstöckigen Bau mit Säulenportal, den ich am Tag mit meinem Begleiter gesehen hatte. Unter dem Saigon Regime war es der Sitz des Senats, des Marionettenoberhauses. Natürlich hatten mich die vietnamesischen Genossen nicht deshalb aufgefordert, es mir anzusehen. In den zahlreichen Räumen ist jetzt eine große, sehenswerte Ausstellung, die einen guten Begriff von den wirtschaftlichen Leistungen und Möglichkeiten des geeinten, friedlichen Vietnams und vom Talent seines Volkes vermittelt. Da sieht man wundervolle Lackmalereien und Kunstgewerbeartikel sowie Industrieerzeugnisse, die Vietnam schon jetzt exportiert (oder sehr bald zu exportieren imstande sein wird).

Die Grünanlage gegenüber ist sehr belebt. Auf den Bänken und auf dem Rasen am Ufer sitzen alte Leute und Mütter mit Säuglingen und genießen den kühlen Abend. Auf dem Asphalt vor dem Portal ist ein Netz aufgespannt, Jungs spielen begeistert Volleyball, und etwas weiter haben kleine Fußballer den ganzen Fahrdamm mit Beschlag belegt. Ein noch ganz junger Rikscha Fahrer hält und sieht gespannt dem Spiel zu.

Nach zwei Jahren

Die Marionettenarmee kapitulierte am 30. April 1975. Sie ließ in den Straßen von Saigon amerikanische Panzer, Panzerwagen und MPis stehen und liegen. Dem Volk und seinen Streitkräften konnte sie keinen nennenswerten Widerstand mehr leisten. Deshalb wurde in der Stadt nichts zerstört. Wie mir Le Quang Chanh, der Vizevorsitzende des Volkskomitees von Ho-chi-Minh-Stadt, sagte, war das für die Normalisierung des Lebens in der Stadt sehr wichtig. Dennoch hat die



Kleine Ho-chi-Minh-Städter

Volksmacht viel große, schwierige Probleme.

Gleich nach der Befreiung hatte die Stadt 4 Millionen Einwohner. Über eine Million Arbeitsfähige hatten keine Arbeit. Im alten Saigon hausten die Bettler und Obdachlosen auf Müllabladeplätzen und Einöden. Hungrige, zerlumpte Kinder streiften durch die Straßen und bettelten. Von Zeit zu Zeit unternahm es die Polizei, die respektablen Straßen im Zentrum von ihnen zu „säubern“. Völlig freie Hand hatten dagegen die Banden von Rauschgifthändlern, Devisenschiebern und sonstigen Gaunern, die hier aus ganz Südostasien zusammenströmten.

Natürlich reichten die etwas mehr als zwei Jahre seit der Befreiung nicht aus, allem ein Ende zu machen, was sich hier unter den Ausländern und ihren Kreaturen in Jahrzehnten breitmacht hat. Es ist aber zum Staunen, wieviel die Volksmacht doch schon geschafft hat. In den Betrieben, die von ihren

ins Ausland geflohenen Besitzern im Stich gelassen wurden, sind die Maschinen wieder angelassen.

„Alle funktionieren wieder“, sagte mir Le Quang Chanh. „Nun ja, wir haben es noch schwer mit Rohstoffen, Ersatzteilen und Treibstoff, aber damit werden wir auch fertig werden. Uns helfen ja die UdSSR und die anderen sozialistischen Länder. Aus der UdSSR bekommen wir z. B. Baumwolle für die Textilfabriken.“

Rings um die Stadt war viel Land frei. Die Einwohner entschärften zahlreiche Bomben und Minen und haben rund 90 000 ha wieder nutzbar gemacht, die der Krieg verheert hatte. Das sind jetzt Reisfelder mit Bewässerungsanälen. Auf dem Lande sind neun Staatsgüter ins Leben gerufen worden, sie sind auf technische Nutzpflanzen spezialisiert und werden außerdem Obst, Gemüse und Fleisch nach Ho-chi-Minh-Stadt liefern. In der Landwirtschaft wird für neue Produktionsverhältnisse gesorgt. Dort gibt es bereits rund 700 Gruppen für gegenseitige Arbeitshilfe und über 100 Produktionsgemeinschaften, die etwa 40 000 Bauern erfassen.

Entgegen den Prophezeiungen der bourgeois westlichen Propaganda, daß die Vietkong brutal mit allen abrechnen würden, die dem alten Regime gedient haben, ist die Volksmacht gerecht und human mit den ehemaligen Saigonern. Militärs und Beamten verfahren. Die Soldaten und jüngeren Offiziere wurden auf drei- bis siebentägige Lehrgänge geschickt, die höheren Offiziere und Generale in Umerziehungsschulen (dort dauert der Lehrgang zwischen einem Monat und einem Jahr). Über 96% der Marionettensoldaten genießen schon alle Bürgerrechte, und Tausende von Offizieren sind ins normale Leben, zu ihren Familien zurückgekehrt.

Es ist beschlossen worden, fast allen Fachkräften des alten Regimes Arbeit zu geben, besonders den Ingenieuren, Ärzten, Lehrern und Wissenschaftlern. Auch die Schriftsteller und bildenden Künstler können ihre Tätigkeit weiter ausüben.

Die Volksmacht hat die Sorge für das riesige Arbeitslosenheer übernommen, zu dem Hundertausende Veteranen und Angestellte des Marionettenregimes gestoßen sind. Selbstverständlich kann so vielen Leuten unter den jetzigen Verhältnissen keine Arbeit in der Stadt gegeben werden, und das wäre vor allem vom wirtschaftlichen Stand-

punkt nicht ratsam — während Ho-chi-Minh-Stadt übervölkert ist, fehlt es in vielen Provinzen Südvietnams an Arbeitskräften.

Eine Möglichkeit besteht darin, Einwohner dieser Stadt dorthin umzusiedeln, woher sie gekommen sind, oder aber sie nach den neuen Wirtschaftsgebieten rings um die Stadt und in den Nachbarprovinzen zu schicken. Durch Bildung solcher Gebiete kann man Hunderttausende Hektar Neu- und Brachland nutzbar machen und im Süden des sozialistischen Einheitsstaates Vietnam bedeutend mehr Reis, Zuckerrohr und andere Agrarprodukte erzeugen. Und schließlich bekämen dadurch

und Handwerkervereinigungen gefördert, die jetzt 40 000 Mitglieder haben.

Ich war in einer solchen Genossenschaft im ersten Stadtbezirk. Sie nennt sich Que Huong (Heimat). Der Leiter, Vo Van Mau, früher Lehrer an einer technischen Schule, und sein Stellvertreter Nguyen Van Ngan; der früher bei der französischen Firma Peugeot angestellt war, haben mir gesagt, daß in der Genossenschaft 100 Personen Ersatzteile für kleine Traktoren anfertigen sowie Fischereifahrzeuge und dreirädrige Kleinstautobusse für den Stadtverkehr bauen. Außerdem Pumpen für die Land-

Leute sind guten Muts, denn sie haben Arbeit, und ihre Arbeit wird gebraucht.

„Für die Zukunft“

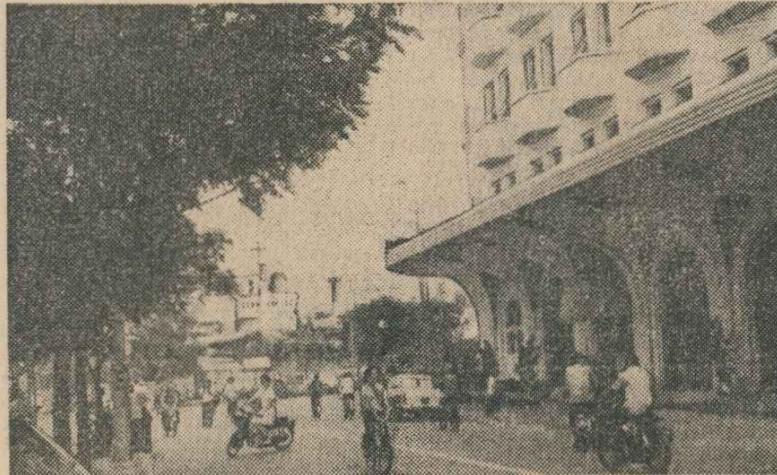
Tran Thi To Nga ist brünett und hübsch und hat volles, schulterlanges Haar. Besonders schön aber sind ihre Augen. Ihr Name bedeutet schöne Luna, und er paßt eigentlich zu ihr.

Jetzt ist sie 22. Als ihre Mutter starb, war sie 11. Der Vater heiratete wieder, und für die Kleine sorgte die Schwester, aber nicht lange, denn sie war mit einem Amerikaner verheiratet (viele „Gäste“ aus Übersee nahmen gern Vietnamesinnen zur Frau, gewöhnlich allerdings nur für die sechs Monate, die sie in Vietnam standen) und hatte andere Sorgen. Nun mußte sich das Kind seinen Lebensunterhalt selbst verdienen, erst als Kindermädchen, später in einer Bar.

Die typische Geschichte vieler kaum der Kindheit entwachsener Saigonner Mädchen. Wieviel solche Geschichten bekamen Vo Thanh Chau, die Leiterin einer Gewerbeschule, und ihre Gehilfin Tran Minh Son zu hören! Und doch werden der Leiterin die Augen feucht, und auch meine Begleiter und ich empfinden tiefes Mitleid bei diesem erschütternden Bekenntnis.

In New York erschien 1969 ein Buch von Philippe Marnais, betitelt „Saigon nach Anbruch der Dunkelheit“. Der Text auf dem Schutztitel lautet: „Senator Fulbright behauptet, Saigon sei ein riesiges amerikanisches Freudenhaus. Dean Rusk bestreitet das. Hier sind die Tatsachen. Urteilen Sie selbst, lieber Leser!“ Der Verfasser hat keine Mühe gescheut, sich an Ort und Stelle umzutun. Er hat in Saigon 15 000 Berufsprostituierte gezählt. Von Zeit zu Zeit waren es viel mehr — wieviel, das ließ sich nicht feststellen. Jetzt weiß man es: Für mehr als eine halbe Million Frauen (diese Zahl nannte man mir) war die Prostitution wenn nicht der einzige Beruf, so doch eine der wichtigsten Einnahmequellen.

Die Volksmacht hat sich vorgenommen, der Prostitution, Rauschgiftsucht, Kinderobdachlosigkeit und der anderen vom Kolonialismus und Krieg verursachten Übel so schnell wie nur möglich Herr zu werden. Die schönsten Gebäude in Ho-chi-Minh-Stadt beherbergen jetzt Kindergärten und Schule. Tausende



Hunderttausende arbeitsfähige Menschen beschäftigt.

Wie mir Le Quang Chanh sagte, sind seit zwei Jahren über 700 000 Personen in ihre alte Heimat zurückgekehrt oder in neue Wirtschaftsgebiete übergesiedelt. Dadurch hat die Einwohnerschaft um eine halbe Million abgenommen (im selben Zeitraum sind 200 000 Kinder hinzugekommen — die Geburtenzahl ist hier sehr hoch). Bis 1979 soll die Einwohnerschaft von Ho-chi-Minh-Stadt von 3,5 auf 2,5 Millionen zurückgehen.

Zugleich bemüht sich die Volksmacht um mehr Arbeitsplätze in der Stadt, vor allem für gelernte Arbeiter.

Jetzt bestehen in Ho-chi-Minh-Stadt 492 Betriebe, davon 264 staatliche und 228 in Privatbesitz. Der staatliche Sektor bietet mehr Möglichkeiten zur planvollen Entwicklung der Industrie. Der Staat beschäftigt auch über 16 000 kleine und handwerkliche Unternehmen. Die Volksmacht hat die Bildung von Produktionsgenossenschaften

Das Hotel Mekong am Saigon-Kai

wirtschaft und unkomplizierte Ausrüstungen für eine staatliche Zementfabrik.

Der Genossenschaft sind Leute beigetreten, deren soziale Stellung früher verschieden war: ehemalige Lohnarbeiter, Handwerker und Kleinkaufleute. Jeder hat eine kleine Beitragsbühr gezahlt und Aktien der Genossenschaft gekauft. Manche haben statt Geld Maschinen und andere Einrichtungsgegenstände eingebracht. Das Einkommen der Mitglieder hängt von der Leistung ab. Laut Satzung wird der Reingewinn am Jahresende je nach der Zahl der Aktien, die die Mitglieder besitzen, unter sie verteilt, jedoch mit der Einschränkung, daß keiner mehr als 5% des Werts seiner Aktien bekommen darf.

Die Mitglieder verdienen nicht viel. Voriges Jahr kam die Genossenschaft gerade erst zu Kräften und hatte keinen Gewinn, aber die

ehemaliger „Girls“, Süchtiger und Landstreicher werden zur Umerziehung in Schulen geschickt.

Dort müssen sie sich einer ärztlichen Behandlung unterziehen,



Einholen

Fotos des Verfassers

werden in einem Beruf unterrichtet und moralisch und politisch erzogen. Die von Vo Thanh Chau geleitete Gewerbeschule gehört zu den Schulen der dritten und letzten Stufe. Sie ist eine Art Internat, wo Unterricht erteilt und gearbeitet, nämlich Flechtarbeiten aus Stroh angefertigt und Kleidungsstücke genäht werden. Der Arbeitstag dauert 8, der Unterricht 2 Stunden.

„Für die Zukunft“ — so heißt diese Gewerbeschule, die jetzt 190 Schülerinnen hat. Sie besteht seit Ende 1976. Seitdem sind schon 30 Frauen nach Haus entlassen worden, und 10 andere sind mit einem Trupp junger Freiwilliger nach einem neuen Wirtschaftsgebiet gegangen, um es zu erschließen.

Am allerschwierigsten ist wohl die Umerziehung von Menschen, die von den Kolonialisten zu seelischen Krüppeln gemacht worden sind. Le Quang Chanh und andere Genossen in Ho-chi-Minh-Stadt erzählten mir befriedigt, was schon getan werden konnte.

Die Leistungen im Bildungswesen sind in der Tat beachtlich. In der größten Stadt des Landes lernt jetzt fast eine Million, das ist jeder dritte. Es gibt Abendlehrgänge für Erwachsene. Von den Analphabeten haben 98% lesen und schreiben gelernt. So gut wie alle Kinder im Schulalter gehen zur Schule.

Frühmorgens wirbeln auf dem Platz vor dem ehemaligen Hotel Caravelle Trommeln. Ein Festmarsch. Junge Mädchen in schönen Aodais — anscheinend Oberklassenschülerinnen oder Studentinnen — tragen Spruchbänder, Tafeln und rote Fahnen mit goldenen Sternen darauf. Ganz nahe, dem Theater gegenüber, pflanzen junge Pioniere kleine Bäume. Heute hat der Mann Geburtstag, nach dem jetzt die Stadt benannt ist, der Mann, der ganz im Kampf für das Glück des Volkes, für eine frohe Zukunft des geeinten, freien Vietnams aufging.

Die Kinder blicken fröhlich drein. Es macht Freude zu sehen, wie eifrig sie arbeiten, und man denkt gern an die Zeit, wenn diese liebenswerten Kinder und ihre Bäume groß sein werden.

Ho-chi-Minch-Stadt—Moskau,
im Juli

UNSERE RUSSISCH-SEITE

SCHLÜSSEL ZU LEKTION 7

Übung 2: 1. покончить с эксплуатацией человека человеком. 2. упрочить союз рабочего класса и крестьянства. 3. классовые антагонизмы. 4. подлинная демократия. 5. возросла роль партии. 6. ведущая сила общества.

Übung 3: 1. социально-экономические преобразования. 2. расовые антагонизмы. 3. национальная вражда. 4. эксплуатация человека человеком. 5. общественная собственность на средства производства. 6. созидательная деятельность. 7. общеноародное государство. 8. руководящая роль партии. 9. социально-политическое единство.

DISKUSSION MIT DEM LESER

Die New York Times schrieb kürzlich, Wahlsiege kommunistischer Parteien in westeuropäischen Ländern würden letztendliches Ende mehr Probleme für den Sowjetblock schaffen als für die NATO. Auch früher las ich wiederum, Moskau vertraue den Eurokommunisten nicht und sei über ihre Selbständigkeit ungehalten. Wenn ich an die Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten denke, will ich das manchmal selbst glauben.

Roy HART
New York



Es diskutiert

NZ-Kommentator

Lew SCHEJDIN

Ich meine, daß diese amerikanische Zeitung und all jene, die die von ihr aufgestellte These propagieren, selbst nicht daran glauben. Ja, wenn die Teilnahme kommunistischer Parteien an westeuropäischen Regierungen wirklich „mehr Probleme für den Sowjetblock als für die NATO“ schaffen würde, dann gerieten die atlantischen Politiker wohl kaum nach jedem Wahlerfolg der Kommunisten in solche Panik.

Europa hat noch die Drohungen von Gerald Ford und Henry Kissinger bis hin zu General Alexander Haig in frischer Erinnerung, die um alles in der Welt den Kommunisten „den Weg sperren“ wollten. Und obgleich Vertreter der jetzigen US-Administration hier eine gewisse Zurückhaltung zeigen, so doch nicht wegen einer prinzipiell neuen Position. Sie fürchten, daß ein neuer Druck und die Einmischung der USA in die inneren Angelegenheiten souveräner Staaten — ob Italien, Frankreich oder Spanien — das Gegenteil bewirken können.

Und trotzdem legte sich US-Außenminister Cyrus Vance in einem kürzlichen Interview für die italienische Zeitung *Il Tempo* keine Zurückhaltung auf und offenbarte seine heimlichen Befürchtungen, als er erklärte, die Beteiligung von Kommunisten an einigen europäischen Regierungen würde die Anwesenheit amerikanischer Streitkräfte in Europa in Frage stellen. Das hilft, die politischen Paradoxe der New York Times realistischer einschätzen.

Nicht fundierter sind auch Gerüchte, Moskau mißtraue westeuropäischen KP. Derartige Phantastereien können nur ein Ziel haben, die Kommunisten zu entzweien. Wird denn nicht deshalb den kommunistischen Parteien Westeuropas von allen Seiten eingeredet, die KPdSU wolle ihre Selbständigkeit beeinträchtigen? Andererseits behaupten die gleichen Stimmen gegenüber der KPdSU, die westeuropäischen KP seien „verbürgerlicht“ und hätten ihre revolutionäre Kraft eingebüßt. Doch derartige Methoden zeigen nur, wie schlecht die bürgerlichen „Experten“ die wahre Natur der Beziehungen zwischen Kommunisten kennen.

Die KPdSU hat — wie aus ihrer Politik und ihren programmatischen Dokumenten deutlich wird — volles Vertrauen zu ihren Klassenbrüdern und Kampfgefährten, den Kommunisten in den entwickelten kapitalistischen Ländern. Das lehrte Lenin, der ein Jahr nach der Oktoberrevolution sagte, „daß unsere größte Hoffnung und wichtigste Stütze, ... das Proletariat der westeuropäischen, fortgeschrittenen Länder, in Bewegung geraten ist“.

Wie sich in den letzten Jahrzehnten das globale Kräfteverhältnis auch geändert hat, die Achtung der KPdSU vor den Kommunisten und der Arbeiterbewegung der westeuropäischen Länder besteht unverändert. Als Interna-

fionalisten freuen wir uns über jeden Erfolg der Bruderparteien, besorgt uns jeder Rückschlag. Wir schätzen jeden Fortschritt der Arbeiterbewegung hoch ein und unterstützen sie in jeglicher Weise.

Die „Anerkennung“ der Unabhängigkeit der KP ist für uns selbstverständlich. Die Achtung vor der Selbständigkeit der Bruderparteien und die Zusammenarbeit mit ihnen auf der Grundlage der Gleichheit ist eine langjährige prinzipielle Linie der KPdSU. Wie es in ihrem Programm heißt, sind die kommunistischen Parteien „unabhängig und arbeiten ihre Politik auf Grund der konkreten Verhältnisse ihrer Länder aus“.

So machen sich jene bürgerlichen Kreise, die heute die Unabhängigkeit westeuropäischer kommunistischer Parteien vor der KPdSU „schützen“ wollen, nur lächerlich. Als „Hüter der Interessen des Kommunismus“ nehmen sich diese „Verteidiger“ recht merkwürdig aus.

Bleiben nur noch die „Auseinandersetzungen zwischen Kommunisten“. Ja, derartige Differenzen gibt es wirklich. Doch letzten Endes darf niemand vergessen, daß die Diskussionen zwischen den KP darüber geführt werden, wie man die Ausbeuerordnung besser überwindet und die humanen Ideale des Sozialismus weitgehendst realisiert.

NZ POST

An unserer Lehranstalt haben wir einen Klub der Freunde von Radio Moskau gegründet. Er macht die Studenten mit dem Leben der Sowjetunion und der anderen sozialistischen Länder bekannt. Wir berichten von der großen moralischen Unterstützung, die Sie den Völkern in ihrem Kampf gegen Imperialismus, Kolonialismus und Rassismus geben. Wir alle haben großes Interesse am Leben des Sowjetvolkes, das vor 60 Jahren unter Führung des großen Lenin die Oktoberrevolution vollbracht hat.

Daniel OSEI
Accra, Ghana

In Artikel 49 des Entwurfes der neuen Verfassung ist nicht nur vom Recht jedes Sowjetbürgers die Rede, Mängel in der Arbeit der Staatsorgane und der gesellschaftlichen Organisationen zu kritisieren, sondern auch davon, daß eine Verfolgung wegen einer solchen Kritik untersagt ist. Meiner Meinung nach ist das eine überzeugende Antwort an bürgerliche Verleumder, die beweisen wollen, daß in der UdSSR angeblich keine Kritik geduldet wird. Nicht die Freiheit der Kritik interessiert unsere Feinde, sondern daß sie in der Sowjetunion zur Festigung der sozialistischen Ordnung beiträgt.

A. KAPLUNOWSKI
Pensa, RSFSR

Die NZ-Artikel, die vom Kampf gegen alle Formen der Unterdrückung in den Ländern Lateinamerikas und von der Untersuchung der Verbrechen der chilenischen Junta berichten, interessieren mich sehr. Die objektive Behandlung der lateinamerikanischen Wirklichkeit durch eine sowjetische Zeitschrift zeigt ein weiteres Mal die proletarische Solidarität und den Internationalismus, die für die sowjetischen Menschen so kennzeichnend sind.

Rafael Hernan SANCHEZ
Bogotá, Kolumbien

Tief besorgt verfolge ich, wie Großbritannien amerikanisiert wird. Im Fernsehen laufen fast nur US-Programme. In den Musiksendungen hört man fast nur amerikanische Gruppen. Das Englische wird immer mehr von Amerikanismen verunreinigt. Bei uns wurde es Brauch, alte Nationalfeiertage der USA in großem Stil zu begehen. 1976 feierten wir sogar den 200. Jahrestag der Niederlage Großbritanniens im nordamerikanischen Unabhängigkeitskrieg...

Geraldine HARTLEY
Manchester, Großbritannien

Bitte einiges zur israelischen Lobby in den USA
S. GALJAMOW
Ufa, Baschkirische ASSR

Die israelische Lobby in den USA gehört zu den einflußreichsten Organisationen dieser Art. Sie wird geleitet vom Amerikanisch-Israelischen Komitee für öffentliche Angelegenheiten, das 1954 offiziell bei den Kammern des Kongresses registriert wurde. Dem Komitee gehören die Führer der größten zionistischen Organisationen an. Die einflußreichsten von ihnen sind B'nai Brith, der Vereinigte jüdische Appell, die Liga zum Schutz der Juden, das American Jewish Committee, die Jüdischen Kriegsveteranen, das Institut für Planung und Erforschung der jüdischen Politik

und die Konferenz der Präsidenten amerikanischer jüdischer Organisationen. Die Hauptaufgabe der israelischen Lobby besteht darin, mit allen Mitteln die ständige US-Unterstützung für Tel Aviv, alle proisraelischen Gesetzesvorlagen u. a. zu gewährleisten. Die Lobbyisten scheuen kein Geld, um sich US-Massenmedien zunutze zu machen. Sie stellen direkte Kontakte zu Kongreßabgeordneten her und bezahlen ihre „guten Dienste“ großzügig.

Besonders aktiv wurde die israelische Lobby, als die neue US-Administration an die Macht kam. Wie die New York Times schrieb, ist das Hauptziel der Lobby Tel Avivs, von Präsident Carter eine Einlösung der Versprechen zu erreichen, die Israel von früheren Regierungen gegeben worden waren.

PS

Auch ein Menschenrecht

Über 10 Prozent der spanischen Bevölkerung — etwa vier Millionen — sind über 65. Wie auf einem Symposium in Madrid betont wurde, fristen die weitaus meisten von ihnen ein armeliges Dasein. Nur ein Viertel erhält eine Rente, die 33% des niedrigsten Lohnes beträgt. Vier von fünf Spaniern über 65, schreibt die Zeitung *Dia-*
rio-16, meinen, sie seien Pariás. Das einzige Recht, das sie haben, ist — auf den Tod zu warten.

Pfund als Touristenschlager



Ausländische Touristen haben eine wahre Invasion nach England unternommen. 1977 werden es voraussichtlich über 11 Millionen sein. Nicht nur die Jagd nach Sehenswürdigkeiten führt sie hierher. Für die Reisenden mit harter Währung lässt der ständig sinkende Pfundkurs London billig werden. Für den Staatshaushalt ist der ausländische Besucherstrom vorteilhaft, da so täglich etwa 10 Millionen Dollar im Vereinigten Königreich ausgegeben werden. Doch manche Engländer sind unzufrieden. „Was bringen die Touristen dem einfachen Londoner?“

fragt der *London Evening Standard* und antwortet, „überfüllte Autobusse und Imbißstuben, Probleme bei Einkäufen und die vergebliche Suche nach einer Taxe.“ Und ein Londoner erklärte einem Reporter: „Uns Londonern platzt bald der Kragen!“

Armer Hippokrates



Es gibt Diebs-, Räuber- und Betrügerbanden. Doch kürzlich flog in Rom eine Ärztebande auf. 14 Medizimänner betrogen eine der größten italienischen Krankenkassen der Sozialversicherung, die Enpas, fast um 5 Md. Lire. Nein, sie hatten keine Safes geknackt. Die Halsabschneider hatten nur Rezepte für verdammte teure Medikamente ausgeschrieben und diese an „ihre“ Apotheker weitergegeben. Jene legten der Krankenkasse „akkurat“ Rechnungen über angeblich abgegebene Medikamente vor und teilten den Erlös mit den Ärzten. Um mehr Profite herauszuschlagen, machten sich die Betrüger daran, Erpressungsgelder von Arzneimittfirmen dafür herauszuschinden, daß sie Rezepte für teure Präparate ausstellten.

Britische Tradition

Der britische Lehrer Francis McDonagh aus Camden wurde unter der

Beschuldigung der „Unruhestiftung“ gerichtlich zur Verantwortung gezogen. Er hatte faule Eier gegen faschistische Demonstranten geworfen, die rassistische Plakate trugen und das nazistische Horst-Wessel-Lied grölten. Doch der Lehrer wurde freigesprochen — allerdings keineswegs aus Sympathie für seine Einstellung. „Eier zu schmeißen“, erklärte der Richter, „ist eine heilige Tradition der britischen Politik.“

Apartheidsalltag

Im Kurort Mossel Bay (Kap-Provinz, RSA) kann bereits zwei Monate niemand den Kintopp besuchen — nicht nur Schwarze und Farbige, sondern selbst Weiße. Als der Stadtrat den Verkauf von Kinokarten nur an Weiße erlaubte, erklärte der Kinobesitzer, es gäbe zu wenig Weiße und die Unterhaltung des Kinos allein für sie lohne sich nicht.

Kindisches



Die Großeltern kaufen gewöhnlich Spielzeug für die Enkel. Doch bei Auktionen, die kürzlich in einigen westeuropäischen Ländern, den USA und Japan stattfanden, erwarben sie Spielzeug für sich. Etwa 12 000 Spielzeuge aus der Zeit vor dem zweiten Weltkrieg, die damals keinen Absatz gefunden hatten, kamen jetzt unter den Hammer. Offensichtlich haben den Alten diese Spielzeuge jetzt mehr gefallen als in ihrer Kindheit. Auf einer Versteigerung erhielt eine Micky-

maus anno 1930, die auf einer Drehorgel spielt, 1800 Pfund Sterling.

Guten Appetit!



Champion der kürzlich bei Paris durchgeföhrten Wettbewerbe für Ausgefallenes wurde ein gewisser Jacques Lotti. Ihm gelang es, einen anderen „Sportler“ zu überbieten, der sich mit dem Fuß rasierte und zudem noch Karten mischte. Ausgerüstet mit einer Säge, einer Zange und einer Feile verzehrte Jacques in zwei Wochen vor dem verbüfften Publikum ... ein Fahrrad. Das „leckerste“ Detail — eine Fahrradkette — ließ er sich für den „Nachtisch“, da sie „fett, schmackhaft und eine Augenweide“ sei.

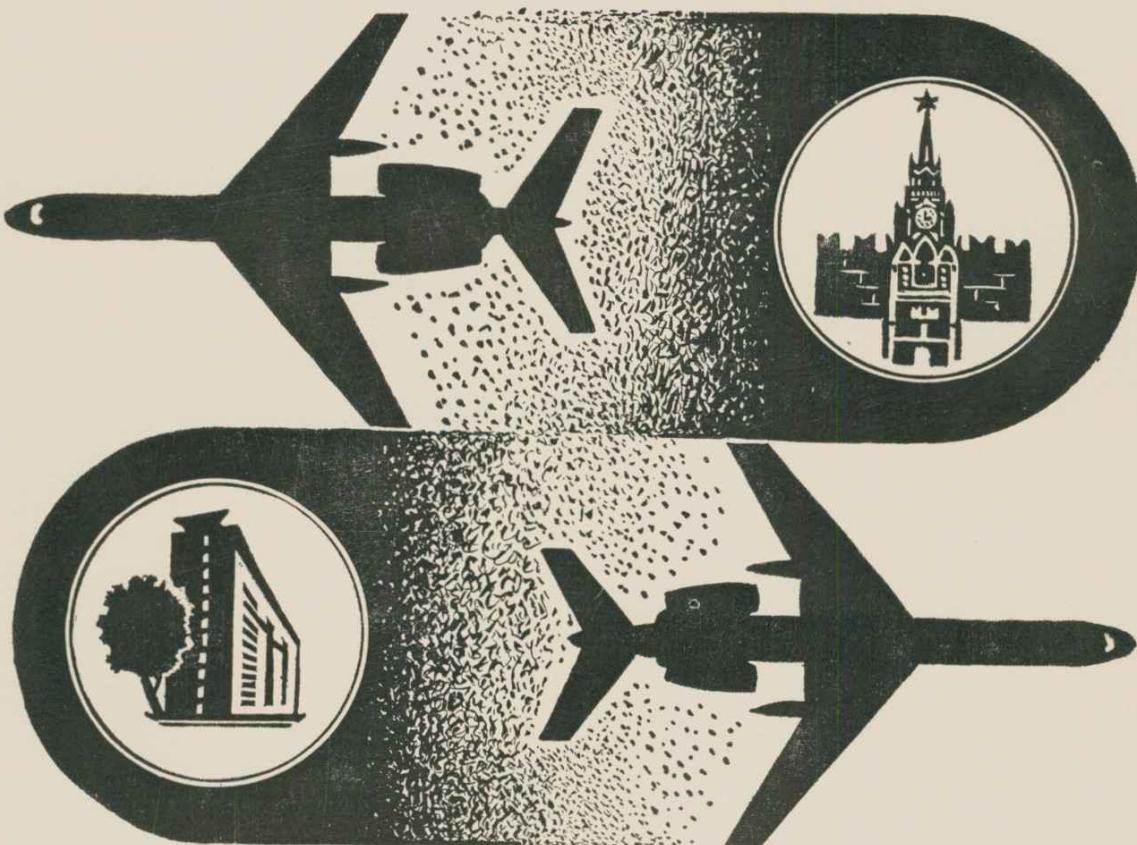
Pennälergehalt?

Wie der *Daily Mirror* schrieb, prüft man im britischen Bildungsministerium ernsthaft die Frage, ob man Schülern nicht ein kleines Gehalt für den Schulbesuch zahlen sollte. Viele Eltern zwingen ja ihre Kinder, die Schule zu verlassen, damit zum spärlichen Familienbudget das Geld hinzukommt, das die Kinder und Jugendlichen in ihrem Job erhalten — d. h. wenn sie ihn überhaupt haben finden können. Die Lehrer würden die Schüler nur beneiden, wenn es so weit kommen sollte. Nach Angaben des Nationalen Lehrerverbandes wird die Arbeitslosenzahl unter den englischen Junglehrern im September d. J. 40 000 erreichen.

Zeichnungen I. Smirnow

„NEUE ZEIT“ 29.77

NEUE ROUTE DER AEROFLOT



Für Geschäfts- oder Urlaubsreisen aus Afrika in die UdSSR benutzen Sie Aeroflot, die größte Luftfahrtgesellschaft der Welt.

Fast 30 afrikanische Länder unterhalten regelmäßige Flugverbindungen nach Moskau.

Vom 12. Juli 1977
liegen wir auf der neuen Route

MOSKAU—KAIRO—ADEN—MOGADISCHO—ANTANANARIVE

Gesamtlänge der Route 9790 Kilometer

Die moderne TU 154 bringt Sie in 12 Stunden Flugzeit aus der Demokratischen Republik Madagaskar in die UdSSR.

Ausführliche Fluginformationen erhalten Sie bei jeder Aeroflotvertretung oder -agentur.

Glückliche Reise wünscht Aeroflot!

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines



14159-29 105 147 652
SEKT. MARX+LENIN

2200-2303

DOM=20



INTERNATIONALES TREFFEN „FRAU UND SOZIALISMUS“



Anlässlich des bevorstehenden 60. Jahrestags der Großen Oktoberrevolution hat in Moskau vom 28. Juni bis zum 1. Juli ein Welttreffen der Frauen stattgefunden. Die 136 Teilnehmerinnen aus 50 Ländern tauschten ihre Meinungen über die brennendsten Fragen aus. Wie Frau Freda Brown, die Präsidentin der Internationalen Demokratischen Frauenföderation, feststellte, waren sich alle darüber einig, daß der einzige Weg zur Lösung der Probleme, die die Frauen beschäftigen, der sozialistische ist. Die Teilnehmerinnen des Treffens wurden von Arlur Paul Vader, Vizevorsitzendem des Präsidiums des Obersten Sowjets der UdSSR, empfangen. Sie besuchten Betriebe in Moskau und in den Hauptstädten von Unionsrepubliken und besichtigten Bauten Sibiriens sowie den Baukomplex Sajano-Schuschenskoje. Für ihre Verdienste um die internationale Frauenbewegung ist Frau Valentina Nikolajewa-Tereschkowa von der IDFF die Eugenie-Cotillon-Medaille verliehen worden.

Unsere Bilder: Im Konferenzsaal des Sowjetischen Frauenkomitees während einer Sitzung ◆ Es spricht Luisa Amorim (Portugal) ◆ Treffen mit Vertreterinnen der Frauen Moskaus im Tschaikowski-Saal ◆ Awa Thiéro und M'mama Doucoure aus Mali in der Süßwarenfabrik „Roter Oktober“ ◆ Eine Begegnung auf einer Moskauer Straße.

Bildbericht von J. Knorre und
A. Motschalina

NEUE ZEIT

на немецком языке

Индекс 70624

„Aeroflot“ bringt die „Neue Zeit“ prompt in jedes Land

АЭРОФЛОТ
Soviet airlines